

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Globalisierte Grundstückskrise

„Beten und sicherstellen, daß die Zentralbanken das Richtige tun.“

Rezept von Willem  
Buitter, Ökonomiepro-  
fessor an der London  
School of Economics  
zur Immobilienkrise  
lt. Spiegel 33/2007, S. 72



Die Filialen der Northern-Rock-Bank werden belagert – Kunden ziehen ihre Einlagen ab

### Die „Blase“ wächst ...

Noch vor wenigen Wochen war die „Blase“ auf dem Immobilienmarkt der USA von bürgerlichen Ökonomen zwar nicht geleugnet aber verharmlost worden. Die US-Volkswirtschaft, die größte der Erde, würde das schon verkraften.

Es geht um die Preisentwicklung US-amerikanischer Baugrundstücke in den letzten Jahren. Die Preise stiegen unaufhörlich. Die US-amerikanische Binnenkonjunktur beseitigte zwar nicht die Armut, doch sie ermöglichte nicht mehr nur der „Mittelklasse“ sondern auch kleinen Angestellten und Facharbeitern den Erwerb von Hauseigentum. Doch vor allem die middle-class der USA, die fast ausschließlich in eigenen Häusern wohnt, wurde reicher und reicher – auf dem Papier. Sie konnte immer höhere Hypotheken-Kredite aufnehmen, weil ausreichende Sicherheiten wegen des gestiegenen Preisniveaus zur Verfügung standen. Die Kaufkraft, die ihr daraus zufließte, wanderte so gut wie ausschließlich in den Konsum (vgl. Grafik 1, Seite 3). Sie finanzierte die hohe Nachfrage nach (vor allem langfristigen) Verbrauchs-

gütern, und diese gilt als Motor der guten US-Konjunktur. Die hohe Nachfrage nach Produktionsmitteln, u.a. nach Werkzeugmaschinen, zur Erweiterung der Produktionskapazitäten reagiert auf die hohe Konsumentennachfrage. Insofern ist auch der Exportweltmeister Deutschland mittelbar betroffen.

Die Sparquote in den USA ist gering – nach manchen Berechnungen sogar negativ (vgl. Grafik 2, Seite 3). Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der USA war weitgehend ein Wachstum auf Pump.

Die Ursache für die hohe Konsumneigung der amerikanischen Mittelschicht und Teilen der Arbeiterklasse ist sicher vielfältig. Es gehörte seit langem zum Sozialprestige, im eigenen Haus zu wohnen. In den letzten Jahren kam sicher die aus neoliberaler Ideologie gespeiste Überzeugung hinzu, daß es wirtschaftlich immer besser oder zumindest nicht schlechter würde, denn es herrsche ja Freiheit der Märkte. Außerdem war Konsum patriotisch. Präsident G. W. Bush hatte nach dem Anschlag auf die Twin Towers am 11. 9. 2001 die Amerikaner zum Konsum aufgerufen, um eine Rezession zu verhindern und um dem Feind zu zeigen, daß Amerika stark und optimistisch in die Zukunft sehe.

Die u.a. daraus entstehende anhaltende Nachfrage nach Baugrundstücken führte zu Preissteigerungen, die vom Markt zunächst auch realisiert wurden.

Das Kreditsystem (nicht nur in den USA) stand (und steht) unter dem Druck anlagesuchender Finanzkapitale (siehe unten). Diese hatten **Fortsetzung auf Seite 3**

### Inhalt

- Globalisierte Grundstückskrise	Seite 1
- Eine Partei in Panik – SPD in der Krise	Seite 7
- Es geht nicht nur um unsere Haut – Zum Tarifkonflikt bei der Bahn	Seite 12
- Zur Steuerpolitik der Großen Koalition	Seite 14
- Schockiert und entsetzt... – Neonazis in Ostdeutschland	Seite 17
- Gewerkschaften und Rechtsextremismus – Rinks & lechts	Seite 21
- Nachruf auf Hubert Schütz	Seite 22
- Islamisten, Nationalisten, Neoliberale – Die Türkei nach den Wahlen	Seite 23
- Clara Zetkin – „Die gefährlichste Hexe des Deutschen Reiches“	Seite 26
- Zorniger Raddreher – Der Dalai Lama ist kein Friedensfürst	Seite 28
- Hütchenspielertricks – Lohnsenkungsstrategien der Unternehmer	Seite 30
- Rezension – Wer war Susanne Leonhard?	Seite 31
- Rote Hilfe: Weg mit Paragraph 129a!	Seite 33

## In eigener Sache

Für Kommunisten ist die Entlarvung des kapitalistischen Systems, das Aufzeigen von dessen Krisenhaftigkeit und Katastrophenträchtigkeit eine zentrale propagandistische Aufgabe. Die politischen Folgen wirtschaftlicher Zusammenbrüche können unter Umständen Revolutionen oder Konterrevolutionen hervorrufen. Eines der schlimmsten Beispiele ist die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die in Deutschland die Machtergreifung der Faschisten und die Anzettelung des II. Weltkrieges begünstigt hatte.

Bei der ersten kapitalistischen Krise 1857 schrieb Marx, der sich davon die Revolution erhoffte: „Die Krise ist beautiful“. Es hat sich dann herausgestellt, dass sie nicht immer „beautiful“ ist. Denn einerseits muss die Krise tief genug gehen und andererseits müssen subjektive Voraussetzungen bestehen, die in vielen Jahren von Klassenkämpfen heranreifen konnten.

Teilkrisen haben in den letzten Jahren auch Deutschland betroffen, wie die Auswirkungen der Asienkrise und das Platzen der Börsenblase in der New Economy. Die jetzt losgebrochene Immobilienkrise in den USA zeigte, wie verhängnisvoll verzahnt die nationalen Finanzmärkte bereits sind. „Die Finanzwelt stand hart am Rande einer globalen Katastrophe“ stellten die „Nürnberger Nachrichten“ fest. Doch am Horizont warten Krisen noch ganz anderer Dimensionen, sollte die US-Leistungsbilanz- und Verschuldungskrise einmal nicht mehr politisch einzudämmen sein. Unser schon lang geplanter Leitartikel, der die Dominanz der Finanzmärkte her-

vorhebt, könnte keinen aktuelleren Bezug haben.

Die große Koalition in Berlin wurselt wie gewohnt weiter, einig dem Kapital zu Diensten zu sein, sonst aber sich gegenseitig bremsend und belauernd. Das tun sie hauptsächlich deswegen, weil es immer mehr darum geht, für die nächsten Wahlen eine bessere Ausgangsposition für die eigene Partei zu schaffen. Dabei sieht es für die SPD, die einem light-Verschnitt der CDU gleicht, schlecht aus, hat sie doch auch ernstliche Konkurrenz von links bekommen. Das hat nun doch nochmals einen, wenn auch lauen Richtungsstreit in der SPD hervorgerufen. Wie es dort weitergeht, bleibt auch für die weitere Entwicklung der Linkspartei bedeutsam, wie auch für die politische Konstellation in der Bundesrepublik insgesamt. Wir liefern in diesem Heft einen Beitrag dazu. Ein Artikel zur Steuerpolitik belegt im einzelnen die unsoziale Handlungsweise der Schröder-Regierung und der Großen Koalition.

Unser Artikel „Nazis in Ostdeutschland“ zeigt auf, wie weit wir schon gekommen sind, welche Verhältnisse und welche Politik den rechtsradikalen Vormarsch begünstigen. Zur gleichen Zeit werden auch im Westen ausländerfeindliche Umtriebe und Gewalttaten bekannt. Viele Meldungen darüber wurden bisher unterdrückt. Das Verhalten von Behörden und Polizei ist in vielen Fällen politisch bezeichnend und skandalös.

Zum Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn können wir einen eigenen Beitrag liefern.

Ansonsten hält der Niedergang der deutschen Gewerkschaften an. Wer sich

näher für den Kampf und für den beschämenden Abschluss bei der Telekom interessiert, dem empfehlen wir den diesbezüglichen Artikel in der „Arbeiterpolitik“ vom 25.7.2007. (GFSA, Postfach 106426, 20043 Hamburg) Unter derselben Adresse ist auch die Broschüre zu beziehen: „Es geht auch um unsere Haut“ – Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgerätekwerke in Berlin“, 64 Seiten.

Die deutsche Arbeiterbewegung und unsere Gruppe haben wieder einen schweren Verlust erlitten. Nach langem Leiden verstarb unser Genosse Hubert Schütz. Eine Würdigung seines Lebensweges nehmen wir in diesem Heft vor.

Es gab in letzter Zeit viele Berichte über die Türkei, die ziemlich oberflächlich waren. Wir schreiben vom linken Standpunkt aus.

Der Nachdruck zu Tibet bzw. dem Dalai Lama richte sich gegen die kritiklose Zustimmung mancher Zeitgenossen gegenüber dem angeblichen „Friedensfürsten“ und richtet sich gegen das Verschweigen der grausamen Zustände während der alten Herrschaft.

Am 21.8. konnte Genosse Ekkehard Lieberam, Leipzig seinen 70. Geburtstag feiern. Wir gratulieren herzlich und wünschen noch viel Schaffenskraft!

Die Linke Literaturmesse findet dieses Jahr erst vom 14.-16.12. in Nürnberg statt.

**Die Jahreskonferenz unserer Gruppe ist am 20./21. Oktober im Nachbarschaftshaus in Nürnberg. Die Themen werden noch bekannt gegeben. (Informationen unter 0911 / 5180381 spät abends)**

**Wir danken wieder allen Spendern und Abozählern. Wir brauchen weitere Unterstützung.**

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Preserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg  
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg  
 e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org  
 Internet: www.arbeiterstimme.org

### Bankverbindung:

Hans Steiger, Postbank München  
 BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808  
 Für Überweisungen aus dem Ausland:  
 I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit

anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



u.a. die Hypothekenkredite finanziert. Kapital zum Anlegen war also reichlich vorhanden, die Zinsen waren niedrig, weil der frühere Zentralbankchef Greenspan damit einen Konjunkturerinbruch nach dem Anschlag vom 11. 9. 2001 und dem Börsenkrach 2000/2001 verhindern wollte – was auch gelang. Die Hypothekenbanken waren froh um jeden Antrag ihrer Kunden, der ihnen erlaubte, Geldkapital zinsbringend anzulegen und satte Gebühren und Provisionen einzunehmen. Die Prüfungen auf Bonität der Kreditnehmer sollen sehr lasch gewesen sein. Das war für die Banken und für die Finanzierungsinstitute besser, als auf großen Geldmengen sitzen zu bleiben. Teilen der Arbeiterklasse ermöglichte das reichlich vorhandene Kapital die Aufnahme von Krediten ohne eigenes Kapital. Diese „Subprime“ – Kredite wackelten als erste.

Seit Anfang dieses Jahres verlangsamt sich die Preissteigerung bei Grundstücken, um dann in einen raschen Preisverfall überzugehen. Die Sicherheiten für die hohen Schulden auch der middle-class schmolzen dahin.

### ...und platzt

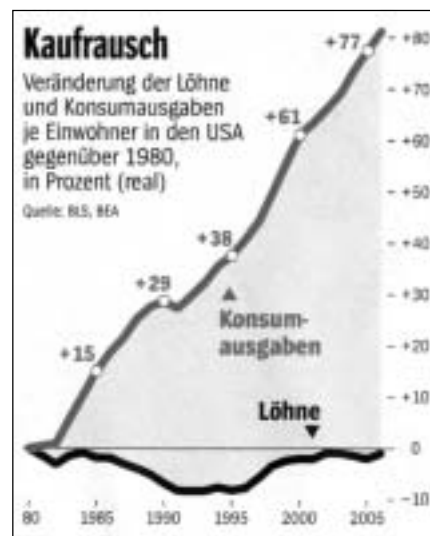
Es war viel Finanzkapital im Grundstücksgeschäft, dem keine realen Werte entsprachen. Grundstücke, Häuser und darauf basierende Kredite waren überbewertet. Die Spekulanten haben dafür das treffende Wort „Blase“. Mit dem Dahinschwinden der Sicherheiten für einen erheblichen Teil dieses „fiktiven Kapitals“ (soweit es in Hypotheken angelegt war) gerieten die Hypothekenbanken und die zwischengeschalteten Finanzierungsgesellschaften in Schwierigkeiten, weil sie einen großen Teil ihrer gewährten Kredite selbst über Fremdkapital refinanziert hatten. Mit der Entwertung der Hypothekenschulden der Hausbesitzer konnten nun auch Banken und Hypothekenfinanzierer Zinsen und Tilgungen nicht mehr zahlen (vgl. Grafik 3, Seite 4).

Die Banken griffen zu Zwangsversteigerungen, um wenigstens einen Teil ihrer Kredite zu retten. Das

drückte die Preise noch weiter nach unten. Die Situation wurde schlimmer statt besser, die Blase platzte und die Wirkungen blieben nicht auf die USA beschränkt.

### Finanzkapital und Derivate

„Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis seine äußerlichste und fetischartigste Form.“ (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 24)



an Finanzgesellschaften verkauft (Derivate, d. h. abgeleitete „Werte“). Die Zinsen fließen ganz oder teilweise diesen Käufern zu (falls noch Zinsen eingehen).

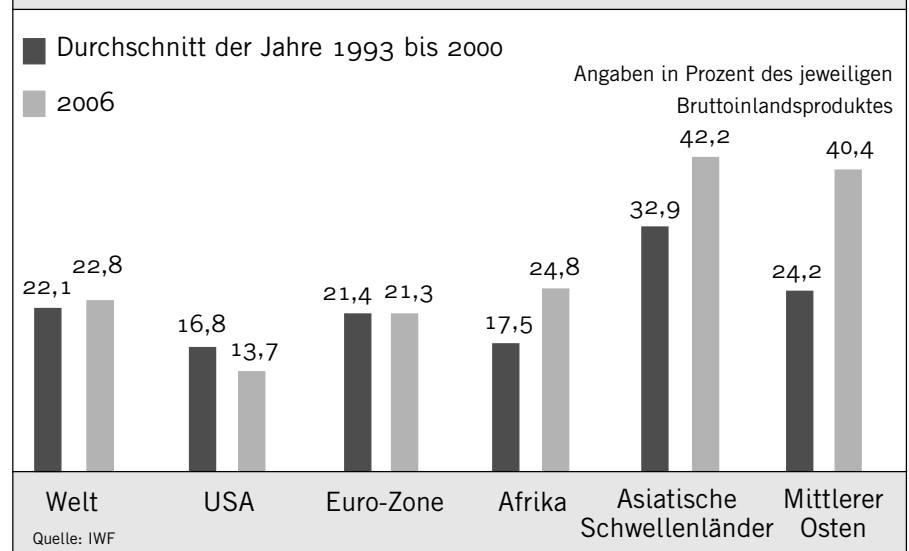
Diese Derivate sind nicht mehr einzelnen Schuldner zuzuordnen. Es sind anonymisierte „Wert“papiere, die an Börsen gehandelt werden. Zu der dargestellten Grundform für Derivate gibt es unzählige Gestaltungsformen, „kreative Finanzprodukte“, wie die Bankenvertreter sagen. Je kreativer desto unübersichtlicher – je unübersichtlicher desto mehr Spielraum für Gaunereien.

Selbst die überwiegend neoliberale „Zeit“ urteilt: „Die Deals waren allerdings so kompliziert (Branchenjargon: strukturiert), daß nicht einmal ihre Macher sie durchschauten. Und trotzdem dachten sie, sie hätten alles im Griff.“ (Die Zeit, 23. 8. 07)

Am scheinbar sicheren Geschäft mit Hypothekenspapieren wollten weltweit viele Spekulanten mitverdienen: Hedge- und andere Fonds, Banken und auch die Sparkasse Köln-Bonn oder die sächsische Landesbank. Auch dabei spielt das derzeitige Überangebot an Anlage-, d.h. nach hoher

### Die Sparquote

Entwicklung sämtlicher Ersparnisse in ausgewählten Regionen



Zur Refinanzierung ihrer Kredite hatten die Banken auf den Verkauf ihrer Forderungen auf den globalen Finanzmärkten zurückgegriffen. Das betrifft nicht nur, aber auch, die Hypothekenkredite. Das Prinzip ist: Einzelne Forderungen werden zu großen Paketen zusammengefaßt, verbrieft, von Rating-Agenturen bewertet und

Verzinsung, suchendem Finanzkapital eine Rolle. Wer, z.B. als Manager eines Hedge-Fonds, sinkende Gewinnmargen vor Aktionären, Investoren oder anderen Fondsmanagern verantworten muß, der greift gern nach gewinnbringenderen, scheinbar sicheren Anlageformen – und fällt mit diesen (wie jetzt) erst recht auf die Nase,



wenn er zu spät eingestiegen war und/oder nicht mehr rechtzeitig rauskam.

Woher kommt dieses Kapital? Der klassische Ursprung sind Profite aus Produktionsbetrieben, die nicht akkumuliert werden, z.B. weil wegen stagnierender Nachfrage keine Erweiterung der Produktion vorgenommen wird. Allerdings gibt es gegenwärtig einige Sonderfaktoren. Das anhaltende Leistungsbilanzdefizit der USA wird über Schuldverschreibungen fi-

bei übernommenen Produktionsbetrieben sind auch Getriebene ihrer Kapitalgeber.

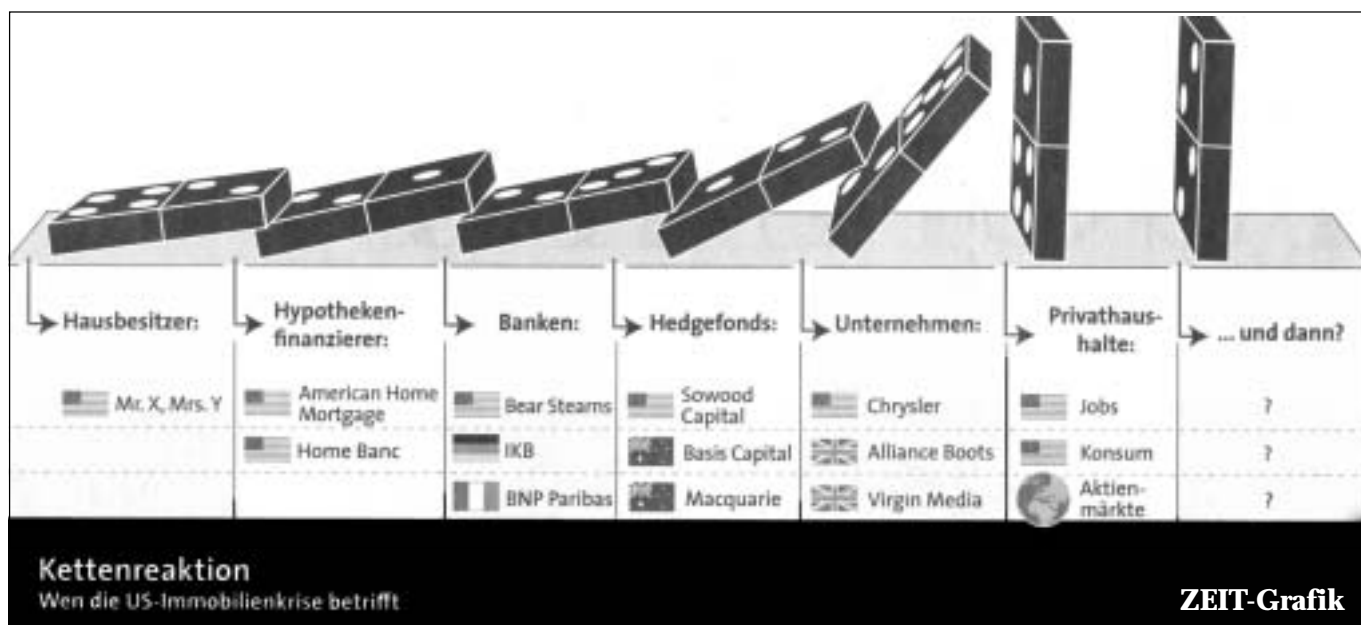
In den letzten Jahren scheinen auch Kapitale aus Drogen- oder Waffenhandel eine Rolle im Rennen um lukrative Anlage eine Rolle zu spielen. Schätzungen nennen zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr, die legale und profitable Anlagemöglichkeiten suchen.

Dasselbe wird von den wegen der Preissteigerungen erhöhten Einnahmen ölexportierender Länder angenommen. Ein großer Teil dieser Mehreinnahmen wird nicht für Inves-

preise fallen), setzen die Agenturen das Rating herunter. Damit fallen auch die Preise der Derivate. Die Rating-Agenturen geben Sicherheit, wenn überhaupt, nur begrenzt, d.h. nur solange sich keine wichtigen Voraussetzungen wie z.B. Grundstückspreise ändern. Wenn das geschieht, spielen sie die Rolle eines Verstärkers und Beschleunigers der Preis- und Kursentwicklung nach oben wie nach unten.

**Rette sich wer kann!**

Die Börsenentwicklung vor und während eines Kursverfalls ist immer



nanziert. Diesen Schuldtiteln stehen überwiegend keine realen Werte gegenüber. Die staatliche Rentenversicherung in den USA (ein Überbleibsel der „New Deal“-Politik der 1930er Jahre) bietet erbärmliche Renten für nur einen Teil der Bevölkerung. Um so wichtiger sind Pensionsfonds, die teils von Unternehmen für ihre Lohnabhängigen eingerichtet und finanziert werden, aber auch von besser verdienenden Angestellten. Die dort aufgelaufenen Kapitale sollen durch möglichst hohe Verzinsung die späteren Renten aufstocken. Diese Aufgabe wird häufig Hedge-Fonds übertragen. Da die Fonds miteinander konkurrieren sind hohe Zinsen oder Spekulationsgewinne in kurzen Zeiträumen eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, aber dafür müssen Risiken in Kauf genommen werden.

Die Treiber zu Massenentlassungen und Arbeitsintensivierung

tionen im eigenen Land sondern für Spekulationsgeschäfte verwendet.

**Rating-Agenturen**

Die Rating-Agenturen spielen eine wichtige Rolle. Weil die Käufer der Derivate die Sicherheit der hinter ihren Papieren stehenden Kredite nicht beurteilen können, brauchen sie Beratung. Die Agenturen (die größten sind *Standard & Poor's*, *Moody's* und *Fitch*) bestätigen die „Bonität“ (die Sicherheit) der gebündelten Forderungen – für den Zeitpunkt des Verkaufs der Pakete. Wie gründlich die Prüfung ausfällt, ist schwer nachzuvollziehen. Die Einnahmequelle der Agenturen besteht aus den Gebühren, die das ausgebende Finanzkapital bezahlt. Zu „pessimistische“ Bewertungen sind geschäftsschädigend für die Agenturen. Wenn sich wichtige Voraussetzungen ändern (z.B. die Grundstücks-

sehr schwer zu beurteilen oder gar vorauszusagen, weil dann nicht mehr rationale Überlegungen vorherrschen sondern Panik. Verlässliche Zahlen sind in solchen Zeiten nicht verfügbar. Niemand weiß genau wie weit der Preisverfall der Grundstücke und der daraus abgeleiteten Papiere noch gehen wird und um welche Größenordnungen es dabei geht. Verunsicherung geht um. „Wir sind alle noch weit davon entfernt, zu wissen, was in den Büchern der einzelnen Banken steht.“, zitiert „Die Zeit“ (vom 15. 8. 2007) einen Bankier, der ungenannt bleiben will. Daran hat sich seither nicht viel geändert. Also versuchen die Börsenspekulanten die Derivate um jeden Preis loszuwerden, um wenigstens einen Teil ihres Kapitals zu retten. Hatte man erst die Kurse der Derivate hochgetrieben, weil jede/r vom Preisanstieg der Grundstücke profitieren wollte, so fallen nun die Kurse (ver-



mutlich über den tatsächlichen Preisverfall der Immobilien hinaus) ins Bodenlose.

Die Folge ist allgemeines Mißtrauen der Geldinstitute untereinander. Keine Bank weiß ja mit Sicherheit, wie viel an faulen Krediten in den Portfolios der andern schlummern. Selbst der Geldmarkt kam unter Druck. Darunter versteht man den Geldhandel zwischen Banken zum Ausgleich von Spitzen der Einnahmen bzw. Ausgaben. Banken die an einem Tag hohe Einnahmen (z.B. durch Verkauf eigener Wertpapiere) haben, leihen gegen geringen Zins Geld an Banken, die an diesem Tag hohe Geldabflüsse ausweisen. An sich das sicherste Geschäft, das man sich denken kann. Aber im August 2007 mußten die Europäische und die US Zentralbank (Federal Reserve) den Banken hohe Kreditlinien einräumen, um das Vertrauen zwischen Banken(!) wieder herzustellen. Daher beschränkt sich offene Illiquidität bei Banken bisher auf wenige Fälle. Es ist anzunehmen, daß nur ein geringer Teil der zugesagten Kredite in Anspruch genommen wird. Schon die Zusage der Notenbanken verhiess Sicherheit.

Vor allem sollten die erhöhten Kreditlinien der Zentralbanken die Spekulationsverluste auf den Hypothekenmarkt begrenzen und eine Ausweitung auf das gesamte Kredit-system verhindern. Das ist – bisher – gelungen.

Doch auch das beweist weniger die Vernunft der Zentralbanken als die Irrationalität der kapitalistischen Finanzmärkte.

Alt- wie neuliberale Volkswirtschaftslehre sieht die positive gesellschaftliche Funktion von Börsen darin, daß Kapital über seinen Preis, den Zins, dorthin gelenkt würde, wo der höchste ökonomische und damit gesellschaftliche Nutzen möglich wäre. In der jetzigen Krise wagen selbst die neoliberalen Hardliner keine derartigen Aussagen mehr. Eine halbwegs plausible Rezeptur, wie derartige Konvulsionen in Zukunft zu vermeiden wären, hat die bürgerliche Volkswirtschaft (lt. Kurt Tucholsky „die *Metaphysik der Pokerspieler*“) nicht.

Die Vernetzung der internationalen Börsen spielt dabei eine wichti-

ge Rolle. Während früher ein oder gar mehrere Tage für Transaktionen zwischen einzelnen Finanzplätzen notwendig waren – eine Zeit die auch für Überlegung genutzt werden konnte, laufen nun die deregulierten, globalen Finanzströme über schnelle Daten-netze und Computer praktisch zeitlos, per Mausclick, ab. Computer kaufen oder verkaufen, wenn vorgegebene Kurse erreicht werden. Staatliche Eingriffe oder Kontrollen gibt es nicht mehr. Bei der jetzigen Struktur der Finanzmärkte wären sie auch nicht möglich. Nationalstaaten können ohnehin nicht mehr eingreifen, denn das würde den Ausschluß des jeweiligen Landes von den internationalen Investitionen und Krediten bedeuten. Die Diskussion in Deutschland über bessere Sicherungen gegen Kurseinbrüche kann bestenfalls die nachträgliche Überwachung bei den Banken verändern. Ansonsten sind sie warme Luft.

Genau Zahlen über die Höhe der Kursverluste sind derzeit nicht zu bekommen. Es gibt nur mehr oder weniger zuverlässige Schätzungen: „*Allein in den Vereinigten Staaten wurden seit Beginn der Finanzkrise im Juli mehr als zwei Billionen Dollar an Börsenwerten vernichtet*“ zitiert die Süddeutsche Zeitung (vom 17. 8. 2007) den US-Finanzminister Hank Paulson. Wenn schon der US-Finanzminister auf Schätzungen angewiesen ist, dann zeigt dies die Unübersichtlichkeit der Lage.

Der Ausdruck „vernichtet“ ist nicht angebracht. Sicher haben einzelne Banken, Fonds und viele Anleger Geld verloren. Doch andere, die rechtzeitig ausstiegen, haben auch prächtig verdient. Aber diese „*Prellerei unter den Kapitalisten*“ (Marx) ist nur die eine Seite der Immobilienkrise.

### Vom fiktiven zum realen Kapital

„*Sie müssen den Finanzmarkt von der realen Ökonomie trennen.*“

Jamie Diman, Vorstandsvorsitzender des Finanzkonzerns J. P Morgan Chase, lt. Spiegel 29/2007, S. 64

Da hätte der Herr wohl gerne. Aber es ist unmöglich. Die heutigen Finanzmärkte sind durch Globalisierung, Derivate in immer neuen Erscheinungsformen und Aufhebung staatlicher Aufsicht immer unübersichtlicher

geworden. Doch die Trennung von der realen Ökonomie kann nur eine scheinbare sein, weil die Börsengewinne bzw. Zinsen nur über die reale Produktion – durch den Mehrwert – realisiert werden können. Das Gleiche gilt aber auch für die Verluste.

Die bisher gut verdienenden Angestellten des Finanzkapitals trifft es zuerst. „*US-Hypothekenbanken setzen Tausende Mitarbeiter an die Luft.*“ (Süddeutsche Zeitung vom 24./25. 8. 07).

Die Enteignung der Hausbesitzer, die sich zu überhöhten Schulden verleiten ließen, wird die bisherige Konsumnachfrage in den USA mit Sicherheit bremsen. Viele Familien, deren Häuser zwangsversteigert wurden und werden, bleiben auf hohen Schulden sitzen. Da bleibt wenig für den Konsum. Seriös beziffern läßt sich dies frühestens zum Ende September, wenn die Quartalszahlen vorliegen. Die hohe Konsumnachfrage war bisher für das steigende BIP in den USA ursächlich. Mit einem Rückgang der (wenn auch auf Kredite gegründeten) Kaufkraft der US-middle-class und von Teilen der Arbeiter-

Anzeige

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



In akt. Ausgabe (6/07) u.a.:

- ◆ Kirsten Huckenbeck: »And the winner is?«, Geißler ... & andere G-Fragen
- ◆ Dieter Wegner: »Wer hat Angst vorm Schwarzen Block?«, Was & wer hat gefehlt? Ein G8-Kommentar
- ◆ Frank-Uwe Betz: »Weh dem, der nicht lügt«, zur Konjunktur der Korruption
- ◆ Fritz Güde: »Die Waffe derer, denen Sarkozy den Marsch bläst« ...
- ◆ Conni Gunßer/Britt Weyde: »Humaner als ertrinken«, europ. Migrationspolitik

○ Ich möchte 1 Probeexemplar

○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

**Niddastraße 64**  
**60329 FRANKFURT**  
**Tel. (069) 67 99 84**  
**express-afp@online.de**  
**www.labournet.de/express**



klasse werden die Umsätze der Konsumgüterindustrie sinken. Ob die von US-Präsi-

dent Bush verkündeten Hilfen (Staatsbürgschaften und Zahlungen an überschuldete Haushalte) daran Nennenswertes ändern werden, bleibt abzuwarten. Die US-Autoindustrie kündigte Ende August Produktionseinschränkungen an. Das wird zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen. Daran anschließend wird auch die Investitionsneigung der Maschinenbauindustrie abnehmen. Das betrifft keineswegs nur die USA. Krisen in größerem Umfang beeinflussen heute nicht mehr ein einzelnes Land sondern den Weltmarkt.

Ein großer Anteil der in den USA konsumierten Produkte wird zwar von US-Konzernen verkauft doch in anderen Ländern produziert. So fertigt z.B. der größte Konzern für Sportbekleidung – Nike – in den USA keinen einzigen Turnschuh mehr. Nachfragerückgang schlägt unmittelbar auf die Beschäftigung vor allem in Asien und Mittel- und Südamerika durch.

In Europa werden vor allem die Produzenten von Investitionsgütern betroffen sein. Sinkende Nachfrage in der Konsumgüterindustrie (Abteilung 2 des produzierenden Kapitals) führen zu sinkender Nachfrage und Produktion bei Abteilung 1 (Herstellung von Produktionsmitteln). Die klassische, von Marx beschriebene, Entwicklung einer Überproduktionskrise, ausgelöst durch eine Finanzkrise.

Aus diesen Gründen ist die Bezeichnung „Kasinokapitalismus“, die in den letzten Jahren für die Börsen- und Finanzmärkte in Mode kam, irreführend. In Spielkasinos nehmen sich Zocker untereinander ihr Geld ab (die Spielbanken bekommen ihren Anteil). Das ist also ein Nullsummenspiel. Wer nicht ins Kasino geht, ist davon nicht betroffen.

Entwicklungen an Börsen, Finanz- und Kapitalmärkten können dagegen auf die „reale Ökonomie“ durchschlagen mit verheerenden Folgen für die Beschäftigung und damit für die Arbeiterklasse. Falls in den USA wirklich die Konsumnachfrage ernsthaft sinken sollte, worauf vieles hinweist, bedeutet das erhöhte Ar-

beitslosigkeit und verschärften Druck auf die Löhne – nicht nur in den USA.

Sie können ebenso individuelle und kollektive Ersparnisse der Lohnabhängigen mindern oder ganz entwerten. Das trifft nicht allein Sparer, die, auf die vermeintliche Sicherheit von Grundbesitz vertrauend, in Immobilienpapieren eine Rücklage für ihr Alter schaffen wollten sondern auch Pensionsfonds (vor allem in den USA) und die private Altersversorgung z. B. in Form der Riester-Rente. Fehlspekulationen der Versicherungsunternehmen verringerten durch sinkende Ertragsanteile der Lebensversicherungen nach dem Börsenkrach 2000/2001 die Altersvorsorge der Versicherten.

Unter anderem auch die Privatisierung der Alterssicherung liefert die Lohnabhängigen und künftigen Rentner in zunehmendem Maße allen Risiken der globalisierten Kapitalmärkte aus.

### Wie weiter?

Die Krise blieb bis jetzt (Anfang September) im wesentlichen auf Immobilienkredite und deren Derivate beschränkt. Über 50 Hypothekenbanken in den USA mußten Insolvenz anmelden. Auch europäische Banken erlitten Verluste. Konkurse konnten durch die Politik der Zentralbanken und staatliches Eingreifen verhindert werden. Im Fall der IKB etwa durch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau. Aus heutiger Sicht scheint die Krise im wesentlichen ausgestanden zu sein.

Wenn allerdings eine der anderen größeren Blasen platzt, könnte es anders aussehen. Von der Kreditkarten-Blase hört man in letzter Zeit nichts mehr. Das ist verdächtig. Nicht nur in den USA nehmen Kreditkarten-Käufe zu. Die jeweiligen Banken, die natürlich auch hier in Konkurrenz um möglichst hohe Umsätze und um die Zinsen aus Überziehungen stehen, lassen das Kreditvolumen anschwellen. Insofern gibt es Parallelen zur Hypothekenkrise.

Aber es kann weder unsere Aufgabe sein, noch sind wir in der Lage, Prognosen über künftige Kreditspekulationen zu geben.

Dramatisierung der Krise, in solchen Fällen bei Linken sehr beliebt, ist überflüssig weil irreführend. Der

Kapitalismus wird durch eine Finanzkrise – oder viele – nicht zusammenbrechen. Es hat schon häufig große und kleinere Finanzkrisen gegeben. Nach anfänglichem Katzenjammer wurde die Spekulation wieder mutig – bis zum nächsten Crash.

Einige Spekulanten haben zwar Geld verloren, aber die Folgen der Krise werden zum großen Teil auf Lohnabhängige und kleine Sparer abgewälzt. Nichts Besonderes also?

### Geld und Wert

Das wachsende Mißverhältnis zwischen umlaufenden Geldmengen und dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt aus Natur und menschlicher Arbeit erhöht die Gefahr von Krisen, die sich global auswirken und tendenziell immer größere Ausmaße annehmen. Geldzeichen waren früher an entsprechende Wertquanten gebunden. Banknoten z.B. mußten von den ausgebenden Banken auf Wunsch in eine gleichwertige Menge Gold eingelöst werden. Auch das hat die Entstehung von „Blasen“ nicht immer verhindert und das ist lange her.

Mit dem Auslaufen des Abkommens von Bretton Woods, das wenigstens noch eine teilweise Anbindung der umlaufenden Geldmengen in US-Dollar an die Goldreserven der USA vorsah, besteht keinerlei Begrenzung mehr für die Ausgabe von Geldzeichen. Nicht allein die Notenbanken „schaffen“ Geldzeichen (auch ohne die Notenpresse); auch Geschäftsbanken und Fonds können sich gegenseitig Kredite geben, diese in Derivate umwandeln und an die Börsen bringen, kaufen und verkaufen lassen, ohne daß solchem „Geld“ Werte gegenüberstehen.

Das geht gut, solange Kapitalisten und Lohnabhängige darauf vertrauen, für die Geldzeichen reale Werte eintauschen zu können. Das führt zu tiefgehenden Krisen, Inflation und Massenarbeitslosigkeit, wenn dieses Vertrauen schwindet. Auch aus diesen Gründen sind dem Kapitalismus Krisen (auch an den Finanzmärkten) immanent. Sie werden sich verschärfen, solange sich die Ungleichgewichte zwischen Geldzeichen und Wert vergrößern.

Stand: 5. 9. 2007

# Eine Partei in Panik

## Auch eine Rolle rückwärts hilft der SPD nicht aus ihrer Krise

Der Niedergang der deutschen Sozialdemokratie nimmt für sie beängstigende Ausmaße an. Während die SPD in der Bundesregierung ein nahezu gleichberechtigter Partner ist, droht die Partei den Status einer Volkspartei zu verlieren. Büßte sie bei der letzten Bundestagswahl bereits 4,3%-Punkte ein, so sagen ihr die neuen Umfragen weitere Verluste voraus. Demnach ist sie auf inzwischen 28%-29% abgestürzt. Ihren Vorsitzenden Kurt Beck wollen nur noch 16% der Befragten als Kanzlerkandidaten. Selbst in den eigenen Reihen wird er nur noch von der Hälfte unterstützt. Lediglich in vier Bundesländern amtierenden noch SPD-Ministerpräsidenten, in vielen anderen sieht es düster aus. Mit einem gewaltigen Donnereschlag bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, dem bisherigen Stammland der SPD, ist dort nach 39 Jahren deren überwältigende Dominanz zu Ende gegangen. Der Niedergang geht sogar soweit, dass die Partei in Sachsen, einer ihrer traditionellen Hochburgen, auf 10% herabsank, fast auf das Ergebnis der dortigen Rechtsradikalen. Auch in Bremen, einer alten Bastion der SPD, gingen kürzlich 5%-Punkte verloren. In Bayern sehen die Genossen mit Entsetzen, dass trotz Stoiber-Sturz und CSU-Sumpf die Zahlen für die SPD weiter abbröckeln, von 19% auf gegenwärtig 17%. Dabei sind doch die kommenden bayerischen Hauptlinge, Beckstein und Huber, bestimmt keine „Lichtgestalten“. Kanzlerin Merkel schwimmt derzeit auf einer Zustimmungswoge von etwa 50%, trotz des allgemeinen Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Die Union kann gegenwärtig auf 40% Wählerzustimmung zählen, wobei der wirtschaftliche Aufschwung durch die Weltkonjunktur (wie lange?) ein wichtiger Faktor ist.

Die SPD hat also allen Grund, die kommenden Landtagswahlen 2008 in Hessen, Niedersachsen, Hamburg und Bayern zu fürchten und in zwei Jahren ist die Bundestagswahl fällig. Die Kandidaten der SPD zittern

landauf landab um ihre Aussichten; das Gedränge um die Posten wird immer rücksichtsloser. Wird es doch immer enger, nachdem sich in Form der Linkspartei eine ernsthafte Konkurrenz herausgebildet hat. Diese kann zwar bisherige Nichtwähler mobilisieren, wird aber auch der SPD Stimmen wegnehmen. Die Panik in der Partei über den Wählerschwund ist also nur zu verständlich, hat doch die Krise der SPD, die das Ergebnis ihrer politischen Rechtsentwicklung ist, auch auf den inneren Zustand der Partei gewaltige Auswirkungen gehabt. Sie hat nun endgültig die Struktur der Partei verändert, was nicht nur auf das Wegbrechen des Arbeitermilieus zurückzuführen ist.

### Eine sozialliberale Partei

In den fast zehn Jahren Schröder-Regierung und Müntefering-Kurs wurde die Kapitalistenklasse bestens bedient, die SPD schlug für deren Interessen eine entscheidende Bresche. Doch die Partei wurde damit halb zerstört. Die SPD-Führung hatte nicht nur die Kohl-Politik fortgesetzt sondern wiederum die Drecksarbeit für die Kapitalistenklasse gemacht. Hier sei nur an verschiedene Sündenfälle der Vergangenheit erinnert wie die Zustimmung bei den Kriegskrediten im I. Weltkrieg, die Repressionspolitik gegen

gen die Linke und die Arbeiterschaft in der Weimarer Zeit und die Beteiligung am Nazi-1. Mai 1933. Die Schröder-Fischer-Regierung hatte erstmals seit 1945 Deutschland wieder an Kriegen beteiligt, gegen Jugoslawien und in Afghanistan. Die SPD hat ihren Anspruch als Verfechterin der „sozialen Gerechtigkeit“ in der Regierungsverantwortung ins Gegenteil verkehrt und eine groß angelegte Umverteilung in Gegenrichtung, von unten nach oben, durchgeboxt. Wenn man sich vorstellt, welcher politische Proteststurm losgebrochen wäre, hätte eine konservative Regierung gegen die Opposition von SPD und Grünen einen solchen Kurs durchzusetzen versucht... Sie hat dafür bezahlen müssen und muss noch dafür bezahlen: Von einstmalen einer Million Mitglieder sind nur noch 550.000 übrig geblieben. Viele sind ausgetreten oder einfach weggeblieben, zu wenig Jüngere sind nachgekommen, Tausende nun zur Linken abgewandert. Soweit es sich nicht um „Schröder-Fans“ oder Karrieristen handelt, greift auch bei den Übriggebliebenen Resignation um sich. Manche glauben immer noch an das Vorübergehende dieser Politik der „Mitte“, die in Wirklichkeit die politische Zuarbeit für das große Geld ist. Viele mit dem Kurs Unzufriedene wollen den Entmachtungsprozess der Politik nicht wahrhaben und sehen dabei nicht, dass dieser solange andauern wird, bis sich eine relevante Bewegung von unten herausbildet. Was früher Idealismus in der Partei bewirkt hat, muss heute durch Geld und den Apparat ersetzt werden. Kein Wunder, wenn nun die Forderung nach Erhöhung der Parteienfinanzierung auch von der SPD erhoben wird. Immer mehr Mitglieder ziehen sich auf Basisarbeit oder Kommunalpolitik zurück. Doch die innere Zersetzung einer Partei, deren traditionellen Ziele heute nichts mehr bedeuten sollen, geht weiter. Die Parteivorsitzenden wechseln sich ab, was inzwischen politisch kaum noch ins Gewicht fällt. Die Ideologie wurde über Bord geworfen, an Stelle von Reformismus trat die Anpassung an den Neoliberalismus,



es herrscht blanker Pragmatismus statt Vertrauen in die Dialektik der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Draht zu den spärlichen Bewegungen von unten wird immer dünner, das Band zu den Gewerkschaften zerfleddert.

### Die Widersprüche in der Partei spitzen sich zu

Nun herrscht Alarm, denn die Talfahrt droht zur Schussfahrt nach unten zu werden. Posten und Einfluss sollen gerettet, der Aufstieg der Partei „Die Linke“ gebremst werden. Da man sich in den Führungszirkeln der Partei einig ist, an der bisherigen Politik nichts zu ändern, sucht man nach einer neuen Taktik und nach Verkaufschlagern, die zur Verschleierung der antisozialen und imperialistischen Politik besser geeignet sind. Dazu gehört auch die Verkündung einer neuen sozialen Politik – Versprechen ohne wirkliche Taten. Man tut so, als gäbe es kein Gestern, keine Untaten gegenüber den lohnabhängigen Massen, die nachhaltig darunter zu leiden haben. Zuerst hat man eine Führungsriege bestellt, die aber gar nicht zum angeblich „Neuen Kurs“ passt: Neben Beck sind das die Erzliberalen Steinbrück und Steinmeier, dazu die Umfallerlinke Andrea Nahles (von Otmar Schreiner war gar nicht die Rede...). Der Versuch, der Partei mit Müntefering ein sozialeres Gesicht zu geben, war spätestens dann gescheitert, als gerade er den Menschen die „Rente mit 67“ aufnötigte, was einer Rentenkürzung gleichkommt. Vom Koalitionspartner Stoiber musste er entsprechenden Spott über sich ergehen lassen, als dieser Müntefering als „den früheren Vorsitzenden der früheren Arbeitnehmerpartei SPD“ bezeichnete.

Gegen den Regierungskurs rümpelt es in der Partei immer lauter, nicht nur wegen der Kriegsbeteiligung in Afghanistan. Gegen die Entsendung der Tornados haben 69 SPD-Abgeordnete gestimmt. Besonders Aktive auf der unteren Ebene fordern immer dringlicher eine Rückkehr zur alten sozialdemokratischen Politik, besonders im sozialen Kernbereich der SPD. Sie müssen vor allem die Widersprüche der Parteipolitik aushalten, verlieren an der Basis Anhänger und ihre persönliche Legitimation. Das gilt besonders für die Ge-

werkschaftsarbeit. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Mehrzahl der SPD-Abgeordneten Gewerkschaftsanliegen vertreten hat. Daß Schröder die versprochene Rückgängigmachung des Kohlschen Streikparagrafen schuldig geblieben ist, haben die meisten längst vergessen. Dagegen weniger; dass die jetzige Regierung mit Hilfe der SPD in infamer Weise die Versteuerung von Abfindungen bei Betriebsschließungen wie z.B. bei den AEGlern beschlossen hat. Hauptsächlich geht es um den scharfen Gegensatz zwischen der SPD- und Gewerkschaftspolitik bei den Sozial-„Reformen“ im Rahmen der Agenda 2010, sowie auch bei der Renten- und Gesundheitspolitik. Immer mehr Gewerkschaftsfunktionäre und Aktive ziehen die politischen Konsequenzen und treten der Linkspartei bei oder kandidieren für diese zu Kommunalwahlen. Als im Juli 60 Gewerkschaftsfunktionäre in „Die Linke“ eintraten, versuchte DGB-Vorsitzender Sommer sich von der neuen Partei abzugrenzen. Auch die SPD gibt vor, wieder engere Verbindung zu den Gewerkschaften zu suchen. So soll das farblose DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel im Oktober in den SPD-Parteivorstand gewählt werden.

Gerade haben die Nürnberger Jusos gefordert: „Die zweite Halbzeit der Legislaturperiode muß sozialer werden“. Die SPD müsse „wieder deutlich häufiger über Verteilungsgerechtigkeit

reden“ und konkrete Maßnahmen ergreifen. Es gehe um Mindestlohn, BAföG-Erhöhung und Jugendarbeitslosigkeit – „endlich wieder um richtig sozialdemokratische Politik“. Sie haben ausgesprochen, was in vielen SPD-Ortsverbänden längst gefordert wird. Ottmar Schreiner, „der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hatte die SPD unlängst zum ‚Bruch mit einer gescheiterten Politik Schröders‘ aufgerufen. ‚Eine kleine Clique an der Spitze der Partei wollte die reformistische Tradition der SPD als linker Volkspartei entsorgen‘, schrieb Schreiner im Blick auf Schröder und prominente Erneuerer wie Außenminister Frank Walter Steinmeier, Finanzminister Peer Steinbrück und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck. Es sei an der Zeit diesem ‚Irrweg‘ entschieden entgegenzutreten. Die ‚Entsozialdemokratisierung und Entwurzelung der SPD‘ müsse ‚programmatisch und personell‘ gestoppt werden.“ (NN). Vizekanzler Franz Müntefering betonte dagegen: „Wir setzen die richtige sozialdemokratische Linie der Agenda 2010 in der Großen Koalition fort.“

Es wird sich jedoch zeigen, daß dies nur Nachhutgefechte bei der Umgestaltung der SPD sind, die deren Rechtsabmarsch nicht mehr rückgängig machen können. (siehe **Arbeiterstimme** Nr. 140, Sommer 2003: „Die alte Sozialdemokratie ist tot“) Das schließt nicht aus, dass sich Parteien, wie es SPD und Union gegenwärtig

Anzeige

## DISKRIMINIERUNG

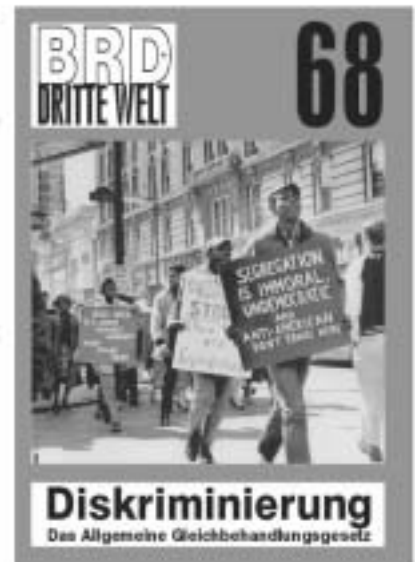
Kann man Diskriminierung verbieten? Die Richtlinien der EU gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft wurden im August 2006 in Deutschland Gesetz. „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ heißt es — was bringt es?

Reinhard Pohl:

### Diskriminierung

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz  
Oktober 2007, 48 Seiten, 2 Euro

[www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)





vorführen, ein Stück weit der öffentlichen Stimmung anpassen, allerdings meist nur bei zweitrangigen Entscheidungen und teilweise auch nur verbal.

### Eine Mehrheit des Volkes lehnt die Regierungspolitik ab

Grundlage dafür sind Meinungsumfragen, die von verschiedenen Instituten und Medien vorgenommen wurden. Danach ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Beteiligung Deutschlands am Afghanistan-Krieg, gegen die Hartz-Gesetze, gegen die Belastungen durch die Gesundheits„reform“, gegen die Rente mit 67 und was den breiten Massen sonst noch an sozialen Grausamkeiten aufgedrückt worden ist, ebenso wie gegen die Steueränderungen zugunsten der Reichen. Die Einführung des Euro (*Teuro*) und die Mehrwertsteuererhöhung wurden als einschneidende soziale Verschlechterungen empfunden. Eine Mehrheit ist auch gegen die Privatisierungspolitik und für eine gesetzlichen Mindestlohn (78%). Das sind eigentlich Positionen, die im Großen und Ganzen von der Linkspartei vertreten werden und die aufgegeben zu haben der generelle Vorwurf gegen die SPD ist. Dabei wird als am schlimmsten empfunden, daß die Sozialdemokraten nicht nur gezwungenermaßen mitgewirkt haben, sondern auch die Initiatoren für diese Politik zugunsten der besitzenden und sich bereichernden Klasse waren und sind.

Leider ist es mit den parteipolitischen Konsequenzen komplizierter. Denn die Mehrheiten gegen die herrschende Politik gehen durch alle etablierten Parteien. Das hat besonders für das Verhalten der Union Folgen, die sich hütet, die ursprünglich favorisierten Kirchhof-Thesen gegenwärtig hervorzuholen, will sie nicht noch mehr Wähler verlieren. Interessant ist auch, dass selbst FDP-Anhänger in sozial- und außenpolitischen Fragen in beträchtlichem Umfang von der Parteilinie abweichen. Andererseits wäre es trügerisch, aus diesem aktuellen Stimmungsbild eine „linke Mehrheit“ in Deutschland konstruieren zu wollen. Einige linke Kreise addieren schon SPD, Linkspartei und Grüne zur neuen politischen Mehrheit. Das ist natürlich Unsinn, denn

SPD und Grüne müssten ihre grundsätzliche Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft aufgeben, was ihre Daseinsberechtigung darin in Frage stellen würde. Der Linkspartei würde noch mehr Anpassung abverlangt, als sie schon jetzt schrittweise bereit ist, was sie aber letztlich überflüssig machen würde.

Da man die Wähler mittels der vom Kapital beherrschten Medien nicht vollends manipulieren kann, müssen die Parteien auf die Wählerstimmung reagieren, wollen sie nicht noch mehr an Stimmen verlieren. Union und SPD sind deshalb bemüht, vor den Landtagswahlen und der Bundestagswahl in zwei Jahren möglichst keine größere Unruhe mehr entstehen zu lassen und werden weitere „soziale Grausamkeiten“ aufschieben. Das erfordert auch die angespannte Situation in der Koalition. So hat die Kanzlerin ihren Marktliberalismus gedämpft, spielt auf Schönwetter und Zeit, was ankommt. In manchen Punkten nähert sich Frau Merkel sozialdemokratischen Positionen an und trickst so ihren Partner aus. In der Umweltpolitik gebärdet sich die Kanzlerin als möchte sie die SPD links überholen. Sie besuchte den DGB-Vorstand und ließ andeuten, die Rente mit 67 könnte noch mal auf den Prüfstand, staatliche Aufträge sollten bevorzugt an tariftreue Unternehmen vergeben werden, das Postmonopol noch erhalten bleiben und es wäre gerechter, das Arbeitslosengeld an Ältere länger auszuzahlen. CDU-Arbeitsminister Laumann, NRW, denkt laut an eine Revision von Hartz IV und an eine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Nun wollen Union und SPD die Betriebsrentenförderung doch nicht auslaufen lassen. Das Motto der Regierungsparteien heißt zur Zeit: „Lavierien ist Trumpf“.

### Nebelwerfer Beck: Für „vorsorgenden Sozialstaat“

Da geht es dann bei der SPD darum, den Schein zu erwecken, die Partei bewege sich wieder auf sozialen Pfaden. Es kommt auf das Gedächtnis ihrer Wähler an, ob sie Wischwaschi und Ankündigungen für bare Münze nehmen, statt als Enttäuschte die Linkspartei anzukreuzen (oder gar die NPD) oder Wahlenthaltung zu üben. Mit der Parole vom

„vorsorgenden Sozialstaat“ blieb Kurt Beck absichtlich schwammig. Doch der Gegensatz zum früheren Anspruch der SPD die „soziale Sicherheit“ (Bestandsgarantie) als Grundlage ihrer Politik zu proklamieren, ist nicht zu übersehen. Was die Parteispitze nun vorschlägt, sind zum Teil alte Hüte und manche sind auch in der Union im Gespräch, wie die „Mitarbeiterbeteiligung“ in einem Deutschlandfonds. Dem Arbeitsplatz- und Kapitalverlustrisiko wären die Beglückten so aber weiterhin ausgesetzt. Als Wahlkampfschlager hat die SPD sich die Einführung eines Mindestlohns ausgesucht, gegen dessen gesetzliche Verankerung sich die Union sträubt. Die Erhöhung der Sätze für Hartz IV wegen der neuen Inflationswelle ist nach Aussagen des Arbeitsministers Müntefering nur möglich, wenn zugleich der Mindestlohn kommt. Prompt kam die Entlarvung: Müntefering verbinde dies nur, um eine Erhöhung unmöglich zu machen, griff ihn „Parteifreund“ Dreßler scharf an. Als die Linkspartei im Bundestag einen Antrag für gesetzlichen Mindestlohn einbrachte, fand sie in der SPD keine Unterstützung.

Zu welchen Eiertänzen die angeblichen Kursberichtigungen ausarten, zeigt die Erfindung der „freiwilligen Wehrpflicht“, wobei jeder Volksschüler schon weiß, daß Pflicht und Freiwilligkeit Gegensätzlichkeiten sind. Übrigens war's ja auch nicht ernst gemeint. Es gehe nicht um eine Lösung fürs nächste Jahr leitete Beck seinen Rückzug ein. Die Irrgestalt eines Sozialdemokraten namens Steinbrück hatte sowieso nur Spott übrig. Die Sozialdemokraten benähmen sich gerade wie eine „Heulsuse“. Sie würden darüber klagen, „daß die Globalisierung uns erwischt, obwohl Deutschland davon profitiert.“ Unter Deutschland scheint dieser Finanzminister die Kapitalistenklasse zu verstehen, die Malocher und Arbeitslosen zählen bei ihm nicht, auch nicht die 1 €-Jobber oder die eine Million Werkstätigen, die von ihrem Arbeitslohn allein nicht leben können. Nirgends in Westeuropa sind prekäre Arbeitsverhältnisse so verbreitet wie in Deutschland. Aber auch drei Millionen Vollzeitbeschäftigte müssen für Armutslöhne schaffen. Doch dies auf die Seite zu wischen, ist nicht nur die Ignoranz des Finanzminis-

ters, stand doch die Kabinettsitzung in Meseberg unter dem Motto „Aufschwung für alle“. Für alle? Auch für die Millionen Arbeitslosen und Hartz IV-Empfänger? Auch für die zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren, die unter die Kategorie Hartz IV fallen, also jedes sechste Kind in Deutschland? Auch das ist SPD-Politik: Die Kinderarmut hat sich in der Regierungszeit Schröders verdoppelt, die Schere zwischen reich und arm hat sich immer krasser geöffnet. Kurioserweise prangerte der Parteivorstand letzteres nun selber an: Von 2001 bis 2006 seien die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 32,5% gestiegen, während die Arbeitnehmereinkommen nur einen Zuwachs von 2,1% verzeichneten. Das sei ungerecht, unsozial und schwäche unseren Binnenmarkt. Im letzten Jahr wuchs das Geldvermögen um 225 Milliarden € auf 4,5 Billionen. Die oberen 10% verfügen über 47% des deutschen Vermögens, die unteren 50% nur über 4%. 2006 wurden mit 35 Milliarden € 19% mehr Dividenden ausgeschüttet als im Vorjahr, so viel wie nie zuvor. Mit so einer politischen Geschäftsführung kann die herrschende Klasse wahrlich zufrieden sein, auch mit den Genossen der Bosse.

Parteivorsitzender Beck, der alle Flügel seiner Partei einigermaßen abdecken muss, hat Angst um das Profil der SPD. Zu diesem Zweck möchte er die Unterschiede zu CDU/CSU wieder so darstellen, wie sie einmal waren. Die SPD habe im Gegensatz zur Union „andere Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität und von sozialer Marktwirtschaft.“ Wie weit Worte und Taten doch voneinander entfernt sein können! Die SPD hat unter der Schröder-Regierung, wie auch in der jetzigen schwarz-rosa Koalition, bewusst Politik gemacht nach dem Grundsatz ihres langjährigen Spitzenmannes und Wirtschaftsminister Clement. Gerecht sei was den Unternehmern nütze. „Arbeiterrechte“ und Gewerkschaftsinteressen hatten dabei immer

weniger Platz. Nun fällt dem Parteivorsitzenden plötzlich ein: „Die Zeit der großen Zumutungen muss erst einmal vorbei sein.“ Auf die Agenda 2010, die notwendig gewesen wäre, könne er aber nicht stolz sein. Menschen, die ganz wenig haben, dürfe nichts mehr genommen werden. Die Reformagenda Schröders ändere auch nichts an dem Selbstverständnis der SPD als „Schutzmacht der kleinen Leute“. Das schlägt dem Fass dann doch den Boden aus.

### Willfähige Komplizen der Umverteilung von unten nach oben

Das „Sündenregister“ der SPD in der Bundesregierung ist lang und wir sind in vielen Nummern der **Arbeiterstimme** ausführlich darauf eingegangen. Trotzdem sollte man einiges in die Erinnerung zurückrufen. Bei der Umverteilung von unten nach oben stand die Steuerpolitik unter Schröder an erster Stelle: Da gab es die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne, eine Morgengabe an die Heuschrecken, die Müntefering dann im Wahlkampf scheinheilig beschimpfte. Vor allem brachte die Unternehmenssteuerreform Geld in die Kapitalistenscheuer; die nächste steht schon vor der Tür. Anfang des Jahres brachte dann die Mehrwertsteuererhöhung satte Gewinne in die Staatskasse. Mit dem Verkauf von kommunalen Wohnungen und mit Privatisierungen wird das Tafelsilber verramscht. Auf der anderen Seite wurde die Pendlerpauschale gekürzt, der Sparerfreibetrag halbiert. Die Folgen der Gesundheitsreform sind noch

nicht abzusehen, da wird in Berlin bereits die Pflegeversicherung ins Visier genommen.

Die SPD wirft in ihrer Polemik der Partei „Die Linke“ vor, sie versteife sich auf eine Verteilungspolitik des vergangenen Jahrhunderts, es gebe nichts mehr zu verteilen. Eine solche Infamie ist nicht mehr zu überbieten, hat die SPD doch ein ganzes Jahrzehnt lang eine groß angelegte und immer noch anhaltende Umverteilungspolitik initiiert oder mitgetragen – nur genau in die falsche Richtung!

Der Versuch des Parteichefs, die ganze unrühmliche „Politik der Mitte“ zu vertuschen, wird nicht gelingen. Große Teile der Unterschicht haben sich von der SPD schon abgewandt, auch viele Facharbeiter.

### Die SPD-Rechte macht mobil

Selbst das von Teilen der Basis erzwungene Bemühen der Parteizentrale um eine solche Kursänderung geht führenden Realos, die an der Agenda 2010 eisern festhalten wollen, zu weit. 60 von ihnen haben nun mit Hilfe eines Buches Beck und andere um die Zukunft der SPD besorgten mit diesem Schuss vor den Bug gewarnt, irgendetwas daran zu ändern. Das Buch hat sinnigerweise den Titel: „Auf der Höhe der Zeit“... Die Namen sind prominent: Steinbrück, Steinmeier, Platzeck, Gabriel, Hans-Jochen Vogel, Zypries und andere. Inhaltlich steht im Vordergrund, die SPD müsse an Schröders Reformen festhalten, die SPD dürfe „nicht nur als die Partei der sozialen Gerechtigkeit“ wahrgenommen werden, sie sei auch eine „Wirtschaftspartei“. Sie müsse sich wieder stärker der Mitte zuwenden. Platzeck warnte davor, daß die SPD zu „Sozialstaats-Konservativen“ werden könne. In Deutschland werde mehr Geld als in fast allen anderen Ländern für den Sozialstaat aufgewendet, „ohne dass wir damit die Menschen glücklich machen“. Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig!



## Die Verteufelung der Linkspartei geht weitgehend ins Leere

Für die Partei „Die Linke“ ist mit der verbalen Rolle rückwärts in der SPD weiterer Spielraum geschaffen. Die Chance besteht, in Zukunft konkreten Einfluss auf die Politik zu nehmen. Würde die Linkspartei bei der Bundestagswahl scheitern, wäre eine Rechtskoalition von CDU/CSU und FDP nicht zu verhindern.

Die SPD reagiert auf das Anwachsen der Linkspartei mit Ratlosigkeit und mangels treffender Argumente mit Beschimpfungen. Dabei wird besonders an deren Ko-Vorsitzenden Lafontaine kein gutes Haar gelassen. Nach Siegmund Gabriel ist Lafontaine der *„Scheinriese der deutschen Politik, je näher man ihm kommt, desto kleiner wird er. Nichts von dem, was er fordert, hat Hand und Fuß.“* Ludwig Stiegler, von dessen Linkssein nur der rote Pullover übrig geblieben ist, behauptet, Lafontaine lasse kein Mittel aus, *„um seinen Hass auf eine verantwortungsvolle Sozialdemokratie und ihre solide Politik realistischer Reformen Ausdruck zu verleihen“*. Struck, der Fraktionsvorsitzende der SPD, macht so etwas anspruchsvoller: Lafontaine sei der Urenkel Walter Ulbrichts, die Linken seien *„Rattenfänger“*. Bislang war es üblich, nur die Rechtsradikalen mit diesem Ausdruck zu belegen. Da war die etablierte „Linke“ Andrea Nahles schon ziviler, wenn auch daneben: Lafontaine sei *„in tiefem Sinne antidemokratisch“*. Verkehrsminister Tiefensee sieht das ganze von der kriminalistischen Seite: *„Lafontaine muss man deutlich das Handwerk legen“*. Erhard Eppler, der seinen Nonkonformismus schon längst an den Nagel gehängt hat, baut anscheinend auf diese Beschimpfungen auf, wenn er schlicht meint: *„Die Alternative zu Lafontaine lautet: Seriosität und menschlicher Anstand“*. Nun, seine Führungskollegen machen's ja gerade vor.

Auch weiter unten blasen die Opportunisten ins gleich Horn: Für den ver.di-Geschäftsführer von Mittelfranken, Göppner, sind die Linken *„alternde Politdiven, Scheinriesen, die alte Feindschaften pflegen“*. *„Sie haben dieselbe Strategie wie die Kommunisten in der Weimarer Republik. Da ist die*

*SPD das Übel“* gibt Bayerns Jung-Vize Pronold seine historischen Weisheiten preis. Besorgt um die schrillen Töne, behauptet SPD-Generalsekretär Heil das Gegenteil von dem, was sich in seiner Partei abspielt: *„Wir lassen uns nicht aus dem Takt bringen“*. Auch Parteichef Beck behauptet, *„die nehmen wir nicht so ernst“*. Man kann auch den Kopf in den Sand stecken, wie der Nürnberger SPD-Vorsitzende Christian Vogel. Der hält die Existenz der Linkspartei für eine Art *„SPD-Betriebsunfall“*.

## Der Niedergang der Sozialdemokratie ist nicht auf Deutschland beschränkt

Ähnliche Entwicklungen gibt es in anderen Ländern z.B. in Italien, in Frankreich und in Großbritannien bei der Labour Party. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozess jedoch in den Niederlanden. Auch wenn die Bedingungen dort etwas anders sind, so erhebt sich doch die Frage, ob nicht auch in Deutschland die Sozialdemokratie so krass abstürzen, die Linke andererseits zu solcher Stärke wie dort anwachsen kann. Die Sozialisten, eine Bewegungs- und Aktivistenspartei, stiegen dort bei den Parlamentswahlen von 6,3% 2003 auf 16,6% 2006, die „Partei der Arbeit“ (PvdA) fiel von 27,3% auf 21,2% zurück. Die Sozialdemokraten sind in Arbeitervierteln kaum mehr verankert. Ein Shell-Manager ist nun neuer Parteichef. Ihre Mitgliederzahl sank von einst 140.000 auf heute 60.000. Nachdem auch ein grünliches Gebilde gescheitert war, konnten die Sozialisten ihre Mitgliederzahl von 15.000 auf 50.000 erhöhen, damit sind sie nicht weit vom Stand der PvdA entfernt. Die holländischen Sozialisten sind ideologisch weniger gefestigt als die deutsche Linkspartei. So haben sie ihre antimonarchistische Einstellung aufgegeben und treten in der Ausländerfrage für eine Anpassung der Migranten ein.

Die April-Umfragen brachten eine Sensation. Demnach würden gegenwärtig bei Wahlen die linken Sozialisten 20% erzielen, die PvdA nur noch 17%. Die Linken hätten damit die Sozialdemokratie überflügelt.

In Norwegen spielt die Sozialdemokratie in Europa eine Sonderrolle. Das durch die Ölvorkommen reich gewordene Land, das nicht der EU

angehört, hat noch finanzielle Voraussetzungen, die der Sozialdemokratie die Beschreitung des traditionellen Weges noch eine Weile erlauben.

## Auf die Bewegung von unten kommt es an

Die Umwandlung der SPD hat in erster Linie objektive Ursachen, die auch verantwortlich sind für den schwachen Widerstand der Parteilinken und Traditionalisten. Im Zuge der steilen Entwicklung der Produktivkräfte hatte die Arbeiterklasse ihr Klassenbewußtsein verloren und wurde in ihrem Lebens- und Arbeitsbereich atomisiert. Die Globalisierung und der Bedeutungsverlust der Politik im Allgemeinen, die zunehmende Dominanz des Finanzkapitals und andere Veränderungen führten zum Verfall des Wertes der Arbeitskraft, die im Kapitalismus als „Ware“ fungiert („Humankapital“). Kleinbürgerliches Denken, verbunden mit einem daraus entspringenden Fatalismus, konnte keine Kraft hervorbringen, die Arbeiterbewegung zu erneuern. Die Folgen sieht man heute u.a. am Absturz der Gewerkschaften. So sind Linke aller Couleur und aktive Gewerkschafter weitgehend isoliert und damit den institutionellen Kräften unterlegen. Ohne Unterstützung entsprechender Bewegungen von unten setzen sich in der Regel Opportunismus und Anpassung durch. Das betrifft nicht nur die Lage in der SPD, dieses Problem gilt auch für die neue Linkspartei. Sie ist keine sozialistische oder marxistische Partei, auch wenn solche Kräfte noch in ihr wirken können. Mit dem Zugang der WASG-Mitglieder wird nun der keynsianistische Flügel gestärkt. Der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft liegt unter 5%. Die Linke im weitesten Sinne hat nun neue Kraft geschöpft. Doch ohne ausreichende Unterstützung durch Bewegung von unten kann die heterogene Zusammensetzung zum ernstlichen Problem werden. Das ist es wohl auch, was Ko-Vorsitzenden Bisky von einem *„Pulverfass“* sprechen lässt. Auch auf die weitere Entwicklung der SPD wird es Einfluss haben, wie „Die Linke“ dieses Problem bewältigt.

# Es geht nicht nur um unsere Haut

## Zum Tarifkonflikt bei der Bahn

V ielfältig sind die Deutungen, denen der Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn, dem größten und einschneidendsten Privatisierungsobjekt der Bundesregierung, unterliegt. Die größte Befürchtung auf der linken Seite des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital bestand ganz offensichtlich darin, daß es möglich sei, den Standes- oder Zunftcharakter der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) zu übersehen. Unzählig sind die Stellungnahmen, die sich mit dieser Frage befassen und dabei insbesondere die Gefahr der „Spaltung der Gewerkschaftsbewegung“ sowie die Aufkündigung des Flächentarifvertrages durch die GDL hervorheben. Manchmal hatte man sogar den Eindruck, daß der Streik als äußerstes gewerkschaftliches Kampfmittel, nur den DGB-Gewerkschaften, wie z.B. der TRANSNET (größte Eisenbahnergewerkschaft Deutschlands), erlaubt wird. Hingegen war manch ein Kommentar nicht weit davon entfernt, der GDL die Rolle eines „Halunken“ zuzuschreiben. Was bis jetzt allerdings durchaus im Sinne der TRANSNET-Führung war, die sagt: *„Wir haben immer davor gewarnt, daß die GDL-Streikmaßnahmen den Beschäftigten schaden werden“*. Dies alles lief nicht selten parallel mit gleichgerichteten Äußerungen von Mehdorn und Suckale (Personalchefin der DB AG) in ihren Mitarbeiterbriefen, was auf politisch linker Seite zumindest eine deutliche Abgrenzung erfordert hätte. Geht es hier doch in erster Linie um die Kollegen – nicht um die Leitungspyramide dieser oder jener Organisation. Dies deutlich zu machen, ist ein Anliegen des vorliegenden Artikels. Denn auch wenn man bei der GDL die „Standesorganisation“ hervorhebt, so wird doch damit aus der TRANSNET keine „Klassenorganisation“.

### Drei Mann in einem Boot

Allen drei Bahngewerkschaften (zu den genannten kommt noch die GDBA hinzu) ist gemeinsam, daß sie vor dem Börsengang kapitulieren.

Gerade die Reaktion des Kapitals auf die nur bundesweiten (aber nicht flächendeckenden) und auch nur befristeten (aber nicht unbefristeten) Warnstreiks der GDL (Lokführer und Zugbegleiter) hat gezeigt, daß der Börsengang der Deutschen Bahn durch ein entschlossenes Zusammengehen von GDL, TRANSNET und GDBA hätte verhindert werden können. Zumindest wäre wahr geworden, was im „Vorwärts“ vom 11. 11. 1921 angesichts der damaligen Bahnprivatisierungspläne, die zur „Deutsche(n) Reichsbahngesellschaft“ (DRG) führten, zu lesen war: Daß die Eisenbahnorganisationen aller Richtungen sowie die Mitglieder von Hauptbetriebs- und Hauptbeamtenrat der RBahn *„in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückschrecken werden.“*

Dies war nun nicht das Ziel der drei Bahngewerkschaften, wobei TRANSNET und GDBA eine Tarifgemeinschaft bilden. Der Hauptvorstand der TRANSNET bietet in einem Positionspapier *„der Politik und dem Unternehmen weiterhin an, eine gestaltende Rolle bei der Vollendung der Bahnreform zu übernehmen.“* Gleichzeitig erklärt er, daß die *„Bahnreform (...) nie das Ziel einer Kapital- bzw. Börsenfähigkeit (verfolgte).“* Dann aber wird der Börsengang nur solange abgelehnt, bis bestimmte *„Grundbedingungen mit der Politik und der DB AG“* geklärt sind. Norbert Hansen wendet sich an *„alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bahn AG“* mit der Aufforderung: *„Wir brauchen eine ‚Konzertherte Aktion, die das Beste für die Bahn und ihre Beschäftigten‘ erreichen will.“* Die Forderung nach dem *„integrierten Konzern“* ist im Sinne der TRANSNET gleichbedeutend mit der Forderung nach Vollprivatisierung. Das im Juli vom Bundeskabinett gebilligte Gesetz zur DB-Privatisierung wurde in diesem Sinn, obwohl es nach dem Muster der „DRG“ (Teilprivatisierung) gestaltet ist, von der TRANS-



NET auch entsprechend gewürdigt – der Segen zu diesem Gesetz wurde Tiefensee auf einem Sondergewerkschaftstag in Fulda erteilt. Aber die GDL-Führung verhält sich nicht besser. In einem Positionspapier zum „Fahrpersonaltarifvertrag“ heißt es: *„Die GDL hält die DB AG nach wie vor für nicht börsenreif und lehnt einen Börsengang daher zum jetzigen Zeitpunkt ab! Sollte sich der Bund als Eigentümer dennoch für einen Börsengang entscheiden, hat die Infrastruktur beim Bund zu verbleiben.“* Das vorliegende Privatisierungsgesetz lehnt sie aber *„strikt ab“*.

Jetzt – nach dem vorläufigen Ende der „Sprachlosigkeit“ zwischen GDL und Bahnvorstand, könnte möglicherweise wahr werden, was im ND vom 29. August noch als vorsichtige Frage formuliert wurde: *„Die GDL als konstruktive ‚Fachgruppe Lokführer‘ in einer informell wiederhergestellten Tarifgemeinschaft aller drei Bahngewerkschaften?“* Zumindest darf davon ausgegangen werden, daß aus jetziger Sicht die GDL weder willens noch in der Lage ist, alle Eisenbahner – insbesondere mit Blick auf die niedrigsten Lohngruppen – zu vertreten, denn sie hat sich mit einem besonderen Tarifvertrag für die Lokführer begnügt, ohne deren gewichtige Position für den Bahnbetrieb im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen in die Waagschale zu werfen. Von einer politischen Auseinandersetzung ist sie weit entfernt – außerparlamentarischen Druck auf die Regierung möchte sie nicht ausüben. Das sollte man wissen, bevor über den Tarifkonflikt bei der Bahn als Konflikt zwischen

Lohnarbeit und Kapital geurteilt wird. Denn dieser Konflikt ist eine Konsequenz des Börsenwahns, des Krieges um die Quote. Er wäre auch da, wenn es die GDL nicht geben würde, da mit der Frage nach dem Fahrpersonal, die Frage nach den Auswirkungen des Börsenganges auf die Eisenbahn und die Eisenbahner generell aufgeworfen wird. Und hält man hier, wie durch die TRANSNET geschehen, entgegen, daß ja schon eine kleine Anzahl von Fahrdienstleitern genügt, um die ganze Bahn lahm zu legen, dann stellt sich die Frage, warum dies mit der TRANSNET nicht möglich war. Antwort: „*Unsere einzige Chance lag in der Gestaltung des Reformprozesses.*“ (O-Ton TRANSNET am 09.12.2002)

### Das Verhalten der Kollegen

Es greift zu kurz, wenn hinsichtlich der Aktionen der GDL nur von den „Aktionen der Lokführer“ die Rede ist. Ebenso greift es zu kurz, wenn davon gesprochen wird, daß die GDL nur ihr „eigenes Klientel“ sieht. Denn an den Warnstreiks waren ebenso Zugbegleiter beteiligt (u.a. in München und Hamburg), von denen nicht wenige die TRANSNET in Richtung GDL verlassen haben. Ein Dauerbrenner in der Diskussion war dabei, daß Norbert Hansen nicht nur an der Spitze der TRANSNET steht, sondern auch Vizechef des Aufsichtsrates ist. Aber das bedeutet für viele Kollegen, gemeinsame Sache mit dem Konzern zu machen, der von ihnen sinkende Realeinkommen seit 1993 gefordert hat. Eine Fotomontage, die unter dem Fahrpersonal kursierte, macht deutlich, worum es dabei geht: Abgebildet ist der Bahnvorstand, der sich gerade seine Bezüge um über 60 Prozent erhöht hat. Darüber steht in großen Lettern: „*Danke TRANSNET!*“ Jedenfalls sah sich die TRANSNET-Führung gezwungen, eine Statistik zu führen, deren Saldo nicht zu ihren Gunsten ausfiel. Ein weiterer Dauerbrenner in der Debatte war die zunehmende Verunglimpfung von Lokführern und Zugbegleitern, wie sie in den absolut unqualifizierten Behauptungen des Bahnchefs und seiner Personalverantwortlichen zum Ausdruck kamen. Die völlig aus der Luft gegriffenen Vorschläge zur Abwendung der Streikauswirkungen zeigten, daß es keine Gegenmaßnahme ähnlich der-

jenigen in anderen Industriebetrieben geben konnte. Die Wut der Kollegen steigerte sich deutlich – allerdings der große Streik, der deshalb mit 95,8 Prozent Zustimmung beschlossen wurde, konnte wieder vom Tisch gedrückt werden. Außerdem hat der Tarifkonflikt die Kollegen des Fahrpersonals deutlich empfänglicher gemacht für grundsätzlichere Debatten über die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit, die Art und Weise ihrer Interessenvertretung, die gemeinsamen Arbeits- und Lebensbedingungen, das Streikrecht u.ä. Ein Lokführer aus Sachsen brachte es auf den Punkt: „*Es ist schon nicht leicht, im Einklang mit dem deutschen Gesetzesdschungel, Arbeitnehmerrechte durchzusetzen; Wasser predigen und Wein saufen'(...)*“ Und er sprach sehr weise, denn es folgten Streikverbote, die den Kollegen pausenlos zur Einschüchterung auf's Handy überspielt wurden – und schließlich trat die Justiz selbst als „Tarifpartei“ auf den Plan, nachdem die Konzerne ihre zu erwartenden Profitausfälle öffentlich aufgerechnet hatten. Da mußte Norbert Hansen als TRANSNET-Vorsitzender von seiner Absicht, die Mitglieder des von ihm geleiteten Verbandes Streikbrucharbeiten durchführen zu lassen, zurücktreten. Ansonsten hätte er eine ganz miese Figur im Rahmen des DGB und seiner eigenen Gewerkschaft abgegeben. Es reicht schon, daß die Briefaktion des Bahnvorstandes im Vorfeld der GDL-Streik-Urabstimmung zur Spaltung der Belegschaft mit Hilfe einer Erklärung jedes Beschäftigten über die Annahme des Tarifabschlusses von TRANSNET/GDBA, ganz offensichtlich auch eine Idee von ihm war. Der Rücklauf aus dem Fahrpersonal dürfte allerdings sehr gering gewesen sein. Auch wuchs die Solidarität aus den anderen Gewerkschaften mit den Kollegen der GDL. Immerhin wurde das Kapital für eine gewisse Zeit durch die Maßnahmen des Fahrpersonals in eine recht ausweglose Lage gebracht, was diesen Kollegen nicht wenig Sympathie einbrachte. Allerdings die Macht, die manche den Lokführern einzureden versuchen, und die momentan insbesondere auf dem ausgesprochenen Lokführermangel beruht, ist längst nicht die Macht, die das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital grundlegend verändern könnte.

Es stimmt durchaus, daß der von TRANSNET/GDBA ausgehandelte Abschluß der höchste in der Geschichte der DB AG ist. Auch deshalb, weil er gerade die niedrigsten Lohngruppen berücksichtigt. Und es stimmt auch, daß der seit 2003 von der GDL direkt geforderte besondere „Fahrpersonaltarifvertrag“ nicht unbedingt im Interesse des Fahrpersonals sein muß, da sein Interessenstandpunkt gegenüber dem aller anderen lohnabhängigen Eisenbahner kein besonderer ist. Aber die „Einheitsgewerkschaft“ spaltet in der Frage der Bahnprivatisierung die TRANSNET selbst. Denn sie hat es fertig gebracht, gegen den von ihr angeregten Beschluß des DGB gegen den Börsengang zu stimmen. Und man weiß, daß Hansen auch mit dem Ausscheiden seiner Gewerkschaft aus dem DGB gedroht hat. Hinsichtlich des Flächentarifvertrages wäre zu sagen, daß der Bereich, in dem z.B. die TRANSNET wirkt über den DB Konzern hinausgeht. Übereinstimmende Tarife gibt es da nicht. So bleibt es schon ein wichtiger Umstand, daß die GDL eben auf den inneren Zusammenhang der Arbeits- und Lebensbedingungen des Fahrpersonals aufmerksam gemacht hat. Diese Bedingungen sind der Ausgangspunkt der Sammlung des Fahrpersonals gewesen. Sie wurden inzwischen sehr umfassend in den Medien dargestellt. Im Ergebnis muß man festhalten, daß die Ausbeutung im Bahnkonzern im Bereich des Fahrpersonals – angefangen bei der Dienstregelung – besonders widerliche Formen annimmt, ohne deshalb zu übersehen, daß alle anderen Bereiche nicht weniger betroffen sind. Unbedingt erwähnenswert ist es aber, daß die Lokführer nicht mit den Piloten zu vergleichen sind, wie es oftmals geschieht. Sie haben diese abgehobene Position nicht. Die angeblichen 31 Prozent Lohnhöhung bedeuten in Wirklichkeit, daß den Lokführern im Zuge der Bahnreform die höhere Gehaltsgruppe genommen wurde, die sie hatten. Nur etwa 15-19 Prozent von ihnen verfügen noch im Rahmen des Bestandsschutzes über die Gruppe 9. Das ändert sich auch dadurch nicht, daß die TRANSNET/GDBA die Eingruppierungsfrage neu verhandelt. Das Fahrpersonal sagt – wie die anderen Eisenbahner auch: „*Wir haben in den letzten Jahren genügend verzichtet – auf Geld, auf Freizeit,*

auf Urlaub u.a., aber wir haben verzichtet, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten, nicht damit die Erfolgsprämien für den Börsengang ins Astronomische wachsen.“

### Alle Handlungen und Entscheidungen haben ihre eigenen Konsequenzen

Es ist eine alte Erfahrung, daß auch eine Bahngewerkschaft im Lohnkampf langfristig nur Erfolg hat, wenn sie an die Stelle der Berufsorganisation die Klassenorganisation setzt – um diese Einheit des Handelns, die die Unterstützung des Schwächeren durch den Stärkeren einschließt, geht es. Heute gilt dies doppelt, denn der eigentliche Hintergrund des Geschehens bei der DB AG ist ja die Bahnprivatisierung, deren Auswirkungen z. B. in dem von der TRANSNET-Führung ungeliebten – und daher weitgehend verhinderten – Dokumentarfilm „Bahn unterm Hammer“ sehr anschaulich geschildert werden. Aber der Börsengang war kein Thema des Tarifstreites. Obwohl ihm natürlich

höhere Abschlüsse schaden. Uns so bleibt den klassenbewußten Gewerkschaftern unter den Eisenbahnern die Aufgabe, den Kampf des Fahrpersonals, der selbstverständlich das materielle Interesse im umfassenden Sinn zum Ausgangspunkt hat, mit dem Widerstand gegen den Börsengang zu verbinden. Denn vielen Kollegen gab es zu denken, daß das von TRANSNET/GDBA erzielte Tarifergebnis schon vorher als ziemlich sicher galt – obwohl betont wurde, daß es sich um die „schwierigsten Verhandlungen“ gehandelt habe. Schließlich entsprach der von Hansen ausgerufene Streik, in dem auch ein Stellwerk für mehrere Stunden „besetzt“ wurde, der Wut und dem Zorn der Eisenbahner, war aber auch ein Mittel, um vom Geschehen um den Börsengang abzulenken. Zu auffällig ist der Zeitplan im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstag in Fulda, auf dem Erfolg verkündet werden mußte. Und so setzen sich die klassenbewußten Gewerkschafter unter den Eisenbahnern dafür ein, daß die Kollegen des Fahr-

personals an der Spitze für einen gemeinsamen Kampf der Eisenbahner stehen. Denn unbestritten ist, daß die gewerkschaftliche Zersplitterung der Eisenbahner, die bis zum wechselseitigen Streikbrechertum gehen kann, nicht den Eisenbahnern dient. Aber ebenso unbestritten ist, worauf schon Friedrich Engels verwies, daß sich die Gewerkschaften in Zeiten, in denen von Profitsteigerungsraten um mehrere Hundert Prozent die Rede ist, gegenüber dem Kapital schadlos mit ihren Forderungen halten müssen. Denn das kapitalistische Lohngesetz ist elastisch – vor allem nach unten. Und so bleibt festzuhalten, daß auch der Tarifkonflikt bei der Bahn zeigt, daß die Gewerkschaften nicht einer siegreichen Machtentfaltung, sondern wachsenden Schwierigkeiten ihrer Bewegung entgegengehen. Das bedeutet nicht, den Kopf in den Sand zu stecken oder auf die Gewerkschaften zu verzichten, sondern fordert zur politischen Aktion heraus, die den ökonomischen Kampf ergänzt und unterstützt.

## Kritische Anmerkungen zur Steuerpolitik der „Großen Koalition“

Die „Große Koalition“ setzt verstärkt fort, was zuvor im Rahmen der „SPD Grünen-Koalition“ angelegt wurde. Zumindest in der kritischen Linken ist der gesellschaftspolitische Skandal des § 8 b Körperschaftsteuergesetz (KStG) präsent. Hervorzuheben sind hier u.a. die Interventionen des Sozialdemokraten Albrecht Müller z.B. im „Freitag“ vom 27.07.2007. In Erinnerung ist folgender Hintergrund zu bringen: Mit dem Ministerwechsel im Bundesministerium der Finanzen hoffte die Großwirtschaft auf eine Trendwende in der Steuerpolitik. Die Großwirtschaft wurde vom Nachfolger Oskar Lafontaines, Hans Eichel, nicht enttäuscht. SPD Finanzminister Hans Eichel gelang im Dezember 1999 ein Überraschungscoup, der die Trendwende eindrucksvoll unterstrich: Die Ankündigung der Freistellung von Veräußerungsgewinnen für Kapitalgesellschaften bei Verkauf von Anteilen löste ein wahres Kurs-

feuerwerk an der Börse aus. (Dezember 1999!). Nun ist Gesetz § 8 b KStG daß nicht nur die Veräußerungsgewinne, sondern auch die Erträge körperschaftsteuerpflichtiger Anteilseigner bei Beteiligungen an Kapitalgesellschaften steuerfreigestellt sind.

### Der gesellschaftspolitische Skandal 8b Körperschaftsteuergesetz

Der gesellschaftspolitische Skandal ist, dass durch den staatlichen Einnahmeverzicht in Höhe von zig Milliarden großbetriebliche Einheiten stark begünstigt werden. Dem stehen auf der anderen Seite notleidende Gebietskörperschaften gegenüber. Es gibt bisher noch kein politisches Subjekt, das den im Gesetz kodifizierten Einnahmeverzicht betragsmäßig bezifferte. Auch wird die Abschaffung des § 8b KStG nur ganz vereinzelt gefordert.

Es ist auch im Nachhinein durchaus interessant, wie es 1999 zum

8b KStG kam. Die von „konkret“ (Nr. 11/2005) in der Rubrik „herrschaftszeiten“ unter „Wohlfahrtsstaat“ aus der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 8. September 2005 nachgedruckte Mitteilung bringt folgende Aufhellungen: *„Mitten in der Nacht klingelte das Telefon bei Jörg Asmussen. Der Anrufer aus New York, ein Angestellter der Investmentbank Goldman Sachs, wollte von dem Referenten des deutschen Finanzministers wissen, ob er die Mitteilungen aus Berlin richtig verstanden habe. Ob es stimme, dass deutsche Kapitalgesellschaften künftig keine Steuern mehr auf die Gewinne zahlen müssten, die sie beim Verkauf von Aktienpaketen oder ganzen Tochterunternehmen erzielen. Der Beamte bestätigte die Information. Die Banker aus Amerika waren die ersten, die dem Coup der Bundesregierung auf die Spur kamen. Sie hatten tags zuvor das in Berlin verteilte Pressematerial sorgfältig analysiert und später ihre Kunden informiert. Über Nachrichtenagenturen kam die Meldung zurück nach Deutschland und löste dort*

einen Börsenboom aus. Der Aktienindex Dax stieg allein an einem Tag um 4,57%. Vor allem die Kurse von Banken und Versicherungen schossen in die Höhe. Börsianer im Freudentaumel. Die Überraschung war perfekt. Ausgerechnet eine SPD-geführte Regierung erfüllte die Wünsche der Wirtschaft in einem Maße, wie es sich die Manager kaum je erträumt hatten. Kein Wunder, dass Allianz Chef Henning Schulte Noelle und Deutsche Bank Sprecher E. Breuer voll des Lobes für Rot Grün waren. Allein in ihren Bilanzen steckten hohe zweistellige Milliarden-summen an stillen Reserven. Sie hofften, nun diese Schätze steuerfrei heben zu können. Selbst die Urheber des Kursfeuerwerks waren perplex: Die Regierung hatte die Wirkung ihres Tuns völlig verkannt. Das war aber noch die harmloseste Fehleinschätzung bei der Unternehmenssteuerreform, wie sich später herausstellte. Vor allem bei den Steuerausfällen hatten sich Finanzminister Hans Eichel und seine Beamten völlig verkalkuliert.

Noch im Jahr 2000 kassierte der Staat 23,6 Milliarden Euro Körperschaftsteuer von den Kapitalgesellschaften. Im Jahr darauf, nach dem Inkrafttreten des Reformwerks, brachen diese Einnahmen vollkommen weg. Per Saldo mussten die Finanzämter sogar fast eine halbe Milliarde Euro an die Firmen auszahlen das hatte es noch nie gegeben.“

Der Zeit-Redakteur beleuchtet zwei Vorgänge. In der Schilderung der Steuerfreistellung kann ihm gefolgt werden. Der Einbruch bei der Körperschaftsteuer erfolgte aus der Umstellung des Körperschaftsteuer Anrechnungsverfahrens auf die sog. „Definitiv Besteuerung“. Da durch Gewinnthesaurierung (Nichtauszahlung von Gewinnen) gewaltige Summen an Körperschaftsteuer angesammelt wurden, ist durch Gewinnausschüttung dieses Körperschaftsteuerpotenzial gehoben worden (Differenz zwischen den höher besteuerten einbehaltenen Gewinnen zu den geringer besteuerten ausgeschütteten Gewinnen). Die aus den Gewinnausschüttungen resultierenden Körperschaftsteuerer-

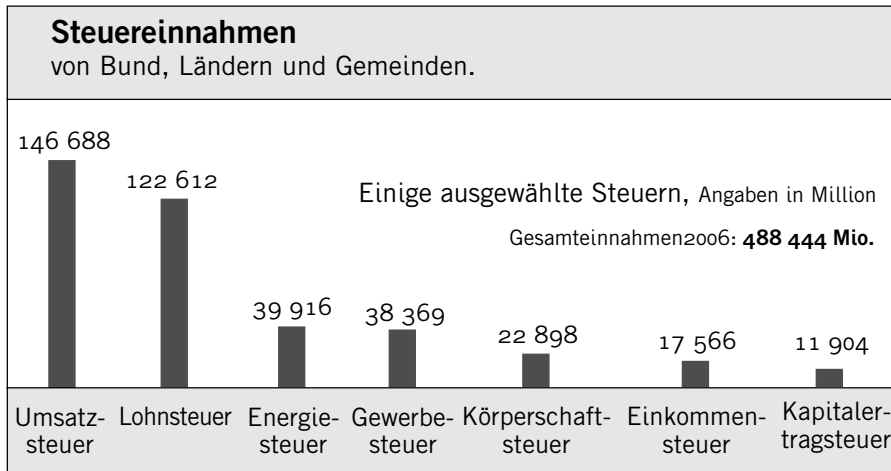
stattungen überkompensierten die Körperschaftsteuer Einnahmen im Jahre 2001. Im Kontext des Systemwechsels in der Besteuerung der Körperschaften konnte jeder Sachkundige mit dieser Ausschüttungspolitik rechnen. In der Fachwelt ist diese Ausschüttungspolitik z.B. unter dem Begriff des „Schüttaus-holzurück Verfahrens“ gut bekannt. Es brauchte viele Jahre um das Körperschaftsteuer Aufkommen (für 2006 in Höhe von 22,9 Milliarden Euro) wieder auf ein „Normal Niveau“ zu bringen. In die Welt der Legenden Bildung ist deshalb die angebliche Überraschung der hochqualifizierten Fachbeamten zu verweisen. Vielmehr muss von einer gezielt-



chen Vorteilen. Die Körperschaftsteuer (abgesenkter Körperschaftsteuersatz von bisher 25% auf 15%!) und Gewerbeertragsteuer führen bei Gewinnen, die nicht ausgeschüttet werden (sog. Thesaurierungsgewinne), nur noch zu einer Besteuerung von insgesamt knapp 30% (bisher ca. 39%!). Die Großbetriebe können mit dieser gesetzlichen Neuregelung riesige Liquiditätsvorteile generieren. Der sog. „gewerbliche Mittelstand“ wird i.d.Regel nicht von diesen gesetzlichen Bestimmungen profitieren können, weil unternehmergeführte Betriebe die angefallenen Gewinne durch Privatentnahmen für Lebenshaltungszwecke etc. verwenden (müssen). Diese Einheiten werden auch zukünftig mit dem je individuellen Steuersatz zu einer Besteuerung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herangezogen. Zudem müssen diese Gewerbebetriebe durch Streichung von Steuervorteilen (Wegfall der Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, Nichtverlängerung der „degressiven Abschrei-

bung“ von 30% etc.) die enorme Entlastung der großbetrieblichen Einheiten noch mit finanzieren.

Zumindest für Hessen ist eine intensivierete Besteuerung von Arbeitnehmern und Normal Gewerbetreibenden festzustellen. Durch verstärkt eingeführte elektronische Ver-



ten Politik ausgegangen werden, die die sog. „Deutschland AG“ mit ihren kapitalistisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen „knacken“ helfen sollte. Begleitet wurde diese Politik von einer 9 Prozentigen sukzessiven Absenkung des Spitzensteuersatzes für „natürliche Personen“ während der SPD Grünen Koalitionszeit (Grenzsteuersatz 1999 53%, 2000 51%, 2002 48,5%, 2004 45%, ab 1.01.2005 42%).

**Unternehmenssteuerreformgesetz 2008**

Die Auswirkungen des „Unternehmensteuerreformgesetzes“ verhelpfen wiederum den großbetrieblichen Einheiten zu gewaltigen steuerli-

fahren („elster“ Verfahren etc.) und die Verlängerung der Arbeitszeit der Finanzbeamten z.B. von 38,5 auf 42 Wochenstunden können mobilisierte Zeitreserven in den hessischen Finanzämtern für die „Prüfung der Steuererklärung“ und damit durch die Hebung steuerlicher Potenziale ordentliche steuerliche Mehrergebnisse erzielen. Böse Zungen behaupten, dass mit solchen auch die Maßnahmen die „Steuerreform 2008“ vorfinanziert wird. Der an „Steurgerechtigkeit“ orientierte Normalbürger wünscht sich, daß Großversicherungen und Großbanken unter ein solches „Steuerregiment“ gezwungen werden. In Hessen jedoch wurde das Großbetriebsprüfungs Finanzamt in Frankfurt „zerschlagen“.

Die Betriebsprüfer wurden auf die normalen Finanzämter verteilt, so dass heute ehemalige Großbetriebsprüfer Kleinbetriebe steuerlich überprüfen.

### Abschaffung der Erbschaftsteuer durch die Hintertür?

Diese Frage taucht auf, weil wir bei der Erbschaftsteuer eine ähnliche Grundkonstellation wie bei der Vermögensteuer haben. Das Bundesverfassungsgericht urteilte Ende 1995, dass das Vermögensteuergesetz in Teilen (nämlich der Bewertung von Grundvermögen) nicht als grundgesetzkonform anzusehen ist. Es beauftragte die Regierung (damals „liberal-konservativ“) das Vermögensteuergesetz grundgesetzkonform zu gestalten. Noch keine Regierung (auch nicht „SPD-Grün“) hat seither auch nur den Versuch unternommen, hier tätig zu werden. Die Konsequenz ist die, daß die Vermögensteuer nicht erhoben wird. Die Nichterhebung der Vermögensteuer ist eine stille Subvention der wirklich Begünstigten von mindestens 5 Milliarden Euro jährlich. Ähnliches ist bei der Erbschaftsteuer möglich. Auch hier liegt ein höchstrichterliches Urteil (Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Beschluß vom 7.11. 2006 1 BvL 10/02, veröffentlicht zu Beginn des Jahres 2007, vor, daß das Erbschaftsteuergesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Auch hier ist der Gesetzgeber gefordert, das Erbschaftsteuergesetz nunmehr grundgesetzkonform auszugestalten. Von wesentlichen Teilen der CDU/CSU kann vernommen werden, daß sie für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer eintritt. Die SPD ist durch ihre „Realpolitik“ so sehr in „neoliberales Fahrwasser“ gelangt, dass ernsthafte Versuche u.U. nicht mehr erwartet werden können, so dass in Bälde auch die Erbschaftsteuer (ab 2009?) nicht mehr erhoben wird, weil es zu keiner gesetzlichen Neuregelung bis zum 31.12.2008 kommt. Das Steueraufkommen aus der Erbschaftsteuer betrug im Jahre 2006 3,763 Milliarden Euro.

### Zahlreiche steuerliche Neuregelungen belasten 2007 die Arbeitnehmer zusätzlich:

Noch im Mai 2007 wurde in den Zeitungen etc. diskutiert, was mit den

erheblichen steuerlichen Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer und Versicherungssteuer zu tun sei. Die Entlastung der Normalbürger wurde hier auch diskutiert, wovon zwischenzeitlich aber nichts mehr zu hören ist.

Noch gut in Erinnerung ist, daß die SPD im letzten Bundestagswahlkampf die von der CDU geplante 2 Prozentige Mehrwertsteuererhöhung als „Merkelsteuer“ geißelte. Aus 2% wurde im Wege des Koalitions „Kompromisses“ mit der SPD („Merkel und Müntefering“) 3%. Das Umsatzsteuer Aufkommen ist für 2005 mit 139,7 Milliarden Euro zu beziffern. Der Anstieg 2006 ist mit 7 Milliarden Euro auf über 146,7 Milliarden € festzustellen. Erfolgte bisher die Umsatzsteuer Regelsatzerhöhung in 1% Schritten (zuletzt ab 1.04.1998 unter liberalkonservativer Bundesregierung) erhöhte diese Koalition die Umsatzsteuer historisch einmalig um einen 3% Schritt.

Die Versicherungssteuer betrug in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt je 8,7 Milliarden Euro. Durch die 3%tige Versicherungssteuer Erhöhung auf den 1.01.2007 ist auch hier ein rechenbaren Anstieg zu erwarten. Sowohl die Umsatzsteuer als auch die Versicherungssteuer Erhöhung belasten besonders die „kleinen Einkommen“. Ab 2007 werden die **Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte** erst ab dem 21. km steuerlich anerkannt. Mehrere Finanzgerichte halten diese Regelung für verfassungswidrig. Neben dieser Neuregelung ist noch folgender Tatbestand erwähnenswert: Der Gesetzgeber hat die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in Privataufwand „umqualifiziert“. Gemäß „*Steueränderungsgesetz 2007*“ sind diese Aufwendungen keine „*Werbungskosten*“ mehr, sondern sie sind „*wie Werbungskosten*“ zu behandeln. In dieser Gesetzesbestimmung kann die Vorbereitung zur alsbaldigen restlosen Kürzung gesehen werden. Die Gesetzesregelung diskriminiert die Arbeitnehmer mit langen Wegezeiten, denen häufig aus strukturellem Mangel ein Umstieg auf den Öffentlichen Personen Nahverkehr nicht möglich ist. Auch das häusliche Arbeitszimmer wird i.d. Regel jetzt nicht mehr zum Steuerabzug zugelassen. Hier sind vor allem Lehrer betroffen, denen in Schulen für ihre Unterrichtsvor- und nach-

bereitung keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Diese Neuregelung wird ebenfalls die Finanzgerichte und zuletzt den Bundesfinanzhof beschäftigen.

Kurios ist auch der Umstand mit Blick auf ein außerordentlich kompliziertes deutsches Steuerrecht, daß Steuerberatungskosten nicht mehr steuerlich zum Abzug als Sonderausgaben in Ansatz kommen können. Der konservative „Bund der Steuerzahler“ hat hiergegen Klage beim Finanzgericht Baden Württemberg eingereicht. Die Klage bzw. das Musterverfahren wird dort unter dem Aktenzeichen „Az.: 5 K 186/07“ geführt.

Ohne in Einzelheiten zu gehen, kann auch das „*Unternehmenssteuerreformgesetz 2008*“ als stark „streitanfällig“ betrachtet werden. Auch dieses Gesetz wird die höchsten Gerichte beschäftigen.

Die „robuste“ Begünstigung der großbetrieblichen Einheiten und eine insgesamt ungerechte und die Massen belastende Besteuerung wird durch „schlechte“ Gesetze mit hoher Streitanfälligkeit und trotz allem Druck mit einer erheblich verschlechterter Steuermoral erkaufte. Sie sind „hochgradig ungerecht“. Nur eine „Große Koalition“ konnte so einseitig die großbetrieblichen Einheiten entlasten; die sozial gerechteren direkten Steuern abbauen und die sozial ungerechteren „indirekten Steuern“ (z.B. Umsatzsteuer Erhöhung in einem 3% Schritt) so dramatisch zu Lasten der Arbeitnehmer und Bezieher von Transfereinkommen (Rentner, Hartz IV und Arbeitslosengeld Bezieher etc.) „ausbauen“. Die Absenkung der Pendlerpauschale 2007 etc. wirkt bei Arbeitnehmern zusätzlich wie eine Steuererhöhung und hat eine stark diskriminierende Seite.

Es bleibt zu hoffen, dass die Verteilung der steuerlichen (Mehr-) Einnahmen 2007 zugunsten der sozialstaatlichen Strukturen durch außerparlamentarischem Druck bewirkt werden kann. Nur politischer Druck von links kann ein Klima erzeugen, in dem es zu einer grundgesetzkonformen Besteuerung entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler kommt.

Louis Ewald



## Neonazis in Ostdeutschland Schockiert und entsetzt...

Eine bundesweit beachtete Meldung ging durch die Medien. Am 9. Juni kam es zu einem Naziüberfall in Halberstadt in Sachsen-Anhalt. Überfallen wurden keine Punks, linken Jugendlichen oder Ausländer, sondern 14 Mitglieder einer Halberstadter Schauspieltruppe. Auf offener Straße wurden sie um 3 Uhr morgens von acht Nazis verprügelt, misshandelt und zum Teil krankhausreif geschlagen. Der vermutete Grund des Überfalls: Einer der Schauspieler hatte eine Punkfrisur, zwei weitere sahen, laut Presseberichten, wie Ausländer aus. Für Nazis ist das offensichtlich ausreichend um zuzuschlagen.

Auch die herbeigerufene Polizei sah in den Opfern, vielleicht aus demselben Grund wie die Nazis, Personen minderen Rechts. Denn anstatt die Nazis festzunehmen, beschäftigte sie sich ausgiebig mit den Opfern, deren Personalien sie mehr interessierten als die Täter.

Die verantwortliche Politik reagierte wie immer. Sie war entsetzt, wie Ministerpräsident Böhmer. Sie war schockiert, wie der Halberstadter OB Henke. Und sie teilt die Wut der Opfer, wie der Polizeiminister Hövelmann (SPD), der „hart durchgriff“ und den zuständigen Dienstgruppenleiter von seiner Position suspendierte. Zur Entschuldigung der Polizei meinte Hövelmann, daß diese zu wenig geschult sei und dieses Defizit Stück für Stück aber jetzt behoben werde. Bereits vor einem Jahr hatte man das Nichteingreifen der Polizei genauso begründet. Damals verbrannten Nazis unter den Augen der Polizei bei einer so genannten Sonnwendfeier die „Tagebücher der Anne Frank“. Die Polizisten hätten mit dem Namen Anne Frank nichts anfangen können, tönte es aus dem Polizeiministerium.

Jetzt soll also geschult werden. Dann kann zukünftig auch nichts mehr geschehen. Nazis stehen dann einer antifaschistisch geschulten Polizei gegenüber. So einfach ist das. Aber bürgerliche Politik und

Presse sind zufrieden, denn es ist alles wieder zurechtgerückt und man kann zur Tagesordnung übergehen.

Und das ist man inzwischen. Die Konjunktur brummt, was will man mehr? Ein Naziproblem gibt es nicht. Warum sich dann noch länger mit dem bedauernswerten Vorfall aufhalten?

Der Vorfall von Halberstadt ist in Ostdeutschland allerdings leider kein Einzelfall, sondern lediglich die sichtbare Spitze des Eisbergs. Nur durch die Berichterstattung der überregionalen Presse erlangte der Vorfall dieses Mal eine gewisse Publizität. Es ist aber so, daß es fast wöchentlich in allen ostdeutschen Bundesländern zu Naziübergriffen und öffentlichen Aktionen kommt. Sie sind so häufig, dass Berichte darüber selbst in der jeweiligen örtlichen Presse nur als Notiz im Lokalteil auftauchen. In gewissen Regionen kann man inzwischen von einem regelrechten Naziterror sprechen.

### Kampf um die Straße....

Betrachtet man die Ereignisse genauer, wird die Strategie der Faschisten erkennbar. Die NPD hat sie öffentlich formuliert: Zuerst geht es um den Kampf um die Straße, dann um den Kampf um die Köpfe und schließlich um den Kampf um die Parlamente.

Daß die Strategie von den Nazis erfolgreich umgesetzt wird, zeigt sich besonders deutlich in Sachsen, wo die NPD mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen im Landtag sitzt. Aber nicht nur Sachsen gehört zu den strategischen Schwerpunkten der NPD, sondern auch Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Ziel ist es, nach eigenen Angaben, bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2009 flächendeckend anzutreten. Gelänge dies, wäre das eine neue Qualität, denn bislang war die NPD meist „nur“ bei Kreis- und Stadtratswahlen erfolgreich. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie öffentlichen Einfluss



*Energie Cottbus Fans in Dresden beim Spiel der Fußballclubs Energie Cottbus gegen Dynamo Dresden*

gewinnen. Das wird ihr aber nur gelingen, wenn sie die antifaschistischen Kräfte zurückdrängt und wenig politisch denkende Menschen einschüchtert. Das geschieht mit dem Straßenkampf, mit den Übergriffen.

Die Drecksarbeit dabei machen die so genannten Kameradschaften, wie bei dem Vorfall in Halberstadt und allen Vorfällen in Sachsen. Sie nennen sich SSS (Skinheads Sächsische Schweiz; inzwischen verboten, aber nicht verschwunden), „Sturm 34“ (aktuell verboten) oder Aktionsfront, usw., usw.

Aktueller Schwerpunkt des Naziterrors ist die Gegend um Leipzig und der Muldetalkreis. Aber nicht nur dort kommt es zu Übergriffen. Auch aus Borna, Zittau und Pirna werden solche gemeldet.

„Die Liste der Übergriffe wird immer länger. Kaum eine Woche vergeht ohne Übergriffe“, meldet die Chemnitzer Freie Presse am 21. April diesen Jahres. Einen Schwerpunkt bildet der Landkreis Mittweida. Dort gibt es die meisten Vorkommnisse. Zurückzuführen ist das auf die inzwischen verbotene Kameradschaft „Sturm 34“. Die sächsische Linkspartei geht bei dieser Gruppe von ca. 60 gewaltbereiten Nazis aus. Aber, wird festgestellt, im Landkreis bestehen weitere Kameradschaften. Davon allerdings kann man bei dem zunehmenden Terror auch ausgehen. Denn dieser ist ein Fakt, auch wenn er von der örtlichen Politik herunter geredet wird. So werden Bürger auf offener Straße von diesem braunen Pack überfallen. Einem Dönerlokal in Mittweida wur-

den schon mehrere Male, wie schon vor zwei Jahren in Pirna, die Scheiben eingeworfen. Linke Jugendliche werden regelrecht gejagt, wenn sie einen Anti-Nazi-Sticker tragen. Jugendclubs werden überfallen und tyrannisiert. Hakenkreuz- und SS-Schmierereien sind an der Tagesordnung.

„Von den Tätern fehlt jede Spur“, meint die Polizei zu den Vorgängen. Auch bei anderen Taten, die sich über ganz Sachsen erstrecken, fehlen die Täter. So sind in diesem Jahr bereits rund 20 Wahlkreisbüros und andere Einrichtungen der Linkspartei überfallen worden. Schon im letzten Jahr ging das los. Damals waren es „nur“ 12 Büros. Mit Pflastersteinen werden die Scheiben eingeworfen und, wo möglich, das Büro zerstört. Die Anschläge häufen sich ganz offensichtlich. Auch Veranstaltungen der Partei werden inzwischen gestört. So bekam im April der Jugendtag der JungenLinken in Schirgiswalde Besuch von den Neonazis. Nach verbalen Pöbeleien zogen sie ab und holten Verstärkung. Glücklicherweise wurde bei der anschließenden Prügelei niemand ernsthaft verletzt. Bezeichnend war wieder einmal das Verhalten der Polizei. Sie kam erst, nachdem die Nazis zugeschlagen haben. Vorher sahen sie, obwohl alarmiert, keinen Grund zum Einschreiten!

Neben dem offensichtlichen gewalttätigen Terror, wird der braune Boden auch mit ideologischen Mitteln intensiv bearbeitet. So hat in der nordsächsischen Kreisstadt Borna, ein „nationalkonservativer“ Verein „Gedächtnisstätte“ das Verwaltungsgebäude eines ehemaligen Betriebes aufgekauft, um dort eine Gedenkstätte für ausschließlich „deutsche“ Opfer des faschistischen Krieges einzurichten. Hinter dem Verein stehen unter anderem Faschisten wie ein Horst Mahler. In einem der 200 Räume fand im Juni bereits eine erste Ausstellung statt. Gezeigt wurden deutsche Opfer des Bombenkriegs, deutsche Kriegsgefangene und Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten. Die Ausstellung zeigte eindeutig, welch braunen Geistes Kind die Veranstalter sind. Die Stadt Borna hat deshalb dem Verein die Auflage erteilt, dass die Einrichtung nicht als öffentliche Gedenkstät-

te bezeichnet werden darf. Nach der Auflagenerteilung wurde die Stadt regelrecht mit Nazischmierereien überschwemmt. Auch hier fehle von den Tätern jegliche Spur, meint der dortige Polizeichef Greischel. Und er fügt hinzu: „Aktivitäten der rechten Kreise bewegen sich in Grauzonen, was die strafrechtliche Verfolgung schwierig macht“. So ist es nun auch wieder!

Es ist zu vermuten, daß die Urheber der Aktion, zumal sie eine Horde junger Nazis in SS-ähnlicher schwarzer Kleidung als Wachschutz des Vereinsgeländes beschäftigen, ihre Aktivitäten ausweiten. Es kann deshalb auch in Borna in Zukunft darauf gewartet werden, daß der „Kampf um die Straße“ entwickelt wird.

### Kampf um die Köpfe...

Wenn die Faschisten meinen die Straße zu beherrschen, erfolgt der Taktikwechsel. Dann heißt es Kreide fressen. Die Junge Welt stellt das in einem Artikel im Juni d. J. am Beispiel der NPD und DVU in Leinefeld, Nord-Thüringen, dar. Dort kam es inzwischen zum völlig veränderten Auftritt der Nazis, obwohl sie sich in Publikationen bei den braunen Kameradschaften für die gute Zusammenarbeit bedanken. In Leinefeld spielen die Faschisten der Öffentlichkeit den engagierten Bürger vor. Sie pflanzen Bäume, setzen sich für den Erhalt und die Pflege von Wanderhütten ein und kümmern sich um die Gestaltung von Ausflugszielen. Damit werden sie zur akzeptierten gesellschaftlichen Formation mit entsprechendem Einfluss. Die bürgerlichen Parteien, unter Einschluss der Sozialdemokratie, haben dort kein Problem mit den Faschisten. So gibt der Leinefelder SPD-Oberbürgermeister, einem Nazi-Blatt aus NRW ein Interview, das dieses mit der Überschrift versieht: „Sozialdemokrat lobt DVU-Abgeordneten“. Ob das Feigheit vor dem Einfluss der Nazis ist, ob es individuelle Blödeheit oder gar bewusste Förderung der braunen Bande ist, sei dahingestellt. Fakt ist, daß die Parteien der formalen Demokratie, sei es bewusst oder unbewusst, die Faschisten fördern und stärken. So sieht also der, vor einigen Jahren von Gerhard Schröder propagierte, Aufstand der Anständigen aus.

Das Leinefelder Beispiel ist auf alle Regionen, in denen die braunen Schlägerbanden auftreten und aufgetreten sind, übertragbar. In Königstein, in der Sächsischen Schweiz, war Uwe Leichsenring, die Galionsfigur der sächsischen NPD, die akzeptierte lokale Größe, mit einem Stimmenanteil bei den Bürgermeisterwahlen von knapp 20 Prozent. Leichsenring ist inzwischen tödlich verunglückt und mit einer Traueranzeige des sächsischen Landtags in die Ewigkeit entlassen. Leichsenring rühmte sich zu Lebzeiten stets seiner guten Kontakte zu den SSS, selbst dann noch, als diese bereits verboten waren. Einen Abbruch der Sympathien hat das für ihn, durch sein kommunales „Engagement“ nicht gebracht. Und sicher wird die NPD auch ohne Leichsenring in Zukunft gut in der Sächsischen Schweiz verankert sein.

Der korrekte Nazi. Das ist das Bild, das die NPD von sich selbst entwickelt, wo sie weiterkommen will. Keine Glatzen mehr und keine Bomberjacken. Vielmehr gebügelte Hose und ordentlicher Haarschnitt. Ein Paradebeispiel für diesen Imagewechsel ist der thüringische Landesgeschäftsführer der NPD, Wieschke. Wieschke ist vorbestraft wegen Körperverletzung und eines Überfalls auf einen türkischen Laden in Eisenach. Wieschke hat sich heute das Schaffell übergezogen. Die NPD greift unter seiner Regie brisante regionale Probleme auf. Von der Kulturpolitik, z.B. gegen die Theaterschließung in Eisenach, bis hin zu Umwelt- und Müllproblemen. Für ihn geht es darum Präsenz zu zeigen, sowohl in der Öffentlichkeit mit regelmäßigen Infoständen und regionalen Zeitungen, als auch im Fußball- und Schützenverein und der Feuerwehr. Systematisch besetzt die NPD öffentlich Räume. Das heißt aber nicht, dass keine braune Gewalt gezielt gegen Linke und Ausländer eingesetzt würde. Nur durch ein Klima der Einschüchterung und Angst, gepaart mit dem Image der Korrektheit, kann die NPD schließlich diese öffentlichen Räume besetzen. Wenn es dann nach einem Naziübergriff erforderlich wird, distanzieren sich die NPD-Häuptlinge eben von den Kameradschaften. Und das Geschäft geht in der gewohnten Art weiter. Also alles ganz einfach, nicht wahr?

## Die Dulder und die Unterstützer

Trotzdem würde die Strategie der Faschisten nicht aufgehen, hätten sie im bürgerlichen Lager nicht Dulder, Förderer und Unterstützer. Es gibt hier durchaus Parallelen zum historischen Faschismus. Die Motive derer, die die Nazis stärken, sind nicht immer einfach auszumachen. Oft ist es eine Mischung aus Dummheit und Kalkül, oder es ist nur Dummheit oder nur Kalkül. Und oft kommen sie aus dem Umfeld der CDU, wie auch viele NPD- und DVU-Größen ihre Karriere in der CDU begonnen haben. Aber korrekterweise muss festgestellt werden, dass die Duldung und Unterstützung aus fast allen Parteien kommt und nicht zu vergessen aus Polizei- und Justizkreisen.

So behaupteten beispielsweise in Mittweida Mitte Mai, sowohl Bürgermeister als auch Landrat, beide CDU, es gäbe in der Region kein Naziproblem. Und wenn es eines gebe, dann sei das von den Medien in die Öffentlichkeit getragen und hochgespielt. Trotz des offensichtlichen Terrors des „Sturm 34“ ist eine solche Haltung „demokratischer“ Parteivertreter unglaublich. Doch sie ist leider wahr. Konsequenterweise sprachen sie sich auch gegen die Demonstration am 12. Mai, angemeldet von der Linkspartei, aus. Ihr Hauptargument gegen die Demo war, daß „linke Choten“ nach Mittweida kommen und randalieren würden. Das kann man ja schließlich den Mittweidaern in ihrer Betulichkeit nicht zumuten. Die Veranstalter erwarteten 500 Demonstranten. Es wurden dann aber 2000 und die Veranstaltung verlief friedlich. Immerhin ein Lichtblick in der sächsischen Provinz!

Ähnlich skandalös sind Vorfälle um den Landrat des Muldentalkreises Gerhard Gey (CDU). Durch die Presse wird bekannt, daß sich Gey Anfang Mai mit NPD-Funktionären zum Problem der Jugendarbeit getroffen hat. Es erfolgte ein 2-stündiger Meinungsaustausch, der nach einer Presseerklärung der NPD von „gegenseitigem Respekt und Fairness getragen“ war. Die öffentliche Empörung blieb natürlich nicht aus. Gey verteidigte sich mit dem Hinweis, daß für ihn „Toleranz keine Einbahn-

straße sei.“ Aber es kommt noch besser. So hat nach Aussagen der NPD Gey der Partei 2000 Euro aus dem Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ versprochen. Gey bestreitet das heute, was die NPD veranlasst, ihre Teilnehmer des Gesprächs, mit eidesstattlichen Erklärungen diese Zusage bestätigen zu lassen.

Aber es wird um den Gey noch toller. Der Pressewirbel ist voll am Laufen, da wird bekannt, dass Gey dem NPD-Kreisrat und NPD-Kreisvorstandsmitglied Tautermann eine ABM-Stelle, dotiert mit 1100.- Euro, angeboten hat. Im Jugendclub in Trebsen sollte Tautermann pädagogisch unterstützend tätig werden. Der Landrat hält offensichtlich den Baumaschinisten Tautermann für pädagogische Aufgaben besonders geeignet.

Die Grünen im sächsischen Landtag zeigten sich empört über die „Naivität“ des Landrats und forderten natürlich dessen Rücktritt. Die Frage der Naivität muss allerdings im Zusammenhang mit der Grünen-Auffassung besonders geprüft werden. Denn es sind eher die Grünen naiv als der Landrat, wenn sie glauben, dieser hätte aus Naivität gehandelt. Auf jeden Fall sind bei jenem die Rücktrittsforderungen nicht auf Resonanz gestoßen. Der Herr Landrat macht weiter wie gewohnt.

Diese klammheimliche Übereinstimmung mit den Nazis finden wir nicht nur in Sachsen, sondern überall dort, wo sie inzwischen verankert sind. So wird in Halberstadt von der Polizei energisch bestritten, dass es rechtsradikale Strukturen gibt. Straftaten durch Nazis resultieren nicht aus deren rechter Gesinnung, sondern meistens aus Saufgelagen, so der Originalton aus Halberstadt. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die Nachbarstädte Wernigerode und Quedlinburg neben Halberstadt Nazi-Brutstätten sind. Vor zwei Jahren wurde in der Region die Kameradschaft „Aktionsfront“ verboten. Die NPD nahm bereitwillig die Heimatlosen auf.

Oder ein Beispiel aus Heiligenstadt in Thüringen. Dort verbietet das Ordnungsamt den Auftritt einer Klezmergruppe als Antwort der Antifaschisten auf eine NPD-Kundgebung. Begründung: Das sei ein Sicherheits-

risiko. Das also verstehen die Verwalter der Ordnung unter „Gesicht zeigen“ gegen Nazis. Aber warum soll das Ordnungsamt fortschrittlicher sein als seine Dienstherrn. Diese sitzen in der CDU und haben mit Antifaschismus auch nichts am Hut. Die CDU hat den Aufruf „Gesicht zeigen“ der von Initiativen und allen anderen Parteien verfasst wurde, nicht mitgetragen. Wer mag deshalb dem Ordnungsamt das Verbot verübeln, vor allem dann, wenn auch noch „Sicherheitsrisiken“ bestehen?

Aber auch Halberstadt, in dem es angeblich keine Nazistrukturen gibt, machte bereits Anfang des Jahres Schlagzeilen. Im Januar wurde ein 12-jähriger afrikanischer Junge von Nazis zusammengeschlagen. Antifaschisten organisierten aus dem Anlass ein Solidaritätskonzert mit Konstantin Wecker. Das Konzert sollte im März in der Aula eines Gymnasiums stattfinden. Dort fand es nicht statt. Das wurde von der Stadtverwaltung verhindert. Die Begründung: „Wenn der Wecker in die Aula darf, müssen wir das auch der NPD gestatten“. Das Konzert fand trotzdem statt. Zwar nicht in der Aula, aber es fand statt. Und in Halberstadt gibt es keine braunen Strukturen und OB Henke ist entsetzt!

Daß es eine braune Vernetzung ins bürgerliche Lager und seine Organe gibt, wurde von der Linken immer als gegeben gesehen. Zu eindeutig sind die gemachten Erfahrungen bei der Genehmigung von Nazidemos durch die Justiz und das Verhalten der Polizei bei Demonstrationen. Dort werden Nazis mit Samthandschuhen angefasst, Antifaschisten dagegen trifft die volle Polizeigewalt. Daß diese Einschätzung nicht alleine auf subjektiver Wahrnehmung beruht, zeigt ein Vorgang in Sachsen, der darauf rückschließen lässt, dass es weit reichende Kontakte in den Polizeiapparat gibt.

Der Korruptionsskandal in Sachsen, in den höchste Politik- und Justizkreise verwickelt sein sollen (genauer wird der Öffentlichkeit vorenthalten), geht zurzeit durch die Medien. Für die NPDler im Landtag, mangels Gelegenheit an den Korruptions-Schweinereien nicht beteiligt, ist das die Möglichkeit sich als die „Saubermänner“ zu profilieren. Gezielt wurden von der NPD-Fraktion im Landtag Anfragen zum Thema ge-

stellt, die gespickt mit Detailinformationen waren, die nur aus den Akten des LKA stammen konnten. Das Pikante daran war, dass diese Detailinformationen selbst der PKK (Parlamentarische Kontrollkommission) nicht zugänglich waren. Immerhin ging um die Frage dieser Zugänglichkeit ein wochenlanger parlamentarischer Streit. Die PKK wusste nichts. Die NPD dagegen vieles. Natürlich löste das mehr als Verwunderung im sächsischen Landtag aus. Woher sollten diese Informationen stammen, wenn nicht aus dem LKA selbst! Das LKA wies nach anfänglichem Zögern die Vorwürfe selbstverständlich zurück. Die NPD-Dummköpfe selbstverständlich auch. Doch was bedeutet das schon?

Die Medien, unter anderem die Tagesschau nahmen sich des Themas an. Auf der Web-Site der Tagesschau kann man lesen: „Der Publizist und Experte zum Thema organisierte Kriminalität, Jürgen Roth, hält diese Erklärung allerdings für ‚nicht sehr wahrscheinlich‘“. Gegenüber *tagesschau.de* sagte er, die NPD habe über diverse Informationen verfügt, die sicherlich nicht an anderen Stellen vorlagen. „Ich halte eine Verbindung zwischen LKA und NPD aufgrund meines Wissens für mehr als möglich.“, so Roth. Der Publizist meint sogar, es gebe seit „geraumer Zeit“ Kontakte zwischen der NPD und einzelnen LKA – Beamten. Diese stünden „kraft ihrer Gesinnung der rechtsextremen Partei nahe“.

Aber es gibt auch eine ideologische Vernetzung ins konservative und liberale bürgerliche Lager. Sie hat nicht unbedingt organisatorische Strukturen, wobei auch das nicht auszuschließen ist. Auf jeden Fall fördert sie reaktionäres Denken und stärkt objektiv die offen faschistischen Kräfte. Das jüngste Beispiel dafür ist der Ministerpräsident Öttinger in Baden-Württemberg, der den Kriegsverbrecher Filbinger post mortem zum Widerstandskämpfer gegen die Nazis machen wollte. Öttinger ist Mitglied des Studienzentrums Weikersheim, einer konservativ-reaktionären Ideologieschmiede mit besten Verbindungen zu faschistischen Organisationen. Er befindet sich dort in trauter Gesellschaft mit anderen Reaktionären aus Wirtschaft, Politik, Militär und öffentlicher Verwaltung. Auch aus den neuen Bundesländern sind dort Exponenten der Konservativen organisiert. In

Sachsen wurde bekannt, daß das der frühere Minister Mathias Rössler, seines Zeichens „Patriotismusbeauftragter der CDU-Landtagsfraktion“ (so etwas gibts in Sachsen wirklich!), und MdB Vaats, Landesvorstandsmitglied der CDU und „Widerstandskämpfer gegen den SED-Unrechtsstaat“, ist. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn bei den Konservativen, immer wieder braune Tendenzen sichtbar werden. So machte Anfang dieses Jahres der MdB Henry Nitsche Schlagzeilen. Nitsche kommt aus Ostsachsen und wurde gegen den erklärten Willen seines Kreisverbandes inzwischen aus der CDU ausgeschlossen. Nitsche hatte auf einer CDU-Veranstaltung in Brandenburg zum Thema Patriotismus gesprochen und die Aussage gemacht „Patriotismus wird gebraucht, damit Deutschland endlich vom Schuld kult herunterkommt und wir nie wieder von Mult-Kulti-Schwuchteln in Berlin regiert wird“. Obwohl der sächsische Landesverband der CDU über diesen Ausspruch informiert war, dauerte es sechs Monate bis man gegen Nitsche vorging. Und das auch nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil der Fall mediale Wellen schlug. Die NPD jubelte und forderte Nitsche auf sich auch offiziell in ihre Reihen zu begeben. „Herr Nitsche“, verlautbarten sie, „schreiben sie Geschichte und werden der erste NPD-Abgeordnete im Deutschen Bundestag“. Bis jetzt ist Nitsche der NPD-Einladung nicht gefolgt. Aber sicherlich nicht, weil er grundsätzlich etwas gegen die Faschisten hat. Immerhin wurde Nitsche bereits 2003 mit ausländerfeindlichen Sprüchen auffällig. Das war keine einmalige Entgleisung. Im Jahr 2005 hat er, abweichend vom offiziellen CDU-Wahlkampf motto, seinen Wahlkampf unter den Slogan „Arbeit-Familie-Vaterland“ gestellt, dem Motto des NPD-Parteitags 2004. In der CDU hat das damals Niemanden gestört.

Die Distanzierung von solchen Leuten erfolgt in bürgerlichen Parteien auch immer erst dann, wenn ein Skandal ans Licht der Öffentlichkeit kommt. Dann tun die Parteispitzen peinlich berührt. Braunes Denken in den eigenen Reihen, das nach draußen dringt, beschädigt die Außendarstellung ihrer Partei und ihres Staates BRD. Dieser soll makellos demokratisch sein und mit der Nazivergangenheit nichts mehr zu tun haben.

Deshalb wird so getan, als hätten die braunen Sprücheklopfer mit der eigenen Partei nichts zu tun. Sie werden als Einzelfälle dargestellt und klein geredet, wie auch das Nazitreiben generell.

Dabei sind sie eher die Spitze des Eisbergs, der das Vorhandensein faschistischer Ideologieelemente in den bürgerlichen Parteien sichtbar macht. Nitsche reiht sich nur ein in die Reihe seiner Vorgänger.

## Erosion der Nazis im Parlament

In allen ostdeutschen Landesparlamenten sitzen inzwischen die Nazis. Alleine in Sachsen haben sie bei den letzten Landtagswahlen einen Stimmenanteil von 9,2 Prozent erzielt. Da lässt sich nichts mehr klein reden und verharmlosen! Die Parteien haben deshalb das Problem, daß sie nicht wissen, wie sie mit den Braunen in den Landesparlamenten umgehen sollen. „Man müsse sie an der Sacharbeit messen“ oder, auch so ein beliebter Spruch, „man müsse sie entzaubern“. Im Grunde aber haben sie keinerlei Antwort darauf. Woher soll sie auch kommen, wenn man im außerparlamentarischen Raum den Faschisten nichts entgegensetzt? Die bürgerlichen Hoffnungen stützen sich alleine auf die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen, daß sich die Nazis, einmal im Parlament, selbst demontieren. Diesen Gefallen haben vor allem die DVUler in den vergangenen Jahren den Bürgerlichen mehrmals getan.

Einmal im Parlament will der braune Kleinbürger versorgt sein, will einen möglichst großen Anteil aus dem öffentlich finanzierten Fressnapf. Da gibt es Streit untereinander und ein Hauen und ein Stechen. War das ursprünglich das Markenzeichen der DVU in den Landtagen, so zog jetzt die NPD in Sachsen mit ihr gleich. Die einstige 12-köpfige Landtagsfraktion ist inzwischen auf acht Köpfe geschrumpft. Es gab Krach weil zwei zu wenig Geld an die Partei abführten. Einer musste gehen, weil er Kinderpornographie auf seiner PC-Festplatte gespeichert hatte, einer wurde erwischt, als er eine Pistole in den sächsischen Landtag schmuggeln wollte.

Was waren die sächsischen Medien und Parteien über diese Vorgänge glücklich. Sie sahen fast schon die

Selbstauflösung der NPD als realistische Möglichkeit. Wenn es nur so einfach wäre. Von alleine verschwinden sie nicht!

Die Nazis haben inzwischen im Osten eine feste Basis und fast kann man auch davon sprechen, daß sie zur Bewegung geworden sind. Sie wurden trotz handfester Skandale und völliger Unfähigkeit bei den letzten Landtagswahlen in Brandenburg wieder gewählt. Das wird auch in Sachsen nicht anders sein. Sie haben

ihre organisatorischen Strukturen ausgebaut und sind in der Fläche präsent. Von Antifaschisten, **Die Linke** und den Gewerkschaften kann das nicht akzeptiert werden. Nazis dürfen nicht die Straße beherrschen. Dort wo das schon so ist, muss diese Beherrschung gebrochen werden. Und zwar auf der Straße. Das wird aber nur nachhaltig gelingen, wenn eine andere Politik erzwungen wird. Der Neoliberalismus, der immer mehr Menschen ins Elend stößt,

muss in seine Schranken verwiesen werden. Nur unter der Voraussetzung wird der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen, die heute ein überwiegend kleinbürgerliches Bewusstsein haben, eine Orientierung gegeben. Diese Menschen müssen wieder lernen, dass die gegebenen Verhältnisse veränderbar sind. Gelingt das, wird den Nazis wirkungsvoll das Wasser abgegraben. Wenn nicht, werden sie weiter Zuwachs haben.

Nachdruck aus  
P.S., Zürich:

## Politanalyse Rinks & lechts

Ein schmales Bändchen regt zwischen dem 1. Mai und dem 1. August zum Nachdenken über „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ an.

Vor zwei, drei Jahren kam aus Deutschland die Meldung über eine Studie, nach der auch oder gerade Gewerkschaftsmitglieder anfällig für rechtes Gedankengut seien. Ein kurzes Erschrecken, ein paar Fragen dazu. Und schon war die Nachricht vergessen. Nun liegt eine kommentierte Kurzfassung jener Untersuchung vor. Sie scheint auch für hiesige Linke von Interesse, nach dem 1. Mai und vor dem 1. August ...

### Ein erschreckender Spiegel

Die vom Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin durchgeführte Repräsentativuntersuchung wurde von einer Kommission in Auftrag gegeben, die sich beim Deutschen Gewerkschaftsbund mit dem Rechtsextremismus befasst. „*Ausgangspunkt war die Frage, ob Gewerkschaftsmitglieder als Spiegelbild der Gesellschaft anzusehen sind, weil sie genauso den globalen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder.*“ In einem Bericht aus dem Jahre 2000 hatte die Kommission vermutet, ihre Leute wären wohl etwa gleich anfällig für rechte Parolen wie die Unorganisierten. Das mit der Befragung betraute Forschungsteam war optimistischer: „*Aus dem Selbstverständnis der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitnehmer und den damit gegebenen Motiven, ihnen beizutreten, begründeten*

*wir die Erwartung, dass sich Mitglieder soziologisch und politisch deutlich von den Nichtmitgliedern unterscheiden.*“ Dies bestätigte sich leider nicht. Ein „*zusammenhängendes gewerkschaftliches Überzeugungssystem*“ war nur bei den Funktionären mehr oder minder ausgeprägt zu finden. Selbst bei ihnen, so zeigten die Gruppengespräche der anschließenden qualitativen Studie, herrscht häufig Ratlosigkeit, wie der Verunsicherung an der Basis zu begegnen wäre. „*Gewerkschaften sind darauf angewiesen zu zeigen, dass es eine humane, demokratische, solidarische politische Orientierung nicht zwischen, sondern jenseits von Neoliberalismus und Rechtsextremismus gibt.*“, Vom traditionellen Partner, der SPD, kommt heute diesbezüglich kaum noch Hilfe.

Der erschreckendste Befund der Untersuchung war, dass unter den Angehörigen der sozio-ökonomischen Mittelschicht die gewerkschaftlich Organisierten „*erheblich anfälliger für Rechtsextremismus*“ sind als Nichtmitglieder. Und beinahe die Hälfte der Mitglieder entstammt in Deutschland genau dieser Schicht, für die „*Facharbeiter und Angestellte in unteren Leitungspositionen*“ charakteristisch sind, Personen mit meist niedrigen allgemeinen Bildungsabschlüssen und – relativ – hohen Einkommen, also Menschen, die sich „im Beruf hochgearbeitet“ haben. Während sich in der Unterschicht sowie in der Oberschicht die Gewerkschaftsmit-

glieder tatsächlich resistenter zeigten als der Bevölkerungsdurchschnitt, scheinen „*die massgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften besonders wenig immun*“. Unter den Mitgliedern in westdeutschen Grossbetrieben wären 19 Prozent „*rechtsextrem eingestellt*“ und zeigten eine markante Tendenz zu „*Wohlstandschauvinismus*“. Sie finden, es gehöre „*zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen*“ eine starke Hand, die in diesem Sinne eingreifen würde, wäre willkommen. „*Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.*“

Gewerkschafter, so ein Erklärungsversuch, fühlten sich heute oft als doppelte Verlierer. Nicht nur der allgemeine wirtschaftliche Wandel, sondern auch die neoliberal geprägten „Reformen“ unter einer rot-grünen Regierung weckten Abstiegs- und Existenzängste. Frust führe bei passiven Mitgliedern zu einer „Abwendung von den Gewerkschaften als kompetenten und deutungsfähigen Organisationen“ und in der Folge oft auch hin zu rechten Ideologien. Für die Aktiven gelte das weniger, doch eine Minderheit von neun Prozent der Funktionsträger neige gar einem „*Hardcore-Rechtsextremismus*“ zu. Offensichtlich könne „*enttäushtes Engagement auch umkippen*“. Da wird dann auch Demokratie zum zweitrangigen Wert und antisemitische Sprüche finden Anklang.

## Solidarität? Ja wo denn?

Die soziale Gerechtigkeit, das zeigt der Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt, ist Gewerkschaftsmitgliedern besonders wichtig, an Marktfreiheit glauben sie weniger als die Unorganisierten. Doch das schützt nicht gegen rechtsextreme Deutungen der Lage. Nach linker Tradition gehören zur Gerechtigkeit „auch Gleichheit, Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Menschen“, was eigentlich rassistische und nationalistische Diskriminierung ausschließt. So weit reicht die Überzeugung jedoch selten. In den Gruppendiskussionen wurde das kalt gewordene gesellschaftliche Umfeld beklagt. „Jeder guckt auf sich, jeder hat für sich Angst.“ Bitter die Feststellung, heute könnten die Betriebsräte höchstens noch Einfluss auf das Tempo der Verschlechterung der Lage der Beschäftigten nehmen, statt

ihnen Anteile am wachsenden Mehrprodukt zu sichern.

Wenn es „wirklich ans Eingemachte geht“, ist einem Gesprächsprotokoll zu entnehmen, um den Job oder nur schon um den Verdienst, sei sich jeder selber der Nächste. „Also Solidarität: Da braucht mir niemand mit kommen. Das ist Quatsch.“

### Auf den zweiten Blick

Die dem Text beigegebenen Bilder von Protestaktionen aller Art zeigen, dass rechts und links oft tatsächlich erst auf den zweiten Blick unterscheidbar sind. „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ - ein Transparent der NPD am 1. Mai! Unter der Flagge der IG Metall ein markiger Mann mit der Parole: „Globalisierung zur Gewinnvermehrung ist Verrat am Vaterland!“ Notabene könnte auch die gewaltstrotzende Faust, welche auf dem Schild einer

jungen Frau bei der Antifa-Demo ein Hakenkreuz zertrümmert, als grafisches Element gut der Gegenseite dienen. Rostock und Schwerin lieferten dazu dieser Tage neue Illustrationen. Es gelte, mahnen die Autoren der Studie, nicht zuletzt im wichtigen und notwendigerweise breiten Bündnis der globalisierungskritischen Bewegung „genauer hinzuhören, und auch die eigene Aufmerksamkeit dafür zu schärfen, wo linke und demokratische Sozialkritik eine Wende zu antidemokratischen, rassistischen und nationalistischen Ideologien nimmt“.

*Hans Steiger*

*Bodo Zeuner, Jochen Gester u.a.:  
Gewerkschaften und Rechtsextremismus.  
Anregungen für die Bildungsarbeit  
und die politische Selbstverständigung  
der deutschen Gewerkschaften.  
Einsprüche, Band 19. Westfälisches  
Dampfbrot,  
Münster 2007, 143 Seiten, € 14,90*

## Nachruf auf Hubert Schütz

Am 21. 7. 2007 erlag unser Genosse und Freund Hubert seinem Krebsleiden. Hubert stammt aus einer Handwerkerfamilie in Kempten. Schon als Lehrling trat er der Gewerkschaft bei. In der ÖTV wurde man auf den klugen, zuverlässigen und stets einsatzbereiten Kollegen aufmerksam und übernahm ihn als hauptamtlichen Sekretär. Im Lauf der Jahre stieg er in die Bezirksleitung Bayern der ÖTV auf.

Hubert durchlief nicht allein mit großem Interesse den gewerkschaftlichen Bildungsweg; er erwarb sich autodidaktisch ein umfangreiches Wissen in marxistischer Ökonomie und Philosophie, über Kunst, Naturwissenschaften und Geschichte der Arbeiterbewegung.

Zwei Genossen vor allem nannte er, die ihn in seinem Weg stark beeinflusst hatten. Von Ewald Thunig, dem Revolutionär von 1918/19, Gewerkschafter und Widerstandskämpfer gegen die Nazis übernahm er dessen geistige Unabhängigkeit und seine unerschütterliche Einsatzbereitschaft für die Arbeiterklasse bis in sein hohes Alter. Leo Kofler führte ihn zum wissenschaftlichen Sozialismus - nicht als abstraktes Gedankenspiel,

sondern als Werkzeug für Analyse und als Anleitung zum Handeln. Auch mit August Thalheimers Schriften machte er sich vertraut.

Bei aller Achtung vor diesen Vorbildern blieb Hubert nie unkritisch auch ihnen gegenüber. Er war ein eigenständiger Kopf, ein nüchterner Kritiker auch seiner Gewerkschaft, wenn es angebracht war, und ein Genosse, der über den Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Kleinarbeit nie die große Notwendigkeit der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis aus den Augen verlor.

Seine gewerkschaftliche Arbeit brachte ihm die Anerkennung der Kolleginnen und Kollegen. Obwohl er seit Jahren in Rente war, blieb Hubert Schütz ein guter Name in der Gewerkschaft und ein gefragter Ratgeber.

Einige, wenige, Beispiele für weitere Interessen und Beiträge Huberts im Raum München: Er arbeitete in der Geschichtswerkstatt Kolbermoor mit, setzte Ewald Thunig in einer biografischen Arbeit ein Denkmal, war dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung ein wertvoller Helfer und baute bei den Münchner Freidenkern eine Arbeitsgruppe Eso-

terik auf, die Aufklärung über diese neuen Ersatzreligionen betrieb.

Unserer Gruppe stand er politisch nahe. Er schrieb gelegentlich Artikel zu gewerkschaftlichen Themen in der Arbeiterstimme. Vor allem stand uns seine Kompetenz zur Gewerkschaftspolitik im öffentlichen Dienst zur Verfügung. Wenn Artikel dazu anstanden, die er nicht mehr selbst schreiben konnte, wurde er zur Kontrolllesung gebeten und seine Kritik eingearbeitet. Sein Wissen und seine Erfahrung sind maßgeblich in unsere Arbeit eingeflossen.

Leider verhinderte seine Krankheit die Verwirklichung weiterer Vorhaben. Doch Krankheit und anstrengende Therapien hielten ihn fast bis zu seinem letzten Lebenstag nicht von politischer Arbeit ab.

Er hinterläßt auch bei uns eine große Lücke. Wir wissen nicht, wie wir sie schließen sollen. Doch Hubert würde uns schelten, wenn wir es nicht versuchen würden.

Wir werden immer dankbar an ihn denken und wünschen seiner Lebensgefährtin Ursel viel Kraft.

**Am 16. Oktober 2007, 19-21 Uhr wird in München im Gewerkschaftshaus (Großer Saal), Schwanthalerstraße 64, eine Gedenkveranstaltung für Hubert stattfinden.**

# Islamisten, Nationalisten, Neoliberale

## Die Türkei nach den Wahlen

Die Türkei hat gewählt – das Parlament und die ses wiederum den Staatspräsidenten. Die Ergebnisse sind bekannt, die konservativ/neoliberale AKP (*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*) siegte haushoch und stellt nun auch das Staatsoberhaupt. Sie ist mittlerweile nicht nur auf dem Land, sondern – bis auf wenige Ausnahmen – auch in allen Metropolen der Türkei die stärkste politische Partei geworden. Selbst in kurdischen Regionen ist es ihr meist gelungen die kurdische Bürgerrechtsbewegung zu überflügeln.

Den Wahlen vorangegangen war eine Staatskrise, die dadurch aufgelöst worden war, daß die Wahl des Kandidaten der AKP für das Amt des Staatspräsidenten durch ein Gerichtsurteil für nichtig erklärt worden war. Neuwahlen wurden beschlossen, mit enttäuschendem Ausgang für die sogenannten „Sozialdemokraten“ von der CHP (*Republikanische Volkspartei*), die Generäle und die sonstige Staatsbürokratie.

Tatsächlich gibt es zwischen den bürgerlichen Parteien nur geringe politische Unterschiede. Alle wollen/müssen die IWF-Programme durchführen, alle sind sich darin einig die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln nieder zu halten.

### Wer und was ist die AKP?

Die AKP ist die neoliberale Partei der „neuen“, anatolischen, islamisch gefärbten türkischen Bourgeoisie und eine Abspaltung der „Wohlfahrtspartei“. Diese Richtung in der türkischen Parteienlandschaft war in den 70ern des letzten Jahrhunderts vor allem in der Provinz verankert. Ihr Gründer und außerdem der Ziehvater des heutigen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan war Necmettin Erbakan. In Anlehnung an den islamischen Glauben, wettete er gegen „Zins“ und „freie Marktwirtschaft“ und trat für eine „gerechte Ordnung“ ein. Mitte der 90er Jahre gewann die Wohlfahrtspartei Erbakans über 20% der abgegebenen Stimmen und wurde stärkste Kraft.



*Der neue Staatspräsident Abdullah Gül*

Die 90er Jahre waren in der Türkei vor allem geprägt von Krieg und Vertreibung in Kurdistan, diversen Banken- und Finanzskandalen und ungeklärten politischen Morden, verübt von einem üblen Bündnis aus ehemaligen Grauen Wölfen, der daraus entstandenen Mafia und staatlichen Sicherheitskräften.

Die Wohlfahrtspartei versuchte im Vertrauen auf ihren Wahlerfolg die Gesellschaft nach ihrem Weltbild „islamischer“ zu gestalten. Dies abenteuerliche Unterfangen wurde schon bald beendet: Das Militär ließ ein paar Panzer auffahren und Erbakan erkannte den Ernst der Lage und trat zurück. 2001 spaltete sich ein Teil der – vor allem jüngeren – Kader ab und gründete die heutige AKP. Die Wohlfahrtspartei wurde verboten und ihre Nachfolgepartei dümpelt heute bei 2%.

Die AKP definiert sich selbst als eine konservative Partei und ist bedacht darauf sich vom politischen Islam zu distanzieren. Sie versucht ihr Image in der Öffentlichkeit dadurch zu verbessern, dass sie führende Positionen mit Jungmanagern oder jungen Frauen – ohne Kopftuch, erfolgreich und unabhängig – zu besetzen. Auch viele enttäuschte Ex-Linke und Bürgerlich-Liberale haben in der AKP eine neue Heimat gefunden. In dem neu gewähl-

ten Parlament ist in der AKP-Fraktion der Frauenanteil am höchsten. Natürlich existiert innerhalb der AKP weiterhin ein reaktionär-islamischer Flügel. Diese Fraktion ist aber auf Führungsebene relativ bedeutungslos. Die Parteiführung ist stramm neoliberal, wobei sie sich mittelfristig in den Widersprüchen verschiedener Erwartungen verfangen wird: Ihre Wählerschaft besteht aus städtischer und ländlicher Armut, religiös oder auch nicht, die von ihr soziale Reformen und die Verbesserung ihrer materiellen Lage erwarten.

Bei den Parlamentswahlen errang die regierende AKP 341 Sitze (46,58 %), die CHP 122 (20,88), die MHP 70 (14,27) und die Unabhängigen 26 Sitze. Über 84 Prozent der Wählerinnen und Wähler gaben ihre Stimme ab.

Die kurdischen „Unabhängigen“ wie auch die auf der CHP-Liste gewählte DSP gründeten nach dem Einzug in das Parlament ihre eigenen Fraktionen. Außerdem sind in der „Volksversammlung“ mit je einem Abgeordneten die BBP (*Partei der Großen Einheit* – faschistisch) und ÖDP vertreten. Damit sind in das den neugewählte Parlament sieben Parteien eingezogen.

## Niederlage der Putschisten

Der Wahlerfolg der AKP hat mehrere Ursachen. In den Jahren 1999 bis 2001 durchlebte die türkische Wirtschaft eine schwere Krise. Durch die Liberalisierung der Märkte, den Abbau von Schutzzöllen und erleichterten Kapitalverkehr brachen etliche Klein- und Mittelbetriebe zusammen. Mitte 2000 erschütterten dazu eine Reihe Bankenzusammenbrüche den Finanzmarkt. 18 Banken wurden unter staatliche Kontrolle gestellt, die türkische Lira um 40 Prozent abgewertet, das Bruttoinlandsprodukt ging um zehn Prozent zurück. Der Staat stand kurz vor dem Bankrott und war nur durch massive IWF-Kredite zahlungsfähig. Die Kosten der Bankenkrise beliefen sich für die Steuerzahler auf ca. 44 Milliarden Dollar. Die Inflationsrate betrug zwischen 1990 und 2000 durchschnittlich 75,2 Prozent und noch 2001 68,5 %. Die Löhne im privaten Sektor sanken von 1998 bis Anfang 2003 um fast 20 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg allein zwischen Sommer 2000 und 2001 um eine Million. Wenn man berücksichtigt, daß schon zwischen 1991 und 1995 die abhängig Beschäftigten einen Rückgang der Reallöhne um 58 Prozent im Privatsektor und um 41 Prozent im Staatssektor hinnehmen mussten, kann man die Dimension der Verarmung erahnen.

Die bis dahin im Parlament vertretenen Parteien hatten jegliche Basis in der Bevölkerung verloren und galten als unfähig und korrupt – beides stimmte.

Bei den Parlamentswahlen im November 2002 gewann die neugegründete AKP auf Anhieb 34 Prozent der Stimmen, die CHP knapp 20%. Wegen der bestehenden 10%-Hürde, waren 45 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament vertreten. Die in der Folgezeit einsetzende allmähliche Stabilisierung der Wirtschaft wurde als Verdienst der AKP angesehen.

Seit Oktober 2005 laufen die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union. Dafür mußten einige Grundbedingungen erfüllt werden, unter anderem die Anerkennung der Existenz der nationalen und religiösen Minderheiten in der Türkei. Die vorsichtigen Refor-

men des Strafrechts der Regierung Erdogan wurden von Anfang an von der CHP wütend bekämpft. Die CHP, nach Eigendefinition eine sozialdemokratische Partei hat sich vor allem unter ihrem aktuellen Parteivorsitzenden Deniz Baykal (übrigens einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale) immer mehr nach rechts entwickelt. Sie ist extrem nationalistisch und an-



*Arme, unterdrückte Muslima? So einfach ist es nicht! Die Anhängerinnen der AKP am Wahlabend*

tidemokratisch. Ihre „antiimperialistische“ Terminologie unterscheidet sich nur geringfügig von der faschistischen MHP.

Dieser parlamentarische- und der rechte Flügel der außerparlamentarischen Opposition setzten zunehmend auf die nationalistische Karte. Die Beerdigungen der im Krieg gegen die PKK getöteten Soldaten garieten regelmäßig zu nationalistischen Kundgebungen, an denen Faschisten, „sozialdemokratische“ Po-

litiker und hohe Militärs teilnahmen. Die Propaganda dieser Nationalisten beschränkte sich nicht nur auf dem Ruf nach Rache für die getöteten Soldaten, sie beschuldigte auch die kurdische Bürgerrechtsbewegung der verlängerte Arm der PKK zu sein. Ergebnis ist seit 2005 eine Zunahme der Anschläge auf die Parteibüros der Kurdenparteien und die Häufung politischer Morde und Lynchversuche des Pöbels an Kurden in den türkischen Städten. Auch die Ermordung des armenischen Intellektuellen Hrant Dink und christlicher Geistlicher in den vergangenen Jahren müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund stand nun die Wahl des neuen Staatspräsidenten an. Als klar wurde, daß die AKP zu keinerlei Kompromissen bereit war und den eigenen Kandidaten zum Staatsoberhaupt wählen würde, mobilisierten die CHP, verschiedene Frauenorganisationen, kemalistische Vereine und diverse nationalistisch-faschistoide Organisationen unter wohlwollender Beobachtung und mit freundlicher Unterstützung der Generalität „gegen den politischen Islam und für Laizismus“. Im April 2007 beteiligten sich Abermillionen in westtürkischen Städten an Kundgebungen. Obwohl diese Kundgebungen nach außen den kruden türkischen Nationalismus sichtbar machten – auch hiesige Medien zeigten die Bilder riesiger roter Meere aus türkischen Fahnen – waren die Gründe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer recht unterschiedlich. Auffällig war die große Beteiligung der (türkischen, städtischen) Frauen, die sich tatsächlich vor einer Islamisierung der Gesellschaft fürchten.

In dieser Stimmung wurde – boykottiert von der CHP – im Parlament im dritten Wahlgang der Kandidat der AKP Abdullah Gül zum Staatspräsidenten gewählt. In der Nacht vor dem letzten Wahlgang veröffentlichte die Armeeführung ein Kommuniqué auf ihrer Website, in dem sie vor der Islamisierung der Gesellschaft warnte und bekräftigte die Armee stünde weiterhin bereit „den säkularen Charakter der Republik zu verteidigen“. Diese Veröffentlichung wurde so verstanden wie sie gemeint war: Als Androhung eines Putsches.



Das von der CHP angerufene Verfassungsgericht knickte ein und erklärte den Wahlvorgang zum Staatspräsidenten für nicht verfassungskonform. In dieser Lage herrschte Einigkeit darüber, die Parlamentswahlen vorzuziehen.

Die CHP erhoffte sich von ihrer nationalistischen und „säkularen“ Orientierung einen erheblichen Stimmenzuwachs. Doch die nationalistische Stimmungsmache half nur der faschistischen MHP (*Partei der Nationalistischen Bewegung*), sie erhielt 14,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, die CHP kam knapp auf 20,9% und das auch nur deshalb, weil sie mit einer anderen „national-sozialdemokratischen“ Partei, der DSP – Demokratische Linkspartei, eine Listenverbindung einging. Die Wählerinnen und Wähler wählten AKP, weil sie an eine Islamisierung der Gesellschaft nicht glauben (bzw. ein kleiner Teil sich vielleicht genau das erhofft) und über das Verhalten des Mi-



*Wie sehr sie sich auch streiten, gegen die Arbeiterklasse, die Linke und die kurdische Bewegung sind alle Fraktionen der herrschenden Klasse einig: Null Toleranz! Bilder vom 1. Mai in Istanbul.*

litärs und der nationalistischen Parteien entsetzt waren. Die AKP hätte diesen Erfolg ohne die Einmischung des Militärs und ohne die nationalistische Mobilisierung der „Sozialdemokraten“ niemals erreicht. Viele Stammwähler der CHP wendeten sich von ihr angeekelt ab.

### Laizismus und Religion in der Türkei

Die Religion spielte in der Türkei bis vor kurzem in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Ein Grund mag darin liegen, daß der „Volksislam“ nicht zu besonderer Frömmigkeit und Radikalität neigt. Zum anderen sahen die Republikgründer die Ursache der Unterentwicklung des Osmanischen Reiches unter anderem im Islam. Dies und einige mißglückte Aufstände mit religiösen Motiven bestärkte die kemalistische Elite in ihrem Misstrauen gegen den Islam. Sie schafften das Kalifat, die oberste Autorität im Islam, 1924 ab. Abgesehen von tragischen Witzfi-

### Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Türkei sind weiterhin zersplittert und konkurrieren miteinander. Die Gesetze, die das Arbeitsleben betreffen sind nach wie vor darauf ausgerichtet gewerkschaftliche Organisierung zu behindern und verhindern. Knapp die Hälfte der in der Produktion Beschäftigten ist nicht sozialversichert und arbeitet unter den unmenschlichsten Arbeitsbedingungen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind weit verbreitet, ebenso das Subunternehmer-Unwesen. Ein Beispiel: Laut offiziellen Statistiken sind auf den Werften in der Türkei 15 900 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt - 6 600 von ihnen sind gewerkschaftlich organisiert. Doch alleine auf den Istanbul Werften arbeiten über 20 000 Menschen. Die meisten von ihnen allerdings unversichert bei Subunternehmern und so tauchen sie in keiner Statistik auf. Allein in Istanbul sind auf Werften (ca. 50 kleinere und größere Unternehmen, in denen 100 Subunternehmer Arbeiter beschäftigen!) in den letzten drei Wochen fünf Arbeiter durch Ar-

beitsunfälle gestorben – allesamt Beschäftigte der Subunternehmer! Die Arbeitszeiten betragen 13-14 Stunden täglich. Als vor einem Jahr ein Unternehmer über 6 Monate die Löhne nicht auszahlte, besetzten die Arbeiter die Werft. Bei einem Angriff der Polizei wurde u.a. der Vorsitzende der Gewerkschaft verletzt. Als er gegen die Polizei Anzeige wegen Körperverletzung stellen wollte, wurde er wegen Widerstandes gegen die Polizeibeamten verhaftet. Nach türkischen Arbeitsgesetzen dürfen Beschäftigte mit Vorstrafen keine Funktionen in Gewerkschaften innehaben. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind in der Türkei aber permanent von Verhaftungen und Verurteilungen bedroht.

Laut amtlichen Angaben sind in der Türkei 5 Millionen 300 Tausend Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt (die reale Zahl dürfte bei mehr als dem Doppelten liegen, denn wer nicht sozialversichert ist, ist damit offiziell nicht erfasst) davon sind 3,09 Millionen in Gewerkschaften organisiert.

Die Hürden für die Mitgliedschaft sind enorm: „Jeder Beschäftigte kann Mitglied einer Gewerkschaft werden. Niemand kann ihn zwingen Mitglied zu werden, oder aus der Gewerkschaft auszutreten. (...) Um Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden, muß der Beschäftigte fünf Aufnahme-Formulare ausfüllen und von einem Notar beglaubigen lassen. (...) Die Gewerkschaft ist verpflichtet je einen Auszug aus der Mitgliederkartei innerhalb von 15 Tagen beim Arbeitsministerium und beim Regionaldirektorium einzureichen. (...)“ Gesetz zu Gewerkschaften, Nr.: 2821, § 22 von 5. Mai 1983.

### Einkommen & Arbeitszeit

Der aktuelle Mindestlohn liegt bei 232 Euro, das Durchschnittseinkommen im öffentlichen Dienst beträgt z.Z. 1318 Euro; im privaten Sektor 756 Euro. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt im ÖD:44,2, in der privaten Wirtschaft 46,2 Wochenstunden.

guren wie dem „Kalifen von Köln“ ist die islamische Welt seitdem ohne „Oberhaupt“. Auch Religionsunterricht gab es bis zum Putsch 1980 in den Schulen nur als Wahlfach. In den 30er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurde sogar – zum Entsetzen der Gläubigen – der Ruf des Muezzins in arabisch (Sprache des heiligen Buches, vergleichbar dem Lateinischen im Christentum) verboten. Stattdessen mussten sich die Gläubigen nun in profanem Türkisch anhören, daß sie sich schleunigst in die Moscheen begeben sollten. Die Kaffane der Vorbeter wurden als „Berufsbekleidung“ bezeichnet, deren Tragen außerhalb der Gebetshäuser verboten war.

Die andere Seite des türkischen „Laizismus“ besteht darin, daß der türkische Staat ein „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ unterhielt und unterhält, mit tausenden, staatlich bezahlten (sunnitischen) Geistlichen, staatlich bezahlten Moscheen usw. Nach dem Putsch 1980 wurde der Islam als gesellschaftliches Gegengift gegen linke Bewegungen eingesetzt.

Jeder neugegründete Stadtteil bekam noch vor dem Schulgebäude seine Moschee, Religionsunterricht wurde Pflichtfach und überall wurden theologische, islamische Gymnasien für den geistlichen Nachwuchs errichtet. Ihre Absolventen bekamen Zugang zu den Universitäten. Der „Laizismus“ der alten Eliten bestand darin, nur die sunnitische Spielart des Islam zuzulassen, sie gleichzeitig zu kontrollieren und islamische Bewegungen von der Staatsmacht fern zu halten.

### Und die Linke?

Die Linke war nicht in der Lage sich als Alternative zu den bürgerlichen Parteien darzustellen. Bis kurz vor den Wahlen gab es Auseinandersetzungen darüber in welcher Form man sich daran beteiligen soll. Die kurdische DTP (*Partei der demokratischen Gesellschaft*), die Partei der Arbeit (*EMEP*) und die Partei der sozialistischen Demokratie (*SDP*) einigten sich darauf gemeinsame, unabhängige Kandidaten aufzustellen,

um so die 10-Prozent-Hürde zu umgehen. Die ÖDP (*Partei der Freiheit und der Solidarität*) beteiligte sich an diesem Bündnis nur partiell, nämlich dort wo sie selbst den unabhängigen Kandidaten stellte, ansonsten trat sie mit ihren eigenen Listen an. Die TKP (*Kommunistische Partei der Türkei*) ging eigene Wege und kandidierte in der ganzen Türkei alleine.

Die Ernüchterung war groß: Von über 35 Millionen abgegebenen Stimmen erhielt die türkische Linke gemeinsam mit der kurdischen DTP unter zwei Millionen! Die Unabhängigen zogen zwar in Fraktionsstärke ins Parlament ein, doch das Ergebnis blieb weit unter den Erwartungen. Mit ein Grund dafür war sicherlich – neben den Konkurrenz kandidaturen – die nur auf nationale Identität abgestellte Politik der kurdischen DTP. Es ist offensichtlich, dass dieser Politikansatz, der noch in 90ern Millionen von Anhängern hatte, gescheitert ist. Aber auch die sozialistische Linke muß aus dieser Niederlage ihre Lehren ziehen.



## Für Kaiser Wilhelm II. war sie „die gefährlichste Hexe des Deutschen Reiches“

– aus diesem Mund ein Kompliment. Und ihr auch zum 150. Geburtstag am 5. Juli gewiss angenehmer als jede „konventionelle Heuchelei“

**A**ls Clara Zetkins 70. Geburtstag bevorstand, bedrängte die Jubilarin Wilhelm Pieck, mit aller Energie dafür einzutreten, auf „offiziellen Klimbim“ zu verzichten. Sie „hasse und verachte die konventionelle Heuchelei“, schrieb sie, „die bei solchem Lob und Feiern sich breit macht“. Seither sind 80 Jahre vergangen und „Klimbim“ ist nicht zu erwarten.

Und dennoch, welch eine Frau! Sie war Opposition per se. Ihr Name signalisierte jederzeit Widerstand gegen die sozialen und politischen

Widerwärtigkeiten des Kapitalismus, Kampf für den Sozialismus.

Die Reaktion hasste sie, die Linke liebte und verehrte sie. Für Kaiser Wilhelm II. war sie die „gefährlichste Hexe des deutschen Reiches“, für den französischen Dichter Louis Aragon „die Frau der neuen Zeit. Die Frau, die dem Mann gleich ist“.

In der DDR – wenn auch bestimmte unbequeme Seiten ihrer Biografie ausgeblendet wurden – galt sie, im krassen Unterschied zur BRD, unangefochten als kommunistische Heldin der Arbeiter- und Frauenbewegung.

Florence Hervé erinnert daran, dass, um die Erinnerung an sie auch im Osten auszulöschen,

nach der „Wende“ zahlreiche Straßen umbenannt wurden, die ihren Namen trugen. So wurde sie in Berlin

1994, fern der Wahrheit, als „Anhängerin einer kommunistischen Parteidiktatur“ und Mitverantwortliche für die „Zerstörung der ersten deutschen Demokratie, die Weimarer Republik“ als unwürdig befunden, eine Straße weiterhin nach ihr zu benennen.

Trotz vielfältiger Proteste, nicht nur der PDS, wurde ihr Name durch den der Kurfürstin Dorothea ersetzt. Konträr dazu: Im Mai 2006 weihte die PDS ihren neuen, nach Clara Zetkin benannten Fraktionssaal im Deutschen Bundestag ein.

Die von Hervé ausgewählten Texte Clara Zetkins reichen von ihrer Rede auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris (19. Juli 1889) „Für die Befreiung der Frau!“ bis zur „Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstages“ am 30. August 1932. Diese Texte zu lesen – siehe hierzu auch LN 12/07 „Erstaunliches über Clara Zetkin“ – trägt dazu bei, in der Geschichte Heutiges zu erkennen.

Auf zwei zu den Texten gehörende Briefe zur schwierigen Lage in der KPD sei besonders hingewiesen. Das ist zum einen Zetkins Brief an Bucharin vom 27. September 1927, in dem sie scharfe Kritik an der Zentrale der KPD und insbesondere an Thälmann übt. Die Politik der Führung der KPD sei, wie sie belegt, „unklar, unsicher, schwankend, ratlos, pendelt hin und her zwischen Möchtegern und kanndochnicht“, die Zentrale „von Cliquentreibereien zersetzt und vergiftet“, Ernst Thälmann, „kenntnislos und theoretisch ungeschult“, lässt „seine guten proletarischen und politischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten durch Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschba-

sen, Intriganten niedrigster Art“. Seine „kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung“, die „an Größenwahn grenzt“, verhindere eine richtige Einschätzung der Lage und das Erkennen der Konsequenzen. Die KPD sei nicht mit den

Massen verbunden, behandle diese als „négligeable, um die man sich nicht zu kümmern braucht“. Thälmann, der das Symbol revolutionärer proletarischer Führung sei, könne jedoch angesichts der gegebenen Situation kein Führer sein. „Die Cliquenwirtschaft um Teddy und mit Teddy muss durch kollektive Zusammenarbeit ersetzt werden.“

Der andere hervorzuhebende Brief ist der vom 14. März 1932 an Wilhelm Pieck. In ihm bezeichnet Zetkin, das Stimmergebnis der Reichstagswahl als eine „schwere Niederlage der Partei“. „Ich halte es für gegenwarts- und zukunftsgefährdend, die Niederlage unserer Partei zu verschweigen.“ Ebenso erblickte sie eine Niederlage darin, dass es der Partei nicht gelungen war, „dem riesenhaften Anschwellen der Nazis Einhalt zu gebieten“. Es dürfe nicht unbeachtet bleiben, dass sich unter

der Hitlergefolgschaft „unstreitig auch viele proletarische Elemente, die sich sowohl von der SPD wie auch von der KPD enttäuscht fühlen, befinden. Gerade die Sturmkolonnen der Nazis enthalten ein gut Teil arbeitsloser Proletarier“. Die Schrift, die dem Leser Clara Zetkin als Kommunistin in der Tradition Rosa Luxemburgs nahe bringt, endet mit einer Information zum Clara-Zetkin-Haus in Birkenwerder bei Berlin, mit biographischen Daten zu Clara Zetkin und zu der in der Schrift erwähnten Personen sowie einer Literatur-Auswahl.

Kurt Schneider

*Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Karl Dietz Verlag Berlin 2007. 147 Seiten, 6,90 Euro*

*Nachdruck von: LEIPZIGS NEUE linke Zweiwochenzeitung für Politik, Kultur und Geschichte. redaktion@leipzigs-neue.de, Tel.: 0341/2132345 Redaktion „Leipzigs Neue“ Braustrasse 15, 04107 Leipzig*



## Protest gegen Razzien und Festnahmen

### Erklärung der DKP Südbayern

Aus Anlass der skandalösen Durchsuchung zweier Versammlungsräume der Deutschen Kommunistischen Partei in München gab die südbayrische Bezirksorganisation der Partei folgende Erklärung ab:

Am 5. Juli wurden in München zahlreiche Räumlichkeiten, darunter auch zwei Versammlungsräume der DKP durchsucht.

Im Rahmen dieser Aktion beschlagnahmten die Beamten, darunter auch Einsatzkräfte der USK, Computer, Broschüren und Bücher.

Am gleichen Tag wurden u. a. der Schriftsteller Dr. Haydar Isik, GEW-Mitglied aus München, und Falco Blumental, Mitglied der DKP und SDAJ, festgenommen.

Ausgangspunkt für die Ermittlungen soll eine Demonstration vor über einem Jahr (!) gewesen sein, bei der es angeblich zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz und zu „Wider-

standshandlungen“ gekommen sein soll.

Damals fand in München eine spontane Kundgebung statt, nachdem bekannt wurde, dass Ende März türkische Sicherheitskräfte in den kurdischen Gebieten das Feuer auf unbewaffnete Demonstrierende eröffnet hatte, wobei auch Kinder tödlich getroffen wurden.

Warum nach über einem Jahr deshalb um sieben Uhr morgens DKP-Räume aufgebrochen und ohne Anwesenheit von Vertretern der DKP oder anderer Zeugen durchsucht werden müssen, wird nur schwerlich plausibel zu begründen sein.

Die DKP verurteilt diese polizeiliche Willkür, die die Polizeistaat-Methoden der vergangenen Wochen fortsetzt: Razzien und willkürliche Festnahmen von G8-Gegnern, Tornado-Tiefflüge über Demonstrierenden

oder Bundeswehreinsetzung im Inneren anlässlich des G8-Gipfels.

Offensichtlich hat die höchstrichterliche Absegnung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan bei Innenministern und Polizei den Eindruck erweckt, man habe jetzt auch freie Hand, um unter Umgehung rechtsstaatlicher Normen gegen Linke und Kriegsgegner vorzugehen.

Es ist völlig klar, dass solche Aktionen nicht der Aufklärung von Sachverhalten dienen, sondern ausschließlich zum Zwecke der Einschüchterung und der Kriminalisierung von Menschen und Gruppen dienen, die gegen Krieg und für internationale Solidarität eintreten.

Die DKP wird gegen die Verantwortlichen Strafanzeige stellen sowie auf Schadensersatz klagen.

Walter Listl  
Sprecher der DKP Südbayern

# Zorniger Raddreher

## Der Dalai Lama ist kein Friedensfürst

**Als der XIV. Dalai Lama im Juli Hamburg und Freiburg besuchte, rief das in der deutschen Bevölkerung große Begeisterung hervor. Warum eigentlich? Der tibetische Buddhismus war von Beginn an durch Kriege, Mord, Folterungen und soziale Unterdrückung bestimmt. Und er zeichnet sich durch eine apokalyptische Doktrin des Religionskrieges aus. Dem Dalai Lama und seinen SympathisantInnen ist es jedoch gelungen, dies zu beschönigen.**

„Der Buddhismus sagt, dass man ein friedfertiges Leben führen soll – Gewalt wird abgelehnt. Kreuzzüge im Namen des Buddhismus gab es nicht. Erstaunlich ist, dass gerade der tibetische Buddhismus als so friedfertig gilt. Die tibetische Geschichte war nicht friedfertig. Es gab viel Gewalt und immer wieder kriegerische Auseinandersetzungen, bei denen es um Macht und Einfluss ging und die Religion gerne vorgeschoben wurde – das war gar nicht anders als in anderen Ländern auch.“ Mit diesen Worten stellt sich der Münchener Tibetologe Volker Caumanns gegen das gängige Bild vom tibetischen Buddhismus.

Tatsächlich herrschten in der alten tibetischen Buddhokratie schon lange vor dem Einmarsch der chinesischen Besatzungsmacht inhumane soziale Zustände. Viele westliche BesucherInnen berichten, dass auf dem „Dach der Welt“ bis zum Jahr 1959, als der Dalai Lama aus Tibet flüchtete, diktatorische Entscheidungen, Beamtenwillkür, paranoider Dämonen- und Geisterglaube ebenso an der Tagesordnung waren wie bitterste Armut und exzessiver Reichtum, Sklaverei und Leibeigenschaft.

### Ein Tantra als Kriegsritual

Nicht nur in seiner konkreten Geschichte, sondern auch in seiner Mythologie, seiner religiösen Doktrin und im Ritualwesen ist der tibetische Buddhismus aggressiv. Seine AnhängerInnen beten schauerlich ausseh-

de Kriegsgötter und kriegerische Herukas (Buddhas) an. Sie beschwören Schutzdämonen, welche die Feinde der buddhistischen Lehre vernichten. Nationale Kriegshelden wie Gesar von Ling werden in Epen besungen. Unter den Texten dieses militanten Buddhismus fällt besonders das so genannte Kalachakra-Tantra und die darin enthaltene Prophezeiung des Shambhala-Krieges ins Auge. Der im 10. Jh. n. Chr. verfasste Text gilt den TibeterInnen als „*der Gipfel aller buddhistischen Systeme*“. Seit fast einem halben Jahrhundert praktiziert der XIV. Dalai Lama weltweit das Kalachakra-Tantra-Ritual, in das schon Hunderttausende InitiantInnen eingeweiht wurden.

Die Prophezeiungen dieses Tantra-Textes unterscheiden sich strukturell nicht von der christlichen Apokalypse und dem daraus abgeleiteten aggressiven Messianismus vieler Millionen christlicher FundamentalistInnen in den USA. Mit der Ausnahme, dass es hier nicht ChristInnen, sondern BuddhistInnen sind, die auf Seiten des „Guten“ als „*Shambhala-Krieger*“ gegen die „*Achse des Bösen*“ (die Andersgläubigen) in einem angekündigten totalen Vernichtungskrieg antreten werden. Ebenso wie in der christlichen Apokalyptik wird in der buddhistischen Variante die Errichtung einer rechthgläubigen Weltenherrschaft (hier einer „*Buddhokratie*“) angekündigt, unter der andere Glaubensrichtungen nicht geduldet sind. Die Rolle des militanten Christus, der nach der Vorstellung evangelikaler Sekten als Endzeitträger alle Ungläubigen ausrottet, nimmt im Kalachakra-Tantra der Shambhala-König Rudra Chakrin („*Zorniger Raddreher*“) ein.

Die TeilnehmerInnen an einer vom Dalai Lama durchgeführten Kalachakra-Einweihung erhalten das zweifelhafte Privileg, als „*Shambhala-Krieger*“ in „*der letzten Schlacht gegen die Mächte der Finsternis*“ reinkarnieren zu dürfen. Sie werden dann in dem prophezeiten Weltkrieg als „*Soldaten Buddhas*“ gegen die „*Feinde der*

*Lehre*“ kämpfen. Nach einer Vision des Lamas Kamtrul Rinpoche ist es der Dalai Lama selber, der als reinkarnierter Shambhala-König Rudra Chakrin die buddhistische Endzeitarmee anführt.

### Im Kampf gegen Allah ...

Angesichts der aktuellen Weltlage, in der ein aggressiver Westen einem extrem militanten Islam gegenübersteht, ist das Kalachakra-Tantra nicht nur deswegen gefährlich, weil es den allgemeinen apokalyptischen Wahn fördert, sondern weil es einen konkreten „*Heiligen Krieg*“ zwischen Buddhisten und Moslems prophezeit und anheizt. Als Gegner des Buddhismus werden darin die wichtigsten Repräsentanten aller drei monotheistischen Religionen genannt: Adam, Noah, Abraham, Moses, Jesus, Mani, Mohammed und der Mahdi, die allesamt (wie es heißt) der „*Familie der dämonischen Schlangen*“ angehören.

Doch kämpfen am Ende der Zeiten die Buddhisten allein gegen die Muslime, die im Text als *mleccha* bezeichnet werden. Die Christen und Juden sind offensichtlich schon verschwunden. Diese Vision von einer letzten Schlacht mit dem Islam hat historische Wurzeln. Als das Kalachakra-Tantra vor rund 1.000 Jahren verfasst wurde, waren die buddhistischen Kulturen Indiens und Zentralasiens von den islamischen Armeen schon überrannt. Zu Tausenden flüchteten die Mönche nach Nepal und Tibet. Da die Muslime das Lehrgebäude Buddhas nicht als eine „*Religion des Buches*“ anerkannten und die Buddhisten zu den „*Götzenanbetern*“ zählten, standen diese nach einer Aussage des Korans vor der Alternative, entweder zu konvertieren oder getötet zu werden.

Seit dieser Zeit der Verfolgung sitzt das buddhistische Misstrauen gegenüber dem Islam „*so tief, wie für Muslime das Trauma der Kreuzzüge*“, schreibt Klemens Ludwig, Leiter der deutschen Tibetinitiative. Historisch gesehen ist das Kalachakra-Tantra deswegen eine in die Zukunft projizierte Revanche der Buddhisten für die erlittene Niederlage. Ein eifriger Verfechter der Kalachakra-Vision ist der bekannte dänische Lama Ole Nydahl, der mit seinen anti-islami-

schen Sprüchen eine apokalyptisch-messianische Stimmung schürt.

Aber es gibt auch mehrere Parallelen zwischen den beiden gegnerischen Religionssystemen. Eine davon ist die Vorstellung von einem Heiligen Krieg: „*Die Kalachakra Darstellung des Shambhala Krieges und die islamische Diskussion über den Dji had zeigen bemerkenswerte Ähnlichkeiten*“, schreibt der vom Dalai Lama zum Kalachakra-Experten gekürte Alexander Berzin. Kalachakra-AnhängerInnen vertreten zudem einen primitiven Märtyrer-Kult, der an denjenigen moslemischer Mujaheddin erinnert: Wer während der Shambhala-Schlacht erschlagen wird, dem wird als Belohnung der Eintritt ins (buddhistische) Paradies garantiert. Bisher gibt es trotz heftiger Kritik von Seiten des Dalai Lama keinen Kommentar zu den offenkundig kriegerischen und die anderen Religionen diskriminierenden Passagen dieses Textes.

### ... und für den US-Krieg

Ausgehend von der Islamfeindlichkeit des Kalachakra-Tantras ist es interessant zu erfahren, wie sich der heutige Religionsführer im Konflikt zwischen dem Westen und dem militanten Islam positioniert. Es gibt zwar in der letzten Zeit im Gegensatz zu früher islamfreundliche Sprüche des Dalai Lama, auffallend ist aber, dass er sich zu den aktuellen Konflikten in Afghanistan und Irak nichtsagend oder ausweichend geäußert hat. Er ließ sogar Bemerkungen fallen, die selbst seine AnhängerInnen irritierten. Der Afghanistan-Krieg, so der „Gottkönig“, habe nicht nur „eine Art von Befreiung gebracht“, sondern die Bombardements der Amerikaner müssten wegen ihrer Treffsicherheit auch als humanitärer Fortschritt angesehen werden. Angesichts des weltweit verurteilten Einsatzes von Streubomben in diesem Krieg ist eine solche Einschätzung aus dem Munde eines „lebenden Buddhas“ und Friedensnobelpreisträgers zynisch.

Andere Statements von ihm zur Terrorbekämpfung und zum Irakkrieg waren jedenfalls so vieldeutig, dass sie die Journalistin Laurie Goodstein dazu veranlassten, in der New York Times einen Artikel mit dem Titel „*Der Dalai Lama sagt, der Terror verlange eine gewaltsame Antwort*“ zu

veröffentlichen. Das wurde später von einem exiltibetischen Beamten dementiert. Ob ein Missverständnis oder nicht, feststeht, dass sich der tibetische Religionsführer in der Irak-Frage auf keinen Fall auf eine klare und engagierte Friedenspolitik festlegen wollte.

Diese Vogel-Strauß-Politik blieb nicht unbemerkt und wurde selbst von früheren Dalai-Lama-FreundInnen mit Befremden kommentiert. Einer von ihnen ist der bekannte amerikanische Historiker Howard Zinn: „*Ich habe den Dalai Lama immer wegen seiner Plädoyers für Gewaltlosigkeit und seiner Unterstützung der tibetischen Rechte gegen die chinesische Okkupation bewundert. Aber ich muss sagen, ich war enttäuscht, als ich mir seinen Kommentar zum Irakkrieg angesehen habe, denn das ist eine so offensichtliche und klare moralische Angelegenheit, bei der massive Gewalt gegen die Iraker ausgeübt wurde, was Tausende von Toten zur Folge hatte.*“ Die Neue Zürcher Zeitung kommentierte ironisch das Verhalten des Tibeters als die Taktik „*eines Interessenpolitikers, der weiß, wer ihm die Butter aufs Brot streicht*“. Das bestätigte auch der Journalist Adrian Zupp, der im Boston Phoenix feststellte: „*Wenn immer er auf dieses Thema (den Irakkrieg) zu sprechen kommt, geschieht das innerhalb der Vorgaben der US-Antwort.*“ Für die Nähe zu den USA gibt es historische Gründe: Schon vor 1959 kooperierte der „Gottkönig“ mit der CIA, die ihm die Flucht nach Indien ermöglichte. Später stand er jahrelang auf der payroll der CIA und unterstützte die von ihr ausgebildete tibetische Guerilla.

Heute, nachdem der Irakkrieg verloren scheint, sieht das wieder etwas anders aus. Der tibetische Religionsführer wird von den Medien als entschiedener Gegner der US-Intervention präsentiert. So schreibt Die Zeit, vergebens habe der Dalai Lama den amerikanischen Präsidenten nach dem 11. September gewarnt, dass

Gewalt immer nur Gegengewalt hervorrufe. Doch er bekenne: „*I still love President Bush.*“

Alle Schulrichtungen des Buddhismus, nicht nur der Lamaismus, haben „Leichen im Keller“ und weisen Kriegsideologien sowie eine blutige Geschichte auf. Darin unterscheidet sich der Buddhismus nicht von anderen Religionen. Das Kalachakra-Tantra mit seiner aggressiven, intoleranten und apokalyptischen Weltsicht verstößt jedoch in besonderem Maße gegen wichtige Grundaussagen des historischen Buddhas, die jegliche Legitimation des Tötens und des Krieges verbot (ahimsa-Prinzip). Es ist deswegen grotesk, dass gerade der Dalai Lama als der unermüdete Propagandist dieses fundamentalistischen Rituals von den westlichen Medien zu einer leuchtenden Ikone der Toleranz und des Friedens stilisiert wird.

Victoria und Victor Trimondi

Victor und Victoria Trimondi sind freie Schriftsteller, Kulturwissenschaftler und Religionsforscher. Sie veröffentlichten unter anderem die Bücher „*Krieg der Religionen – Politik, Glaube und Terror im Zeichen der Apokalypse*“ (Fink 2006) und „*Hitler-Buddha-Krishna – Eine unheilige Allianz im Dritten Reich bis heute*“ (Überreuter 2002). Ihre Homepage „*Kritische und Kreative Kulturforschung*“ findet sich unter: [www.trimondi.de](http://www.trimondi.de)

Nachdruck aus:  
**iz3w Zeitschrift  
zwischen Nord und  
Süd**



[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)



# Hütchenspielertricks

## Mal offen, mal verdeckt: Lohnsenkungsstrategien der Unternehmer

Es vergeht kein Monat, in dem ein Unternehmerverbandsrepräsentant nicht den angeblich zu hohen Anteil der Sozialabgaben an den Löhnen beklagt. So warf BDA-Präsident Dieter Hundt Anfang April der Regierungskoalition vor, nicht das Ziel erreicht zu haben, „die Summe aller Sozialabgaben unter 40 Prozent zu drücken“ (FR, 3.4.07). Befragt: „Was muß diese Koalition noch zustande bringen?“ bemerkt Jürgen Thumann vom BDI in der FAZ vom 13. 6. 07: „Dringend geboten sind die Deregulierung des Arbeitsmarkts und die versprochene Senkung der Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent.“ Ende Juli mahnte dann wieder Dieter Hundt dasselbe in Berlin erneut öffentlich an.

Da Nettolohnkürzungen auf der Lohnabrechnung sofort auffallen, empfiehlt es sich, die Salami vom Bruttolohnende her anzuschneiden. Lohn dient der Reproduktion der Lohnempfänger. Miete, Ernährung, Bekleidung usw. Was sonst noch zum monatlichen Warenkorb gehört, ist individuellen Erfordernissen (z.B. Aufwendungen für Mobilität) und Gewohnheiten überlassen. Gäbe es keine staatlich organisierte Absicherung für medizinische Versorgung, eventuelle Erwerbslosigkeit und Altersrenten, wäre darüber hinaus jeder gezwungen, Lohnanteile individuell anzusparen und zu horten, um diesen Lebensrisiken je nach Einkommenshöhe begegnen zu können. Die historische Errungenschaft des Sozialstaates im Kapitalismus besteht unter anderem darin, hierfür Lohnbestandteile über entsprechende Körperschaften unmittelbar zu kassieren und zu verwalten, d.h. gesetzlich geordnet an die Beitragszahler nach Bedarf wieder auszugeben. Auf seiner Lohnabrechnung kann ein Vollzeitbeschäftigter bei angenommenen zweitausend Euro ausgewiesenen Monatsverdienst damit rechnen, derzeit rund vierhundert Euro für Kranken-, Erwerbslosen-, Renten- und Pflegeversicherung abzuführen.

Abgezogen werden etwa zehn Prozent für Rente, sieben Prozent Krankenkasse, drei Prozent Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Also insgesamt rund zwanzig Prozent des ausgewiesenen Bruttolohnes. Der Unternehmer verbucht für die Arbeitskraft jedoch eine höhere Lohnzahlung. Denn tatsächlich kostet sie den Unternehmer bei zweitausend Euro ausgezahltem Bruttolohn vierhundert Euro mehr. Auf dem Lohnzettel des Beschäftigten wird davon nichts vermerkt. Buchungstechnisch bleibt dennoch jeder Cent davon Lohnzahlung und wird als solche an die Versicherungen weitergemeldet.

Ein Lohnempfänger mit zweitausend Euro „Bruttoverdienst“ auf dem Lohnzettel ist tatsächlich zweitausendvierhundert Euro im Monat „wert“. Achthundert Euro hiervon gehen an die Sozialkassen.

Wie kommen nun die Unternehmer auf die Klage von vierzig Prozent Sozialabgaben? Ein Simpel addiert eben zweimal zwanzig Prozent und hat dann vierzig. Wovon? Vom Bruttolohn auf dem Lohnzettel von zweitausend Euro? Diese Bezugsgröße allerdings ist es, mit der nach Art von Hütchenspielern offene und für den Lohnempfänger verdeckte Lohnzahlungen auf einen niedrigeren Nenner gebracht werden. Achthundert Euro bezogen auf zweitausend sind vierzig Prozent. Bei einem tatsächlich gezahlten Lohn von zweitausendvierhundert Euro sind achthundert Euro Sozialabgaben aber „nur“ ein Drittel, bzw. dreiunddreißig Prozent! Soviel errechnete und bestätigte das Statistische Bundesamt zuletzt Anfang Februar dieses Jahres. Damit liegt Deutschland sogar drei Euro unter dem Durchschnittswert der EU von sechshunddreißig Euro Sozialabgaben auf hundert Euro Lohnkosten.

Der aktuelle Streit um die Senkung der Abgabenprozente an die Bundesagentur für Arbeit verweist bei den Befürwortern auf nur ein Interesse: Je niedriger der Beitragssatz, um so niedriger die ausbezahlte Brutto-

lohnsomme. Aufgrund der häufigen Buchung einer Absenkung würden sich darüber die Lohnabhängigen in der Masse sogar freuen. Denn ein Zweitausendeuroverdiener hätte bei einem Prozent Absenkung häufig berechnet sogar monatlich zehn Euro netto mehr. Schon bei nur zwanzig Millionen Erwerbstätigen mit gleicher Lohnhöhe brauchten die Unternehmer innerhalb eines Jahres 2,4 Milliarden Euro weniger Lohn zahlen. Obwohl die Lohnempfänger mehr Nettolohn in der Tasche haben, bewirkt die Beitragssenkung den gewünschten Lohnsenkungseffekt aufs Ganze. Wer das nicht glaubt, sei an das Sinken der Bruttolohnquote erinnert. Lag der Anteil der Löhne am Volkseinkommen 1982 in der BRD-West noch bei 76,1 Prozent, so sind sie gesamtdeutsch 2005 auf 67,0 Prozent abgesunken. Die Methode der Bruttolohnkürzung über Beitragssenkungen hat hierbei ihren Anteil. Wer nach Senkung der Beitragsprozente der für die Sozialkassen bestimmten Lohnbestandteile ruft, will den lohnabhängig Beschäftigten nicht nur geringere Sozialleistungen zumuten, sondern erzielt mit dem weiteren Sinken der Bruttolohnquote vom Volkseinkommen eine Erhöhung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

**„(...) Auf Basis des Lohnsystems wird der Wert der Arbeitskraft in derselben Weise festgesetzt wie der jeder andern Ware; und da verschiedene Arten Arbeitskraft verschiedene Werte haben oder verschiedene Arbeitsquanta zu ihrer Produktion erheischen, so müssen sie auf dem Arbeitsmarkt verschiedene Preise erzielen. (...) Der Wert der Arbeitskraft (ist) bestimmt durch den Wert der Lebensmittel, die zur Produktion, Entwicklung, Erhaltung und Verewigung der Arbeitskraft erheischt sind.“**

**Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 131 f.**

# Wer war Susanne Leonhard?



In den 1960er Jahren wiederbelebt und leitete Susanne Leonhard den Stuttgarter Freidenker-Verband. Zuvor hatte sie ein recht bemerkenswertes

Leben hinter sich.

Sie wurde als Susanne Köhler am 14. Juni 1895 in Oschatz in Sachsen geboren und starb am 3. April 1984 in Stuttgart. Sie studierte von 1915 bis 1919 in Göttingen und Berlin Mathematik und Philosophie. Schon früh orientierte sie sich politisch links und war Mitorganisatorin der so genannten freien Studentenbewegung und schloss sich 1916 der „Liebknecht-Jugend“ bzw. „Karl Liebknecht-Gruppe“ (Spartakusbund) an. Sie beteiligte sich als Kampfgefährtin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an zahlreichen Aktivitäten und illegalem Literaturvertrieb gegen den imperialistischen Krieg. 1918 wurde die Spartakistin unter Anklage wegen „versuchten Hochverrats“ gestellt und musste ins Gefängnis. Ihr gelang die Flucht über Bayern nach Wien. Sie war Gründungsmitglied der KPD (Spartakusbund). 1918 heiratete sie den expressionistischen Lyriker und Dramatiker Rudolf Leonhard (1889-1953). Schon 1919 wurde die Ehe geschieden. 1920 war sie Leiterin der Presseabteilung der sowjetischen Botschaft in Wien. Hier war sie ab 1921 verheiratet mit dem dortigen sowjetischen Botschafter und engen Vertrauten Lenins Mieczysław Broński (1882-1938), der später ein Opfer der stalinistischen Verfolgungen werden sollte. Auch diese Ehe scheiterte. 1921 kam der später berühmt gewordene Sohn Wladimir (Wolodja) Leonhard zu Welt. Nach 1945 nannte er sich Wolfgang. 1920 erschien Susanne Leonhard wichtiges Buch „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland des Welt-

kriegs“ [1]. 1922, nach der Trennung von Broński, war sie wieder in Berlin und arbeitete als Journalistin. 1925 trat sie wegen ideologischer Differenzen aus der KPD aus. Danach schrieb sie überwiegend für die linksbürgerliche Presse. Anfang der dreißiger Jahre zogen Mutter und Sohn Leonhard in die linke Künstlerkolonie am Breitenbachplatz in Berlin-Wilmersdorf. Dort pflegten sie Umgang mit Axel Eggebrecht, Ernst Busch und Walter Hasenclever. Daneben gehörte sie einem von Karl Korsch initiierten, marxistischen Diskussionszirkel an, an welchem u.a. auch Bertolt Brecht und Alfred Döblin teilnahmen. Susanne Leonhard blieb bis Frühsommer 1935 in Deutschland. Als Publizistin hatte sie praktisch Berufsverbot und arbeitete unter anderem als Tänzerin. Daneben war sie aktiv im Widerstand gegen die Nazis und übernahm Kurierdienste, wieder für die KPD.

1935 erfuhr sie während eines Aufenthalts in Schweden davon, dass die Gestapo nach ihr suchte. Sie entschloss sich deshalb, mit ihrem Sohn ins Exil in die UdSSR auszureisen. In Moskau arbeitete sie als Sprachlehrerin. Politisch betätigte sich die kritische Sozialistin hier nicht, da sie dem Gastgeberland sehr dankbar für das politische Exil war. Kritisch diskutiert wurde höchstens im privaten Kreis der deutschen Exilanten. Hier besprachen die Flüchtlinge ihre existenziellen Sorgen, auch gerade angesichts der zunehmenden Verfolgungen und Verhaftungen offensichtlich Unschuldiger. Ein „Freund“, dem sie sich anvertraute, ermunterte sie in privaten Gesprächen geradezu zu kritischen Äußerungen und denunzierte sie daraufhin beim Geheimdienst. Dieser Denunziant war Hans Rodenberg (1895-1978). [2] Aufgrund dieser Denunziation wurde Susanne Leonhard 1936 von der NKWD verhaftet und wegen „konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit“ zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Sie musste über zwölf Jahre in sowjetischer Haft verbringen. Zunächst zur eigentlichen

Strafverbüßung im nordrussischen Workuta (Kotschmes, Petschoragebiet), dann in die Verbannung auf das Staatsgut Kubanka (Altai-Gebiet, Sibirien). Dort lebte und arbeitete sie zusammen mit zwangsumgesiedelten Russlanddeutschen. Eine bemerkenswerte Schilderung dieser dramatischen Jahre wurde dann ihr bemerkenswertes Buch „Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion“. [3]

Ihr Sohn Wolodja wurde von seiner Mutter getrennt. [4] Nach dem Krieg bemühte er sich, seine Mutter aus Sibirien in die DDR zurückzuholen. Im August 1948 kehrte Susanne Leonhard nach Deutschland zurück und verbrachte sechs Monate in Ost-Berlin. Der Konflikt ihres Sohns mit der SED begann sich abzuzeichnen. Deshalb übersiedelte sie im Frühjahr 1949 nach West-Deutschland, wo sie von der amerikanischen Spionageabwehr CIC verhaftet und bis April 1950 eingesperrt wurde. Eine „Zusammenarbeit“ mit der US-Spionage lehnte sie ab.

Nach ihrer Entlassung übersiedelte Susanne Leonhard nach Stuttgart. Dort zählte sie zum engeren „Funken-Kreis“ und stand in Kontakt u. a. mit Fritz Lamm, Fritz Rück und Erna Blomeyer. [5] Ab 1950 war sie noch einmal Mitglied einer Partei, der kurzlebigen linken UAP. Für deren Organ „Freie Tribüne“ schrieb sie einige Beiträge. Später blieb sie dann politisch ungebunden. Den Idealen der sozialistischen Bewegung blieb sie stets treu. Sie definierte sich nunmehr aber als antistalinistische Sozialistin.

In den 1960er Jahren reorganisierte und leitete sie in Stuttgart den Ortsverein des Deutschen Freidenker-Verbandes, dem auch Fritz Lamm angehörte. 1971 erschien eine Broschüre mit zwei Texten von Susanne Leonhard. [6] In „Karl Liebknechts Nachlass“ schilderte Susanne Leonhard autobiografisch die abenteuerliche Rettung wichtiger Schriften Karl Liebknechts vor der Vernichtung durch die Nazis. „Ärger mit Zitaten“ ging u. a.

der teilweise sinnentstellenden Interpretation von zentralen Zitaten nach, wie etwa „Sozialismus oder Untergang in die Barbarei“ oder „Religion ist Opium des Volkes“.

Am 3. April 1984 verstarb Susanne Leonhard in Stuttgart.

In einem Interview[7] berichtete Wolfgang Leonhard über das politische Verhältnis zu seiner Mutter: „Wir hatten ein umgekehrtes Generationsverhältnis: Sie war linker als ich. (...) Einmal sagte sie vorwurfsvoll: »Ich höre, du bist in einer evangelischen Akademie aufgetreten. Dein moralischer Niedergang ist ja kaum noch zu überbieten.« Meine Mutter blieb immer die Revolutionärin der zwanziger Jahre.“

Heiner Jestrabek

Nun liegt eine Dokumentation über das Leben und Werk Susanne Leonhards vor:

### Susanne Leonhard Dokumentation

Aus dem Inhalt: Wer war Susanne Leonhard? Biografisches und Bibliografisches (Heiner Jestrabek); Erinnerungen aus Stuttgart (Reinhold Settele 2007); Neue Freundschaften und Susanne Leonhard gestorben (Hermann Weber 1984 und 2006); Texte von Susanne Leonhard: „Weltanschauungen“ und „Die Kirche und das fünfte Gebot“ aus: „Gestohlenes Leben“ [1956]; Einleitung [1968] zu „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“ [1920]; „Karl Liebknechts Nachlass“ [1971]; „Ärger mit Zitaten“ [1971]; Vorworte aus: „Gestohlenes Leben“ [1956 und 1959]

Die Broschüre hat 40 Seiten DIN A4 und kostet 6 € + Porto. Alternativ wird die Broschüre auch als pdf-Datei verschickt. Bestellungen an: Deutscher Freidenker-Verband Ostwürttemberg e.V. (DFV), Hellensteinstr. 3, 89518 Heidenheim, Fax: 07321-42892, eMail: DFV-Ostwuerttemberg.de

[1] Susanne Leonhard: *Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges*. Berlin 1920, 2. Aufl. Frankfurt/Main Verlag Neue Kritik 1968

[2] Rodenberg war Schauspieler und Funktionär der KPD. Seit 1932 in Moskau u.a. bei den Filmstudios der „Internationalen Arbeiterhilfe“. 1948 kehrte er nach Berlin zurück, wurde leitender Kulturfunktionär, u. a. als

Intendant des „Theaters der Freundschaft“ in Berlin-Lichtenberg. Hier wurde der Parkau- Platz von 1980-1995 „Hans-Rodenberg-Platz“ benannt. Danach wurde er „Hauptdirektor“ des DEFA-Studios für Spielfilme. Unter seiner Verantwortung wurden die aufwendigen Propagandafilme über den KPD-Führer Ernst Thälmann produziert. Er wurde stellvertretender Kulturminister, Mitglied des Staatsrats, der Volkskammer und des Zentralkomitees der SED, Mitglied der Deutschen Akademie der Künste, 1969-1974 deren Vizepräsident. Literatur: Hans Rodenberg. *Protokoll eines Lebens. Erinnerung und Bekenntnis*. Auf der Grundlage von Tonbandprotokollen bearbeitet und hrsg. von Rolf Richter. Berlin 1980 [3] S. L. *Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion*. Frankfurt/Main. 1. Aufl. 1956, 2. Aufl. 1959, 5. Aufl. 1968; S. L. *Fahrt ins Verhängnis. Als Sozialistin in Stalins Gulag*. (Freiburg/Breisgau 1983) [gekürzte Fassung von „Gestohlenes Leben“].

[4] Wolodja kam in das „Kinderheim Nr. 6“ für die Kinder deutscher und österreichischer Kommunisten. Ab 1937 besuchte er die deutschsprachige „Karl-Liebknecht-Schule“. Nach deren Schließung - die meisten Lehrkräfte waren schon verhaftet - besuchte er die russische 93. Schule in Moskau. 1940 begann er ein Studium an der „Moskauer Staatlichen Pädagogischen

Hochschule für Fremdsprachen“. 1941, nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, wurde er in den Norden Kasachstans zwangsumgesiedelt. Dort besuchte er 1941/42 ein Lehrerinstitut in Karaganda. 1942 wurde er an die Schule der Komintern in Kuschnarenkovo (Baschkirien) versetzt und dort als Polit-Kommissar ausgebildet. Nach Aktivitäten im „Nationalkomitees Freies Deutschland“, und als Sprecher am Sender „Freies Deutschland“ kehrte der 24-Jährige Anfang Mai 1945 mit der Gruppe um Walter Ulbricht nach Berlin zurück. Hier war er bis September 1947 in der „Abteilung Agitation und Propaganda“ des ZK der KPD bzw. SED tätig und bis 1949 an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“, in der Fakultät Geschichte in Kleinmachnow. Spektakulär war 1949 sein offener Bruch mit der Partei und seine Flucht über Prag nach Jugoslawien. Seit 1950 lebte er in der Bundesrepublik Deutschland und zeitweise in den USA, wo er sich als „Ostexperte“ und zu allen Fragen der Sowjetunion und des Kommunismus einen Namen machte. Sein bekanntestes Buch war „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ Köln Berlin 1955

[5] siehe Michael Benz. *Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude Linksozialist Emigrant 1911-1977*. Essen 2007, S. 264

[6] S. L. „Karl Liebknechts Nachlass“ und „Ärger mit Zitaten“. Stuttgart 1971

[7] DIE ZEIT, 12.04.2007

## Aufruf zur Konferenz antikapitalistischer Linker am 14. Oktober 2007 Einladung zur Sozialistischen Koordination

Gemeinsam nachdenken, gemeinsam handeln!

- für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg
- Koordinierung für eine starke linke Politik

Wir schlagen eine kontinuierliche Koordination der antikapitalistischen Kräfte mit klarer sozialistischer Orientierung – Organisationen, Strömungen Einzelpersonen – innerhalb und außerhalb der Partei „Die Linke“ vor und halten es für dringlich, über die Formen dieser Kooperation zu sprechen.

**Veranstaltungsort:**  
**Haus der Demokratie und Menschenrechte,**  
**Greifswalder Straße 4,**  
**10405 Berlin**

### Ablaufplanung:

Die Ablaufplanung geht allen angemeldeten TeilnehmerInnen am 01. Oktober zu.

Wir weisen darauf hin, dass am 13.10.2007, ebenfalls im Haus der Demokratie und Menschenrechte, eine Konferenz zu „Staat und Revolution“ stattfindet, die von SALZ, Marx Engels Stiftung und Marxistischen Forum Sachsen getragen wird.

Auf Grund der eingeschränkten Platzkapazität bitten wir um verbindliche Anmeldungen unter folgenden Zentraladressen:

Angela Klein, eMail-Adresse:  
am-klein@arcor.de  
Sebastian Gerhardt, eMail-Adresse:  
moominek@aol.com



# Presseerklärung: Weg mit Paragraph 129a!

Auf dem Höhepunkt der staatlichen Repression, die sich in den 1970er Jahren gegen die gesamte radikale Linke richtete und die vor genau 30 Jahren im „Deutschen Herbst“ gipfelte, wurde 1976 ein Gesetz verabschiedet, der dem innerstaatlichen Kampf gegen die Linke völlig neue Dimensionen verlieh: Der Paragraph 129a, der die „Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ ahndete, sah keinerlei individuellen Tatnachweis mehr vor. Wer - tatsächlich oder angeblich - einer Gruppe angehörte, die nach der Definition der Repressionsorgane als „terroristisch“ eingestuft wurde, verlor im Zuge der Ermittlungen wesentliche Grundrechte.

Mit dem Vorwand einer 129a-Ermittlung ließ sich nahezu jede Überwachungs- und Bespitzelungsmaßnahme begründen, Verteidigerrechte und prozessuale Standards außer Kraft setzen und Haftbedingungen exerzieren, die international zu Recht als weiße Folter bezeichnet wurden. Es ging nicht allein um die staatliche Zerschlagung der bewaffnet kämpfenden Gruppen, die zum Staatsfeind Nummer Eins aufgebaut wurden, sondern um die Verunmöglichung einer offenen Diskussion um notwendige politische Strategien innerhalb der Linken. Wer nicht von vornherein eine eindeutige Distanzierung signalisierte oder sich in devoten Ergebenheitsadressen an den Staat erging, wurde als RAF-Sympathisant gebrandmarkt und mittels des neu gewonnenen Anti-Terror-Paragraphen kaltgestellt. Persönliche Kontakte konnten durch dieses Repressionsinstrument ebenso zum Straftatbestand werden wie politische Diskussionen oder das Publizieren missliebiger Texte.

War der § 129a zunächst noch als außergewöhnliche Abwehrmaßnahme im Kampf gegen die Stadtguerilla begründet worden, wurde er sehr bald zum festen Bestandteil der staatlichen Repression gegen

die gesamte Linke. Der Fall Ingrid Strobl führte der Öffentlichkeit vor Augen, dass bereits die Beschäftigung mit „anschlagsrelevanten Themen“, also letztlich jede radikale kritische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen, zu langen Haftstrafen führen konnte.

Im Kampf gegen die PKK dienten nach der Verhaftung Abdullah Öcalans banale Autobahnblockaden kurdischer Linker zur Konstruktion einer terroristischen Vereinigung. Seit der Einführung des §129b ist nicht einmal mehr irgendeine politische Aktivität innerhalb der BRD mehr nötig, um eine Organisation als „terroristisch“ zu verfolgen. Auch der bewaffnete Kampf gegen Unterdrückung in Staaten, die die BRD im weitesten Sinne als Verbündete betrachtet, kann nun zum Vorwand der Kriminalisierung verwendet werden.

Die Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen wie der Autonomen Antifa [M] oder der Antifa Passau, die in den 1990er Jahren nach §129a verfolgt wurden, stellte selbst eine vollkommen offen und im legalen Rahmen handelnde au-

Anzeige



# 302  
Reloaded – Internationaler Dokumentarfilm  
Außerdem: ▶ Kritisches zum Dalai Lama ▶ Heimatkunst in Kreuzberg  
▶ Betrachtungen zur documenta ▶ Management der Migration ...  
Einzelpreis € 5,30  
iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03  
info@iz3w.org · www.iz3w.org

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

### Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 156 Sommer 2007, 36 S.

- Venezuela – Sozialismus des XXI. Jahrhunderts?
- Kolumbien – Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade
- Blair geht – New Labour auch
- Wandel der gesetzlichen Renten
- Tarifaabschluss in der Metall- und Elektroindustrie
- Arbeitende Klasse in Ostdeutschland
- Die Polizeifestspiele von Rostock

Nr. 155 Frühjahr 2007, 32 S.

- Neoliberalismus – Anspruch und Wirklichkeit
- „Die Linke“ und die linke Einheit
- „das rettende Ufer zu erreichen“
- Nachbetrachtungen zum AEG-Streik
- WSI-Verteilungsbericht 2006
- Wer Renten kürzt – meint Steigerung der Profite
- Sicherheitskonferenz in München

Nr. 154 Winter 2006/07, 44 S.

- Ausverkauf des Staates
- Gewerkschaften 2006
- Zum neuen DKP-Programm
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Spanien: Sozialismus a la Sozialdemokratie
- Ungarn 1956
- ein lebenslanger Außenseiter – Fritz Lamm

Nr. 153 Herbst 2006, 32 S.

- Krieg im Nahen-Osten
- Umverteilung nach alten Rezepten
- NPD in Sachsen
- Bildung als Ware
- Zum Spanischen Bürgerkrieg
- Rezensionen: Wer war Peter Maslowski?

Nr. 152 Sommer 2006, 36 S.

- Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo
- IG-Metall-Tarifrunde 2006: Weiter in der Defensive
- ver.di-Abschluß auf Länderebene
- Uruguay – Teil einer linken Achse?
- Tschechische Wahlen und danach
- Wolfgang Abendroth – Ein Leben in der Arbeiterbewegung
- Wahlsiege der Kommunisten in Indien

### Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Berparlamentarische Opposition unter Terrorismusverdacht. Zu Verurteilungen kommt es trotz der diffusen Vorwürfe, die zur Behauptung einer Zugehörigkeit zu einer inkriminierten Gruppe führen können, nur in den seltensten Fällen. Vielmehr dient der §129a in Wirklichkeit der Durchleuchtung linker Strukturen und ist damit ein klassischer Ermittlungsparagraph, der den Repressionsorganen nahezu jedes noch so fragwürdige Bespitzelungsinstrument an die Hand gibt, ohne dass sich ein konkreter Tatverdacht jemals erhärtet.

Heute, fast zehn Jahre nachdem die RAF ihre Auflösung bekannt gegeben hat, erlebt der §129a im Zuge einer gezielt geschürten Antiterrorhysterie eine neue Blüte. Dabei wird er weniger gegen islamistische Organisationen, die zur Begründung immer neuer Gesetzesverschärfungen dienen, eingesetzt, sondern weiterhin hauptsächlich gegen die außerparlamentarische Linke. Dabei wird einfache Sachbeschädigung als Vorwand benutzt, um eine ganze politische Szene mit Prozessen und langjährigen Haftstrafen unter menschenverachtenden Bedingungen zu bedrohen. Die Hausdurchsuchungen im Umfeld des G8-Gipfels zeigen ebenso wie die jüngsten Verhaftungen, die sich gegen angebliche Mitglieder der „militanten gruppe“ richteten, dass der Antiterrorparagraph weiterhin in erster Linie die Ausforschung, Einschüchterung und letztlich Zerschlagung linker Organisationsversuche zum Ziel hat.

Die Ermittlungen nach §129a sind ausschließlich politische Repressionsmaßnahmen, die mit klassischer Strafverfolgung ebenso wenig zu tun haben wie die möglicherweise folgenden Prozesse, in denen auf sämtliche rechtsstaatlichen Standards verzichtet wird, als faire Verfahren bezeichnet werden können. Folglich können wir als linke Solidaritätsorganisation uns nicht darauf beschränken, den einzelnen absurden Tatvorwürfen mit entlastendem Material zu begegnen. Politische Prozesse verlangen eine politische Antwort, die in diesem Fall nur heißen kann:

→ **Weg mit den Paragraphen 129, 129a und 129b!**

→ **Für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!**

*Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe*



*Presseerklärung, Göttingen, 6.09.2007*

## Berufsverbot gegen Antifaschisten endlich aufgehoben

Am 4. September wurde endlich das Berufsverbot gegen den Heidelberger Antifaschisten Michael Csaszkcóczy aufgehoben, indem das Regierungspräsidium Karlsruhe die Einstellung des Realschullehrers bekanntgab, nachdem der Verwaltungsgerichtshof Mannheim bereits sechs Monate zuvor das Berufsverbot für Unrecht erklärt hatte.

Die Entscheidung der Schulbehörde erfolgte auf vehementen Druck seitens einer kritischen Öffentlichkeit sowie einer breiten Solidaritätsbewegung. Die Rote Hilfe freut sich über den Erfolg dieser Kampagne.

Nicht angetastet wurden mit dieser Entscheidung allerdings die gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbotspraxis, die mit ihrer Beweislastumkehr und der geforderten Gesinnungsprognose solche absurden Repressionsmaßnahmen überhaupt erst ermöglichen.

Die Rote Hilfe wird sich auch weiterhin für die Abschaffung dieser Gesetze einsetzen. Unser Kampf gilt auch in Zukunft staatlicher Einschüchterung kritischen Protestes und der Kriminalisierung linker Politik.

Anzeige

## FREIHEIT FÜR AXEL, FLORIAN, ANDREJ UND OLIVER!

Am 31. Juli wurden 4 Aktivisten sozialer Bewegungen festgenommen. Ihnen wird von der Generalbundesanwaltschaft Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB vorgeworfen. Seitdem befinden sich Axel, Florian, Andrej und Oliver in Untersuchungshaft. Doch dieser staatliche Angriff gilt allen sozialen Bewegungen, die sich aktiv gegen Sozialabbau, Kapitalismus und Krieg engagieren.

### SOLIDARISIEREN - SPENDEN - BEITRETEN!

#### ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 3255, 37022 Göttingen  
Tel.: 0551 - 770 80 08  
(Di. & Do. 15<sup>00</sup> - 20<sup>00</sup> Uhr)  
Fax: 0551 - 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Stichwort: Weg mit 129a  
Kontonummer: 19 11 00 - 462  
BLZ: 440 100 46  
Postbank Dortmund

## WEG MIT 129A! STOPPT DIE STAATLICHE REPRESSION!

## Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik 1985, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,  
 € 12,-  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

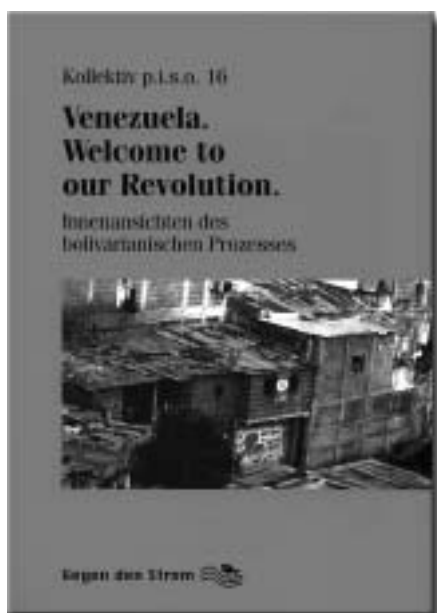
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,  
 € 10,-  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:  
**Gegen den Strom**  
 Schwanthalerstraße 139  
 80339 München  
 gds-verlag@gmx.de

oder:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg



624 Seiten,  
 Paperback,  
 € 20,-  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 T. Gradl  
 Postfach 910307  
 90261 Nürnberg